

**Beginn: 10:05 Uhr**

(Christiane Fleischer spricht die Eidesformel mit religiöser Beteuerung nach.)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle zu unserer heutigen, 39. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen ganz herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **acht Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir wie immer in das Protokoll aufnehmen.

Ich rufe auf:

### **1 Vereidigung eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Schreiben vom 29. Juli dieses Jahres hat die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen mitgeteilt, dass Frau Christiane Fleischer zur Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf ernannt worden ist. Sie ist damit gemäß § 7 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund ihres Amtes Vertreterin der Präsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf in deren Funktion als Mitglied des Verfassungsgerichtshofs. Die Frau Ministerpräsidentin bittet im zuvor genannten Schreiben um Vereidigung der Vizepräsidentin.

Ich darf deshalb Frau Fleischer hier im Landtag ganz herzlich begrüÙen. Ebenfalls begrüÙe ich als Gast herzlich die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs Frau Dr. Ricarda Brandts sowie die Zweite Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofs Frau Anne-José Paulsen, die im Plenarsaal hinter Ihnen Platz genommen haben.

Nach § 5 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof haben die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, bevor sie ihr Amt antreten, vor dem Landtag den entsprechenden Amtseid zu leisten. Ich bitte Frau Fleischer zu mir, damit ich ihre Vereidigung vornehmen kann.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Liebe Frau Fleischer, ich werde die Eidesformel abschnittsweise vorlesen und bitte Sie, die Schwurhand zu heben und mir nachzusprechen:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Vielen Dank, Frau Fleischer. Damit sind Sie vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen vereidigt worden. Wir wünschen Ihnen eine glückliche und gute Hand. Es ist immer schwierig, dem Verfassungsgerichtshof zu sagen: „Wir freuen uns auf die gute Zusammenarbeit“,

(Allgemeine Heiterkeit)

weil wir ja eigentlich unterschiedliche Rollen wahrnehmen. Aber herzlich willkommen in Ihrer neuen Aufgabe und alles Gute für Sie!

(Allgemeiner Beifall – Christiane Fleischer: Ganz herzlichen Dank! – Das neue stellvertretende Mitglied des Verfassungsgerichtshofs nimmt Glückwünsche von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und der stellvertretenden Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann entgegen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir zu:

### **2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3800

erste Lesung

In Verbindung mit:

#### **Finanzplanung 2013 bis 2017 mit Finanzbericht 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 16/3801

Und:

#### **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2013)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/4000

erste Lesung

Und:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – GFG 2014)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3802

erste Lesung

Und:

**GFG 2014 fair und sachgerecht ausgestalten – Rot-Grün darf wissenschaftliche Erkenntnisse nicht ignorieren**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4024

Und:

**Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3966

erste Lesung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine relativ große Fülle von Gesetzentwürfen und Anträgen, die wir miteinander beraten. Deshalb will ich noch einmal darauf hinweisen, dass sich die **Fraktionen** einvernehmlich darauf **verständigt** haben, bei diesem **Tagesordnungspunkt 2**, da er im Schwerpunkt den Haushalt umfasst, auf **Kurzinterventio-**  
**nen zu verzichten**.

Zur Vorstellung des Haushaltsgesetzes, der Finanzplanung und des Nachtragshaushaltsgesetzes erteile ich nunmehr für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Walter-Borjans das Wort. Lieber Herr Minister, das Mikrofon gehört Ihnen.

**Dr. Norbert Walter-Borjans**, Finanzminister: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt 2014, den ich dem Landtag heute im Entwurf vorstelle, ist eine Wegmarke auf der Strecke vom Jahr 2010, in dem die Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Regierung übernommen hat, zum Jahr 2020, in dem die Landeshaushalte ohne neue Kredite auszugleichen sind.

Nach weniger als der Hälfte dieser Strecke werden wir im Jahr 2014 die Neuverschuldung im Landeshaushalt von 6,6 Milliarden €, wie sie noch 2010 geplant war, auf 2,4 Milliarden €, also um fast 64 %, zurückfahren. Das ist konsequente Konsolidie-

rungspolitik, ohne auf zukunftsichernde soziale, ökologische und wirtschaftsfördernde Politik zu verzichten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir verkennen nicht die großen Herausforderungen, die auch in den Jahren 2014 bis 2020 und darüber hinaus auf uns zukommen werden. Dazu gehören die dringend notwendige Sanierung der Infrastruktur, der weitere Ausbau des Bildungssystems, die Beseitigung der kommunalen Finanznot, aber auch die Beobachtung der schwer kalkulierbaren Zinsentwicklung.

Ich sehe aber auch die Chance für eine Stärkung der Einnahmenseite durch mehr Steuergerechtigkeit ebenso wie die Chance für eine gerechtere Verteilung der Finanzströme und der Kreditlasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die Weichen müssen aber auf der Bundesebene gestellt werden. Da hängt vieles davon ab, ob die Wahlsieger vom vergangenen Sonntag sich dieser Verantwortung auch stellen.

Hier in Nordrhein-Westfalen hat die schwarz-gelbe Vorgängerregierung 2010 nicht nur den schon erwähnten beschlossenen Landeshaushalt für 2010 hinterlassen, der 6,6 Milliarden € neue Schulden vorsah. Die damalige Landesregierung hat auch eine mittelfristige Finanzplanung hinterlassen, die bis 2013 reichte. Sie sah eine deutliche Erholung bei den Steuereinnahmen vor. Man rechnete mit zusätzlichen Steuereinnahmen von 4,7 Milliarden €. Trotzdem ging die Planung Jahr für Jahr von 6,5 Milliarden € neuen Krediten aus. Damals stand die Schuldenbremse übrigens schon im Grundgesetz.

Seither hat sich noch einmal vieles verändert. Das ist keine Frage. Die Steuereinnahmen sind über die damaligen Erwartungen hinaus gestiegen. Sie werden 2013 rund 3 Milliarden € höher sein als seinerzeit prognostiziert. Allerdings geht davon wie immer knapp ein Viertel an die Kommunen – auch deshalb, weil die heutige Landesregierung den Städten und Gemeinden keine Mittel aus der Steuerverbundmasse vorenthält.

3 Milliarden € mehr als erwartet sind also rund 2,3 Milliarden € mehr für den Landeshaushalt. Trotzdem liegen wir schon im laufenden Jahr mit der Neuverschuldung 3 Milliarden € unter der Planung der damaligen Landesregierung für 2013.

2014 werden wir die Kreditaufnahme nochmals um rund 1 Milliarde € auf 2,4 Milliarden € senken – und das trotz des weitergehenden Anstiegs nicht beeinflussbarer Ausgaben.

Uns ist es ernst mit der Schuldenbremse. Wenn der Haushaltsausgleich allerdings nur und allein über die Senkung von Ausgaben erfolgen müsste, weil im Bund jetzt nicht die richtigen Weichen gestellt werden, wird es für viele zappenduster. Ohne die für

die Aufgabenerfüllung notwendigen Einnahmen ist die Schuldenbremse gleichbedeutend mit einer Bildungsbremse, einer Infrastrukturbremse, einer Bremse oder – das sollte man vielleicht besser sagen – einem Würgeisen für die Kommunen. Das kann kein vernünftig denkender Mensch wirklich wollen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir wollen und werden konsequent weiter sparen, wo das richtig und verantwortbar ist. Aber wir vergessen bei unserem Sparwillen auch nicht, dass das Land Aufgaben zu erledigen hat. Wir halten Kurs bei unseren versprochenen Investitionen in Bildung, in Betreuung, in Infrastruktur, in die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen und vor allen Dingen in den Zusammenhalt dieser Gesellschaft.

Wir nehmen Konsolidierung ernst. Wer sich das Wort „Konsolidierung“ einmal ansieht, stellt fest, dass darin das Wort „solide“ steckt. Den auf Dauer soliden Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben schafft man nicht, indem man Ausgaben an Stellen drosselt, die für die Zukunft des Landes unverzichtbar sind. Man schafft den Ausgleich aber auch nicht einfach nur durch Mehreinnahmen, indem man die Einnahmen erhöht.

Deshalb bleiben wir dabei: Es kommt auf den Dreiklang an: aufs Sparen, Investieren und auf eine nachhaltige Verbreiterung der Einnahmen. So werden wir einen ausgeglichenen Aushalt ohne Kredite bis 2020 nicht nur erreichen, sondern – darüber wird kaum geredet – auch nach 2020 fortsetzen. Das ist keine zu unterschätzende Aufgabe.

In der mittelfristigen Finanzplanung kalkulieren wir mit einer Nettoneuverschuldung von knapp 1,4 Milliarden € im Jahr 2017. Damit werden wir die Nettokreditaufnahme bis zum Ende dieser Legislaturperiode noch einmal um eine weitere Milliarde reduzieren.

Im Übrigen haben die internationalen Ratingagenturen bei ihren Prüfungen, die sie in den letzten Monaten vorgenommen haben, unserem Konsolidierungspfad gute Noten erteilt. Das Institut der deutschen Wirtschaft, das ja nicht nur positive Urteile über sozialdemokratische und grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik abgibt, hat im März dieses Jahres in seiner Stabilitätsstudie über die Länder geurteilt: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg sind auf einem guten Weg.

Von unserem Konsolidierungspfad weichen wir auch mit dem Nachtragshaushalt 2013 nicht ab, den ich heute ebenfalls vorlege. Gegenüber dem ursprünglichen Plan für dieses Jahr 2013 senken wir die Neuverschuldung im Jahre 2013 noch einmal um rund 38 Millionen €. Das ist nicht sehr viel. Es ist aber ein Nachtragshaushalt, der die gesamten Mehrausgaben mit Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen an anderer Stelle auffängt und am Ende

sogar zu einer geringfügigen Reduzierung der Neukreditaufnahme führt.

Für die Mehrausgaben etwa wegen der jetzt vorliegenden Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes mit einem Volumen von 151 Millionen € oder für Zuführungen zum Versorgungsfonds für die Beamtinnen und Beamten des Landes in Höhe von mehr als einer halben Milliarde €, aber auch für die Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge von 16 Millionen € und für die Ersatzschulfinanzierung von 5,1 Millionen €, werden wir Mehreinnahmen und Minderausgaben haben, die das gegenfinanzieren. Ich führe nur zwei Posten an: Mehreinnahmen bei der Justiz von 210 Millionen € aufgrund von Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten aus dem sogenannten Zementkartellverfahren oder etwa durch Mehreinnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleich – ich nenne das Stichwort „Zensus-Neuberechnung“ – in Höhe von 315 Millionen €.

Um das direkt vorwegzunehmen: Im Jahr 2014 ergeben sich dadurch im Haushalt keine negativen Konsequenzen, weil die zusätzlichen Lasten bei der Aufstellung des Haushalts 2014 schon berücksichtigt worden sind.

Der Haushaltsentwurf 2014 sieht im Ergebnis ein Volumen von 62,3 Milliarden € vor. Das sind inklusive des heute vorgelegten Nachtragshaushalts rund 1,8 Milliarden € mehr als 2013 inklusive des heute vorgelegten Nachtragshaushaltes.

Der Löwenanteil dieser Steigerung geht wie immer auf Ausgaben zurück, die gar nicht in der Entscheidungshoheit des Landes liegen. Das sind beispielsweise 450 Millionen € für die Grundsicherung im Alter oder für die Unterbringungskosten und 210 Millionen € für den Hochschulpakt 2020. Oder aber diese Mehrausgaben sind Folge langfristiger Weichenstellungen wie der Höhe des Verbundsatzes. Deshalb steigen die Zuweisungen an die Kommunen durch das Gemeindefinanzierungsgesetz im Jahr 2014 um sage und schreibe 713 Millionen €.

Auf originäre Projekte dieser Landesregierung entfallen dagegen gerade mal weniger als 7 % der Mehrausgaben. Das sind im Wesentlichen die 110 Millionen € für die weitere Ausbaustufe des KIBiz.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf haben wir Zinsausgaben in Höhe von 3,7 Milliarden € veranschlagt. Das sind nach stetig sinkenden Zinslasten noch einmal knapp 300 Millionen € weniger als im Vorjahr. Ich weiß, dass diese Entwicklung einerseits eine Entlastung ist, dass sie aber auch Gefahren birgt. Für die kommenden Jahre kalkulieren wir deshalb in der mittelfristigen Finanzplanung nicht mit diesem niedrigen Zinsniveau, sondern mit einem Anwachsen des Zinssatzes auf 3,75 %.

Ich habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass auch die Opposition das positiv zur Kenntnis genommen hat – wenn vielleicht auch etwas zähne-

knirschend. Denn eine so vorausschauende Haushaltspolitik kann man der Bundesregierung kaum bescheinigen. Ein möglicher Zinsanstieg spielt nämlich in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes keine Rolle.

Mit dem Haushalt 2014 führen wir die strukturellen Einsparungen bei den Förderprogrammen und die Umstellung auf Förderdarlehen in Höhe von rund 150 Millionen € fort. Der Entwurf 2014 sieht gegenüber dem Haushalt 2013 außerdem einen Abbau von 2.305 Stellen vor. Damit sparen wir 100 Millionen €. Dabei bleiben wir bei der Devise: weniger Stellen nur dann, wenn auch der Umfang der damit verbundenen Aufgaben abnimmt.

Die gestaffelte Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten und Beamtinnen schlägt sich mit den schon häufiger diskutierten 700 Millionen € nieder. Darüber hinaus müssen die Ministerien im Vollzug Minderausgaben im Gesamtumfang von 865 Millionen € erwirtschaften. 245 Millionen € davon sind den einzelnen Ressorts bereits zugewiesen.

Durch die Fusion der Oberfinanzdirektionen werden wir bis zum Jahr 2016 aufwachsend 10 Millionen € jährlich einsparen; im Haushalt 2014 sind es schon 6 Millionen €.

Meine Damen und Herren, eine gut laufende Konjunktur und wachsende Steuereinnahmen sind Voraussetzung für die nachhaltige Konsolidierung. Für 2014 haben wir 47 Milliarden € Steuereinnahmen eingeplant. Das ist, wie auch in den vergangenen Jahren, eine Rekordmarke. Einnahmen, die über denen des Vorjahres liegen, sind aber kein Geschenk des Himmels, sondern sie müssen der Normalfall sein. In wachsenden Volkswirtschaften ist es eine Selbstverständlichkeit, dass auch die damit verbundenen Steuereinnahmen wachsen.

Eine Volkswirtschaft, die wächst, hat wachsende Steuereinnahmen, aber sie hat im Regelfall auch eine ganze Menge – und zwar wenig beeinflussbare – wachsende Ausgaben. Jeder, der alleine aus der Zunahme von Einnahmen die Erwartung ableitet, dass dann auch der Haushalt ausgeglichen sein muss, müsste es eigentlich besser wissen. Dabei spielen eben zwei Dinge eine Rolle: Einnahmen und Ausgaben.

Schon 2011, 2012 und 2013 haben Sie von der Opposition uns vorgehalten, wir würden mit zu positiven Annahmen rechnen, das sei eine Schönrechnung. Die Realität ist da, wo uns heute Belege vorliegen, eine andere. 2011 und 2012 lagen wir am Ende deutlich über den im Etat budgetierten Einnahmen durch Steuern. 2013 sehen wir unseren Haushaltsansatz durch die aktuelle Einnahmementwicklung – nach dem, was wir bisher wissen – ebenfalls bestätigt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Steueransatz für 2014 folgt erneut dem Prinzip, die Einnahmen realistisch abzuschätzen. Die Landesregierung ist überzeugt, meine Damen und Herren, dass sich die Investitionen in ihre politischen Schwerpunkte auch wirtschaftlich auszahlen.

Das gilt ebenso für unsere Kommunen. 2014 stellt das Land den Kommunen fast 20 Milliarden € zur Verfügung. Das ist fast ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens. Die Summe setzt sich zusammen aus 9,4 Milliarden € – auch eine Höhe, die es bisher nie gab – für das Gemeindefinanzierungsgesetz, 9,7 Milliarden €, die zweckgebunden aus einzelnen Ressorts überwiesen werden, und Zuweisungen aus Bundes- und EU-Mitteln.

Für Land und Kommunen gleichermaßen erfreulich ist, dass es uns gelungen ist, die lange Zeit streitige Frage der Einheitslastenabrechnung zu lösen. Ich weise immer noch einmal gerne darauf hin, dass es sich um das Ergebnis eines Urteils des Verfassungsgerichtshofs gegen die Vorgängerregierung handelt, das sich jetzt auswirkt, das wir jetzt in den Haushalt einzubauen haben. Es bedeutet 2013 Erstattungen von rund 276 Millionen €, und in den Folgejahren werden wir zwischen 130 und 155 Millionen € in den Haushalt einzuplanen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu Beginn unserer Regierungszeit haben wir den Bürgerinnen und Bürgern versprochen: Wir lassen kein Kind zurück. – Der aktuelle Haushalt trägt diesem Wahlversprechen in jeder Hinsicht Rechnung. Wir investieren 25,5 Milliarden € in Bildung und Wissenschaft. Das ist rund 1 Milliarde € mehr als im Vorjahr. Für die frühe Bildung stellt das Land rund 2 Milliarden € und damit 109 Millionen € mehr als 2013 zur Verfügung. Damit finanzieren wir zum Beispiel die Betriebskosten von insgesamt 157.000 U3-Plätzen und schaffen im Kindergartenjahr 2014/2015 wie in den Vorjahren weitere 100 zusätzliche Familienzentren in sozialen Brennpunkten. Das Land setzt ein klares Signal im Schwerpunkt „Frühkindliche Bildung“.

Genauso zeigen wir Flagge in der schulischen Bildung. Der Etat des Schulministeriums hat einen Umfang von 15,6 Milliarden €; das ist nicht viel weniger als der gesamte Etat eines Landes wie Sachsen. Auch im Haushaltsentwurf 2014 hat die Landesregierung die sogenannten Demografiegewinne, also die Mittel, die wegen rückläufiger Schülerzahlen bei gleichbleibenden Standards nicht mehr benötigt würden, im Schulsystem belassen. Sie kommen der Umsetzung des Schulkonsenses zugute, vor allem der Inklusion an den Schulen sowie der Verkleinerung der Klassen in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I. Damit werden wir das Bildungssystem gerechter und auch leistungsfähiger machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die guten Rahmenbedingungen werden auch nicht dadurch entwertet, dass wir im Übergang zum Schuljahr 2013/2014 2.500 Lehrerstellen abbauen. Diese Einsparung kann ohne Qualitätsverlust im Unterricht realisiert werden, weil keine Kapazitäten für bestehende Aufgaben, sondern für auslaufende Programme gestrichen werden, wie etwa die Kompensation für früher geleistete Mehrarbeit. Außerdem werden nach den bisherigen Zahlen gut 270 Stellen dadurch entbehrlich, dass wir eine vorbeugende Schulpolitik betreiben und hier zum ersten Mal eine Präventionsrendite greifbar wird. Die vorbeugende Politik der Landesregierung zahlt sich aus, und zwar nicht erst langfristig, sondern in ersten Schritten schon jetzt.

Zum Personal: Der Personalhaushalt – das wissen wir – ist ein enorm großer Block in diesem Landeshaushalt, er umfasst 23,2 Milliarden €. 2014 erreicht er inklusive der Hochschulen und der Landesbetriebe wieder einen Anteil von über 43 % des gesamten Ausgabevolumens. Trotz der Einsparungen von 2.305 Stellen, die ich eben beschrieben habe, steigen die Personalausgaben im Vergleich zum Haushalt 2013 um 246 Millionen € an. Dafür sind drei Entwicklungen verantwortlich:

Das Erste sind die steigenden Ausgaben für die Versorgung der Pensionäre.

Das Zweite sind die steigenden Ausgaben für die Beihilfe.

Das Dritte sind die steigenden Ausgaben für die Gehälter der Angestellten und die Bezüge der Beamten, trotz der gestaffelten Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtenschaft.

Für die Portigon AG wird das Land Nordrhein-Westfalen als Alleinaktionär 2014 keine finanziellen Lasten in den Haushalt einstellen müssen. Auch aus der Phoenix-Garantie ergibt sich keine zusätzliche Belastung für das Jahr 2014. Hier reichen nach den aktuellen Prognosen die in dem Sondervermögen Risikoabschirmung der WestLB vorhandenen Mittel von immer noch rund 850 Millionen € für die erwarteten Zahlungen aus.

In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 sehen wir ebenfalls keine weiteren Zahlungen über diesen Betrag hinaus vor.

Wir gehen aber davon aus – das sagen eben auch die Prognosen, die uns vorgelegt werden –, dass die in der Zeit meines Vorgängers gegebenen Phoenix-Garantien insgesamt in der vollen Höhe zur Auszahlung kommen werden.

Das Verbot, das von der Regierung Rüttgers gebildete Sondervermögen aufzustocken, um es für die erwartbare Last zur Seite zu legen, nehmen wir ernst. Es ist nicht zugelassen worden. Es bleiben damit aber auch die Unwägbarkeiten. Und ich finde es schon interessant, dass es im Bund diese Möglichkeit gibt – die auch Sinn macht, wie der Fonds

zeigt, den der Bundesfinanzminister gerade erst für die Kosten der Flutschäden eingerichtet hat.

Zur mittelfristigen Finanzplanung ist zu sagen, dass wir die Neuverschuldung von 2010 in Höhe von 6,6 Milliarden € insgesamt bis 2017 auf 1,4 Milliarden € und damit um 80 % absenken wollen. Unserer ursprünglichen Zielsetzung, die Kreditaufnahme 2017 unter die Marke von 2 Milliarden € zu drücken, sind wir daher sogar ein Stück voraus.

Wir wollen – damit komme ich zum Thema „Einnahmen“ – die Schuldenbremse einhalten, ohne die Erfüllung der zentralen staatlichen Aufgaben zu vernachlässigen. Das setzt aber voraus, dass ausreichende Steuereinnahmen vorhanden sind. Nur dann sind Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur, Innovation, Prävention und in den sozialen Zusammenhalt finanzierbar. Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz. Sie gilt so oder so. Die Folgen wären aber ohne eine verbreiterte Einnahmehbasis fatal.

CDU und CSU haben am Sonntag von den Wählerinnen und Wählern einen klaren Auftrag für die Bildung einer Bundesregierung erhalten –

(Beifall von der CDU und der FDP)

auch deshalb, weil die Kanzlerin im Wahlkampf bemerkenswerte und bemerkenswert teure Ankündigungen für die nächsten Jahre gemacht hat. Ich nenne nur die Mütterrente und den Grundfreibetrag für Kinder. Es gibt Berechnungen, die an die 30 Milliarden € gehen. Die Kanzlerin hat außerdem von dringendem Erneuerungsbedarf bei der Infrastruktur, und zwar überall in Deutschland, gesprochen. Die Kanzlerin weiß auch um die Schieflage der Lasten- und Finanzmittelverteilung auf allen Ebenen der staatlichen Haushalte.

Ich bin gespannt, welche konkreten Umsetzungs- und Finanzierungsvorschläge jetzt folgen. Der Ball liegt ohne Wenn und Aber bei CDU und CSU.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Von einer Bundesregierung – gleich welcher Prägung – erwarten wir die Einsicht, dass die gesamtstaatliche Finanzdecke zu kurz und falsch verteilt ist. Allein über eine bessere Verteilung zu reden, macht keinen Sinn. Jeder, der diese Finanzdecke erfolgreich ein Stück zu sich hinüber zieht, sorgt für kalte Füße an anderer Stelle – ganz gleich, ob es ein Hin- und Hergerzerre zwischen Ost und West, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, zwischen Bundeshaushalt und Sozialversicherungen oder anderen Töpfen ist. Der Solidarpakt, der „Soli“, der Länderfinanzausgleich, ein möglicher Altschuldenfonds – das alles sind enorm wichtige Themen für die Umverteilung der vorhandenen Einnahmen. Für eine insgesamt angemessene Finanzausstattung sorgen sie aber nicht. Die ist nur mit Mehreinnahmen für den Gesamthaushalt zu erreichen – am besten durch Schließung von Steuerschlupflöchern,

aber gegebenenfalls eben auch durch Steuererhöhungen auf große Einkommen und große Vermögen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Bund wird es also darauf ankommen, dass keine Weichenstellungen vollzogen werden, die für Länder und Gemeinden fatale Folgen haben. Oder – viel besser – umgekehrt formuliert: Es wird darauf ankommen, dass Weichenstellungen vollzogen werden, die eine ernsthafte Basis für die Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen bieten.

Es muss Schluss sein mit Durchschnittsbetrachtungen der Art, dass es den Gemeinden insgesamt im Durchschnitt doch ziemlich gut geht und dass die Gemeinden, bei denen es schlecht läuft, ein hausgemachtes Problem haben. Im Durchschnitt hat jeder Einwohner Deutschlands ein Vermögen von rund 120.000 €. Daran sieht man, wie unsinnig eine solche Berechnung ist. So wenig wie das über die wahren Vermögensverhältnisse in Deutschland sagt, so wenig hilft die Durchschnittsbetrachtung auch unseren Kommunen mit ihren drängenden Problemen.

Egal, ob es um die Neuordnung der Finanzbeziehungen in Deutschland, um Garantien für Europa, um Deutschland-Bonds oder Entflechtungsmittel, um Eingliederungshilfe für Behinderte oder Steuergesetze geht: Es geht darum, wie ernst CDU und CSU die umfassende Konsolidierung der Staatsfinanzen – und zwar auf allen Ebenen – und die Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hände nehmen. Das muss sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen regierten Länder werden auch in der neuen Legislaturperiode im Bund darauf achten, dass das, was auf Gesetzesvorlagen draufsteht, auch wirklich drin ist und dass die Finanzierung nicht durch Verschieben von Lasten auf Länder, Gemeinden und Sozialversicherungskassen erfolgt, sondern solide und auf die dauerhafte Gesundung der Staatsfinanzen insgesamt ausgelegt ist.

In den vergangenen Jahren haben wir da keine guten Erfahrungen gemacht. Falschetikettierungen und auch Klientelpolitik waren an der Tagesordnung. Dafür gibt es viele Belege. Ich nenne nur die Erbschaftsteuer-Vermeidungsgesellschaft, die verkürzte Aufbewahrungsfrist von Steuerunterlagen und die Einnahmen, für die der Bund sorgen wollte, die am Ende dem Bundeshaushalt zugeflossen wären und durch Absetzbarkeit von anderen Steuern für Verluste und Einnahmenminderungen für die Länder und Kommunen geführt hätten. Mit wirklicher Konsolidierung des Gesamthaushaltes hatte das alles nichts zu tun.

Im Bundesrat haben wir einiges korrigieren können. Ob dessen Arbeit künftig leichter wird, das wird man sehen. Es wird dabei auch darum gehen, Fortschritte da zu erzielen, wo der derzeitige Bundesfinanzminister – jedenfalls in Worten – Schritte angekündigt hat, die unsere Zustimmung finden, etwa bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und aggressiver Steuergestaltung. Die Erinnerung an das inakzeptable Abkommen mit der Schweiz ist allerdings noch frisch. Und es ist auch nicht die einzige Erinnerung an die Arbeit des Bundesrates und des Vermittlungsausschusses in den letzten Jahren.

Von einem großen Vertrauen, dass CDU und CSU ihren Worten auch zielorientierte, zum Ziel führende Taten folgen lassen und nicht weiter stiekum neue Schlupflöcher auf tun wollen, kann augenblicklich keine Rede sein. Die damit verbundenen Steuerausfälle treffen übrigens auch den Bund, vor allem aber die Länder, die Kommunen – uns alle, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die ehrlich ihre Steuern zahlen.

Da, wo wir in NRW selbst etwas an unseren Einnahmen verbessern können, tun wir das. Wir werden auch weiterhin nicht zusehen, wie sich spezielle Kreise vor einer fairen Steuerzahlung drücken. Nach Schätzungen in Deutschland gehen 30 Milliarden € durch direkten Betrug und noch einmal 130 Milliarden € durch eine aggressive Steuerplanung verloren. Wenn wenigstens die zu einem erheblichen Teil in die öffentlichen Kassen fließen würden, dann hätten wir eine andere Möglichkeit, die Aufgaben zu finanzieren, denen wir uns zu stellen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein handlungsfähiges Land, meine Damen und Herren, das in Bildung und Betreuung investiert, das seine Kommunen lebensfähig erhält, das gute Verkehrswege gewährleistet und trotzdem 2020 einen Haushalt ohne zusätzliche Kredite schafft, wird weitere Anstrengungen brauchen – darauf habe ich am Anfang schon hingewiesen –, um dieses Ziel zu erreichen. Wir werden aber auch darauf achten, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land ihre Zukunftschancen nicht durch Kaputtsparen verbauen.

Ich lade alle ein, in den Ausschüssen über die Zukunft unseres Landes, über die Zukunft seiner Menschen zu diskutieren, zu streiten. Nur so können wir dafür sorgen, dass die uns nachfolgenden Generationen nicht die Lasten tragen müssen, über deren Finanzierung wir heute keine Verständigung finden. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist unser Beitrag dazu. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister, für die Einbringung. – Ich eröffne die Bera-

tung zu Tagesordnungspunkt 2. Für die CDU-Fraktion spricht deren Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Laumann.

**Karl-Josef Laumann** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Finanzminister, alle Haushaltsreden, die ich von Ihnen bis jetzt gehört habe, hatten immer einen Teil, in dem Sie über den Bund geschimpft haben. Das war auch heute so. Sie müssen einfach mal feststellen, dass die Menschen am Sonntag entschieden haben, dass die Bundesrepublik Deutschland weiterhin von Angela Merkel in eine gute Zukunft geführt wird.

(Beifall von der CDU)

Die Menschen waren nicht der Meinung, dass in Zeiten von höchsten Steuereinnahmen die Steuersätze weiter erhöht werden müssen.

(Beifall von der CDU)

Die Menschen waren auch nicht der Meinung, dass wir in Deutschland eine Partei brauchen, die den Menschen bis in die kleinsten Lebensbereiche hinein vorschreibt, was ein gutes und was ein nicht so gutes Leben ist.

(Beifall von der CDU)

Aber es geht heute hier im Landtag nicht darum, wie der Bund künftig regiert wird. Das ist im Grundsatz entschieden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh! – Weitere Zurufe)

Sie können sich auch nicht jeder Verantwortung entziehen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Herter [SPD])

Warten wir erst einmal in Ruhe ab.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Heute reden wir über den Landeshaushalt 2014 für Nordrhein-Westfalen. Wir reden hier über den Haushaltsentwurf, den die rot-grüne Landesregierung dem Landtag von Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat.

Wenn ich diesen Entwurf lese, dann finde ich nicht die Anfinanzierung von neuen Ideen, nicht die Anfinanzierung von wichtigen Fragen, etwa wie wir in diesem Land Inklusion gestalten. Das wird ein Haushalt ohne neue Ansprüche, ein Haushalt, der verwaltet statt gestaltet, der vorschreibt, der nach meiner Meinung zu wenig in die Zukunft investiert.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh!)

Im Wahlkampf hat Rot-Grün mal geschrieben: „Schön, wenn Frauen wieder den Haushalt machen.“ Ich hätte mir gewünscht, dass die Frauen etwas mehr Visionen für das Land Nordrhein-

Westfalen haben, als es in diesem Haushalt zum Ausdruck kommt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Man kann in diesem Haushalt auch nachvollziehen, dass es zwischen Rot und Grün schon ein Jahr nach der Landtagswahl zu wenige Gemeinsamkeiten für neue Projekte gibt. Dabei sind wir in Nordrhein-Westfalen in einer Situation, in der wir uns auch Sorgen machen müssen. Wir sind in Nordrhein-Westfalen in einer Situation, in der wir dringend neue Impulse brauchen.

Ich will aus der „Rheinischen Post“ von heute zitieren: „Für die NRW-Wirtschaft kommt es derzeit knüppeldick. RWE, Bayer, Lanxess und erst vorgestern Evonik – fast täglich kündigt ein Konzern Stellenabbau an.“

Also: Bei uns im Land ist nicht alles rosarot. Deswegen braucht man eine Regierung, die gemeinsame Projekte gerade in der Industrie- und Wirtschaftspolitik aufstellen kann.

Die Medienberichte der letzten Wochen zeigen, dass in Nordrhein-Westfalen keine Auseinandersetzung darüber stattfand, wie wir – auch in Zeiten der Energiewende – ein starkes Industrieland werden können. Vielmehr wurde zwischen Rot und Grün darüber gestritten, ob der Neuwarenverkauf auf Trödelmärkten nun geregelt werden muss oder nicht. Das sind aber nicht die Probleme, die unser Land wirklich bewegen.

(Beifall von der CDU)

Wenn man nachliest, was über die Energiepolitik dieser Landesregierung veröffentlicht wird, dann sieht man zwar, dass die SPD eine Energiepolitik für die Industrie will, dass sie auch für das Kohlekraftwerk in Datteln steht, aber dass das mit den Grünen letzten Endes nicht hinzukriegen ist und es deswegen Stillstand auf der ganzen Linie gibt.

(Beifall von der CDU)

Bei der Lektüre der Kommunalseiten unserer Zeitungen merkt jeder von uns, dass es um die kommunale Selbstverwaltung aufgrund der Kommunalfinanzierung nicht gut bestellt ist. In 60 Kommunen gibt es verzweifelte Reaktionen auf das, was wir Kommunal-Soli nennen.

In den letzten Wochen konnte man in den Zeitungen lesen, wie diese Landesregierung zum Thema „Inklusion“ steht. Da sagt zum Beispiel Frau Löhrmann, sie lehne die Konnexität ab.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Die SPD sagt, es müsse eine Lösung gefunden werden. In diesem Haushaltsentwurf ist aber nichts dazu zu lesen, wie das Ganze letzten Endes finanziert werden soll.

(Beifall von der CDU)

Was die Landesplanung anbelangt, wurde letzten Endes auf Druck der Grünen die Landesbürgschaft für den newPark verhindert.

Da gibt es eine SPD, die sich für die Chemie in der Region Nordrhein-Westfalen einsetzt; und es gibt einen grünen Koalitionspartner, der im Bundestagswahlkampf behauptet, dass Plastiktüten verboten werden müssen. Das ist Ihr Beitrag zur Chemiepolitik!

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist: Sie haben natürlich auf einen Wechsel in Berlin gesetzt, um die Steuern zu erhöhen, um damit Ihre unverantwortlichen Wahlgewinne aus der Zeit der Minderheitsregierung bezahlen zu können. Aber diese Rechnung ist nicht aufgegangen.

(Beifall von der CDU)

Rot-Grün betreibt mit diesem Haushalt eine Politik des „Weiter so!“. Ich sage noch einmal: Es gibt keine neuen Ideen und erst recht keine Visionen, wohin dieses Land gehen soll.

Aber wenn wir einfach so weitermachen, dann werden wir an unserer Situation eben nichts verändern. Und die Situation ist nicht überall in Nordrhein-Westfalen rosig. Wir haben hier nach wie vor eine unterdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung gegenüber der Entwicklung in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland. Damit kann man nicht zufrieden sein.

Wir haben – und das wissen wir alle, die wir in unseren Reihen Kommunalpolitiker sitzen haben – eine schwierige Situation in den Kommunen. Die kommunale Selbstverwaltung ist, wenn man nichts mehr selber gestalten kann, letztlich ein totgerittenes Pferd. Ich finde, kommunale Selbstverwaltung ist gerade in einem subsidiär aufgestellten Land wie Nordrhein-Westfalen eine ganz wichtige Sache für die Weiterentwicklung unseres Landes.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Herter [SPD])

Ich kann in Ihrer Haushaltspolitik auch nicht die Nachhaltigkeit im Hinblick auf die Schuldenbremse erkennen.

Ihr „Weiter so!“ heißt auch – und das war die Nachricht, die mich in der Sommerpause persönlich am meisten nachdenklich und auch traurig gestimmt hat –, dass Nordrhein-Westfalen das einzige Flächenland in Deutschland ist, in dem die Langzeitarbeitslosigkeit nicht abgenommen hat. Nur so viel zu Ihrem Slogan: „Wir nehmen jeden mit“. Wenn wir die Langzeitarbeitslosigkeit bei uns nicht abgebaut bekommen, haben wir ein großes Problem, was das Mitnehmen von Bürgerinnen und Bürgern angeht.

Ein „Weiter so!“ heißt auch, dass wir nicht die entscheidenden Akzente setzen können, um dem Verfall unserer Infrastruktur zu begegnen.

Ein „Weiter so!“ heißt auch, dass eine Inklusion ohne Qualität durchgesetzt werden soll.

(Beifall von der CDU)

Ich persönlich finde daher, dass ein bloßes „Weiter so!“ in diesem Haushalt keine gute Politik ist.

Trotzdem werden in Nordrhein-Westfalen neue Schulden gemacht. Unser Schuldenberg wird bis Ende 2014 um 2,4 Milliarden € auf fast 140 Milliarden € anwachsen. Dabei steigen die Steuereinnahmen: Wir reden von fast 5 % mehr Steuereinnahmen als im Vorjahr. Trotzdem kommt Rot-Grün mit dem Geld nicht aus.

Ich sehe es ja, und man erkennt es auch in diesem Haushalt: Nordrhein-Westfalen hat keine Handlungsspielräume mehr. Denn wenn es Handlungsspielräume gäbe – da bin ich sicher –, würden Sie das Anliegen der Inklusion mit mehr Geld ausstatten, als Sie es in diesem Haushalt tun.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Wie viel denn?)

Wenn es Handlungsspielräume gäbe, dann hätten Sie nicht eine so brutale „Basta!“-Politik bei der Beamtenbesoldung betrieben. Ohne mit den Betroffenen zu sprechen, haben Sie einfach gesagt: Wir entscheiden alleine darüber, wer Einkommenszuwächse bekommt und wer nicht.

(Beifall von der CDU)

Das ist ein Verhalten, das Sie bei jedem Unternehmen geißeln würden; bei der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist es jedoch Regierungsstil.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich glaube auch, dass wir Handlungsspielräume in unserem Haushalt nur erlangen können, wenn es eine gute wirtschaftliche Entwicklung gibt. Gegen wirtschaftlichen Abschwung kann man nicht ansparen. Ich habe es als Mitglied einer Landesregierung während der Finanzkrise im Jahre 2009 selbst erlebt, dass gegen das Wegbrechen der Steuerkraft in jenem Jahr ein Ansparen, ein Gegensparen vollkommen unmöglich war.

Es ist notwendig, dass man eigene Anstrengungen unternimmt, dass man Strukturen Schritt für Schritt verändert, um neue Gestaltungsspielräume zu gewinnen.

Herr Finanzminister, Sie haben es im Zusammenhang mit den Ausgaben für Personal – etwa 43 % – angesprochen: Wir werden unsere Handlungsspielräume nicht erreichen können, wenn wir nicht in diesen Bereichen Schritt für Schritt zu Strukturveränderungen kommen. Ich sehe jedenfalls keine andere Möglichkeit. Die einzige Möglichkeit besteht darin, Strukturen zu verändern.

Deswegen, finde ich, sollte man nicht jeden Vorschlag – ob Schulverwaltungsassistenten, Polizeiverwaltungsassistenten oder Veränderungen beim



Arbeitsschutz – von vornherein mit den Worten ablehnen: Das geht alles nicht. Vielmehr sollte man sich darüber unterhalten, wie man diese Veränderungen verantwortungsbewusst angehen kann, um auch für neue Aufgaben im eigenen Haushalt zusätzliche Ressourcen zu erarbeiten.

Jeder von uns weiß auch, dass es auf Dauer in Nordrhein-Westfalen nicht möglich sein wird, Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, Staatsanwälte und Richter von der wirtschaftlichen Entwicklung abzukoppeln.

(Beifall von der CDU)

Deswegen habe ich schon zu Beginn der Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 die Bitte, dass auch Vorschläge der Oppositionsfractionen, wie man Strukturen verändern kann, zumindest in den Fachausschüssen ernsthaft miteinander beraten werden und man vielleicht auch einmal zu gemeinsamen Überzeugungen kommen kann. Nur weil ein Antrag den Briefkopf meiner Fraktion trägt, ist es nicht von vornherein ein schlechter Vorschlag –

(Zuruf von der SPD: Doch!)

genauso wie auch Ihr Briefkopf nicht darüber entscheidet. Ich finde, wir sind in einer Situation, in der wir, wenn wir uns Handlungsspielräume erarbeiten wollen, aus diesem Mechanismus zwischen Regierung und Opposition ein Stück weit herauskommen müssen.

(Beifall von der CDU)

Die Länder in Deutschland haben im ersten Halbjahr 2013 einen Überschuss von 1,2 Milliarden € erzielt. Unser Land Nordrhein-Westfalen hatte zum 30. Juni 2013 einen negativen Finanzierungssaldo von 1,7 Milliarden €. Auch daran sehen Sie, dass Nordrhein-Westfalen mehr Probleme hat als andere Flächenländer.

Eine aktuelle PwC-Studie zur Entwicklung der Landeshaushalte besagt – ich zitiere –:

„Nordrhein-Westfalen gehört zu jenen westdeutschen Flächenländern, deren relative Finanzposition sich bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern weiter zu verschlechtern droht.“

Und:

„Insgesamt wird es für Nordrhein-Westfalen nicht einfach werden, die Schuldenbremse einzuhalten.“

Auch das wissen wir alle: dass wir wahrscheinlich das Flächenland sind, wo es am schwersten für jeden sein wird, die Schuldenbremse einzuhalten. Trotzdem wird die Frage, ob wir die Schuldenbremse einhalten, damit wir in Deutschland endlich aus der Teufelsspirale herauskommen, ständig mehr auszugeben, als wir einnehmen, vor allem in Nordrhein-Westfalen entschieden. Denn wenn dabei ein

so großes Flächenland wie wir letzten Endes versagt, scheitert die ganze Idee der Schuldenbremse. Diese Idee halte ich aber nach wie vor für eine der wichtigsten politischen Entscheidungen nach der deutschen Wiedervereinigung.

(Beifall von der CDU)

Der Ausgabenanstieg beim Bund – so ist das zumindest dem vorgelegten Bundeshaushalt zu entnehmen – beträgt von 2013 bis 2017 lediglich 1,5 %. In Nordrhein-Westfalen plant die Landesregierung bis 2017 aber mit über 23 %. Bei diesen Steigerungsraten werden wir das Ziel der Einhaltung der Schuldenbremse nie erreichen können. Deswegen macht schon dieser Haushaltsplan deutlich, dass Sie dieses Ziel nicht ernst genug verfolgen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die politische Generation, die jetzt hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen sitzt, ihre wichtigste Aufgabe darin hat, diesen jetzt über 40-jährigen Kreislauf, mehr Geld auszugeben, als man einnimmt, zu durchbrechen.

Ich will Ihnen auch sagen, warum ich glaube, dass das Zeitfenster für diese wichtige politische Frage nicht ewig offen steht. Das hängt auch mit der Demografie unseres Landes zusammen. Das hängt damit zusammen, dass die Babyboomer-Generation, die Menschen, die zwischen 1955 und 1965 geboren sind, noch im Erwerbsleben steht. Ich gehöre selber dieser Generation an. Wir werden in 15 bis 20 Jahren aber die Seniorenboomer sein. Wir werden dann ersetzt von einer Generation, die jetzt zwischen 5 und 15 Jahren alt ist. Die können wir auch zählen. Diese Generation ist halb so groß wie unsere Generation. Deswegen glaube ich, dass es nur noch in dem Zeitfenster, in dem die Babyboomer-Generation zu den Einkommensteuerzahlern gehört, möglich ist, die Haushalte in Deutschland auszugleichen. Danach wird es sagenhaft schwer. Deswegen ist es sehr wichtig, dass man dieses Ziel erreicht.

Ich will für meine Fraktion sagen: Vielleicht muss man, um ein solches Ziel in einem Land wie Nordrhein-Westfalen zu erreichen, auch gemeinsam denken, zwischen Kommunen und Land und über Fraktionsgrenzen hinweg. Wir würden damit das Beste tun, damit die Menschen auch in 20 Jahren in Nordrhein-Westfalen sowohl auf der Kommunal-ebene wie auf der Landesebene noch Gestaltungsmöglichkeiten haben.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Erreichung dieses Zieles wird uns deswegen schwerfallen – ich habe das eben schon gesagt –, weil sich Nordrhein-Westfalen im Vergleich zur Wirtschaftskraft der anderen Bundesländer langsamer nach vorne entwickelt. Darin liegt unser Problem.

Das wird auch in diesem Haushaltsentwurf deutlich, wenn man sich die erwarteten Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich anschaut. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung geht die rot-grüne Landesregierung davon aus, dass Nordrhein-Westfalen seinen Status als Empfängerland im Finanzausgleichssystem beibehalten wird. Ab 2015 rechnet sie jährlich mit 800 Millionen € Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und aus den Bundesergänzungszuweisungen.

Aber wenn man eine solche Situation hat, dann muss man doch alles, was man an Stellhebeln hat, bewegen, um die Situation zu verbessern. Deswegen muss die Landesplanung in Nordrhein-Westfalen von der Stelle kommen, und die Blockade zwischen Umweltschutz auf der einen Seite und Landesplanung auf der anderen Seite muss in der Landesregierung durchbrochen werden und darf nicht einfach vor sich her wabern.

Ich glaube, dass wir einen Konsens zwischen Rot und Grün, aber auch in unserer Gesellschaft über Industrie- und Gewerbegebiete brauchen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die kleinkarierte Klimaschutzpolitik der Grünen der wirtschaftlichen Dynamik in Nordrhein-Westfalen nicht guttut, sondern eher ein Hemmschuh ist, den wir besser nie angezogen hätten und den wir schnell wieder ausziehen sollten.

(Beifall von der CDU)

Wir müssen alles tun, um den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen. Dass wir auf diesem Gebiet hinter dem Bundestrend liegen, ist wahrscheinlich das sozialpolitisch größte Problem, das wir in Nordrhein-Westfalen haben. Die Wahrheit ist: Inwiefern man Menschen mitnimmt und Teilhabe für Menschen organisiert, entscheidet sich in allererster Linie an ihrer Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt.

Da ich weiß, wo wir besonders große Sorgen haben, was die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit angeht, habe ich im Sommer die Entscheidung, dass Sie keine Verantwortung für den newPark in der Emscher-Lippe-Region übernehmen wollen, einfach nicht verstanden. Denn da sind die Probleme am größten.

Meine Damen und Herren, ich hatte eben in meiner Rede schon etwas zur kommunalen Selbstverwaltung gesagt. Wir haben nun 60 Gemeinden, die herangezogen werden, um den sogenannten Kommunalsoli zu finanzieren. Sicherlich ist in diesen Gemeinden die Situation nicht überall gleich. Aber ich war jetzt einmal im Kreis Siegen-Wittgenstein, wo insgesamt fast 15 Millionen € bei den Kommunen abgeschöpft werden.

Eine Kommune davon ist die Gemeinde Wilnsdorf. Mit deren Zahlen habe ich mich mal etwas mehr beschäftigt. Diese Gemeinde soll nächstes Jahr 650.000 € zahlen. Dabei ist Wilnsdorf gerade dem

Nothaushalt entronnen durch ein dort im Gemeinderat verabschiedetes hartes Sparprogramm. Wilnsdorf hat 3.400 € Schulden pro Einwohner. Das ist im Übrigen ein Drittel mehr als in Bottrop oder Leverkusen, denen der Kommunalsoli zugutekommt. Das ist doch erst einmal verrückt, oder?

Das Zweite ist: Im Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Wilnsdorf, wie es heute vorliegt, steht, die Anzahl der Ratsmandate soll reduziert werden, ebenso die Anzahl der Ausschüsse, die Anzahl der Ausschussmitglieder und der sachkundigen Bürger. Das macht 30.000 € Einsparung im Jahr aus. Die Reduzierung von Ausgaben bei Jubiläen macht 29.000 € im Jahr aus. Die Reduzierung des Aufwands für Schulen aufgrund von Demografiegewinnen macht insgesamt 200.000 € für die nächsten Jahre aus. Dazu kommen weitere Maßnahmen in dieser kleinen Gemeinde wie die Pflege von Grünflächen durch Ehrenamtler, die Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer, der Hundesteuer und der Vergnügungssteuer.

Wo sollen weitere Einsparungen für den Kommunalsoli herkommen? Wilnsdorf spart, dass es quietscht, und die rote Landesregierung setzt mit dem Kommunalsoli noch eine Art Strafsteuer obendrauf.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie, wie ich es getan habe, mit Ratsmitgliedern aus dieser Gemeinde reden, dann finden Sie dort die Stimmung vor, dass die erst einmal sagen, sie wollen gar nicht mehr für den nächsten Gemeinderat kandidieren. Sollen die doch von Düsseldorf hier einen Kommissar einsetzen.

Ich hatte nicht den Eindruck, dass das nur die Leute mit meinem Parteibuch so sahen. Die Leute sind wütend, weil sie sich um das, was sie sich erspart haben, was sie sich durch mutige Entscheidungen an Handlungsspielräumen erarbeitet haben, betrogen fühlen. So können wir keine Kommunalsanierung in Nordrhein-Westfalen machen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will das hier nur sagen. Die Milliardenschulden, die manche Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben, sind ja nicht an einem Tag entstanden. Die sind alle irgendwie von einer Kommunalaufsicht in den Jahren irgendwann einmal genehmigt worden.

(Minister Ralf Jäger: Verdopplung zwischen 2005 und 2010! – Zurufe von der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: In der Zeit von Innenminister Wolf hatten wir die strengste Kommunalaufsicht in Nordrhein-Westfalen. Darüber haben Sie in ganz Nordrhein-Westfalen damals geschimpft.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Aber sei es, wie es sei. Diese Schulden, Herr Jäger, sind nicht nur in den fünf Jahren entstanden.

(Minister Ralf Jäger: Verdopplung in fünf Jahren!)

Ich sage Ihnen: Die sind nicht nur in den fünf Jahren entstanden.

(Minister Ralf Jäger: Verdoppelt!)

Bei einer Regelung, bei der man sogenannte Kassenkredite nicht von der Kommunalaufsicht genehmigen lassen muss, muss man sich nicht wundern, dass das dann der Ausweg ist – den Nordrhein-Westfalen als einziges Land hat – und wir mittlerweile die Kassenkreditführerschaft in ganz Deutschland errungen haben.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube nach sieben Jahren Mitgliedschaft in diesem Landtag, dass wir in Nordrhein-Westfalen in Wahrheit dringend das Gemeindefinanzierungsgesetz, das GFG, neu denken müssen. Das GFG wird von niemandem mehr verstanden –

**(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)**

mit seinen fiktiven Hebesätzen, mit seinen komplizierten Analysen, mit seiner Einwohnerveredelung usw.

(Zuruf von der SPD: Das hätten Sie doch alles ändern können, wenn Sie es gewollt hätten!)

– Lassen Sie uns doch erst einmal darüber reden, was wird jetzt tun, bevor wir solchen Gemeinden wie Wilnsdorf die Pistole auf die Brust setzen.

(Beifall von der CDU)

Denken Sie doch einmal in einer Sache daran, nicht nur weiter so zu machen. Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie mit diesem Gemeindefinanzierungsgesetz in Nordrhein-Westfalen die Probleme nicht gelöst bekommen. Meine politische Erfahrung, die ja nun auch ein paar Tage alt ist, sagt mir eines: Ein Solidarsystem, das so kompliziert ist, dass es keiner nachvollziehen kann, ist nie ein Solidarsystem, das Akzeptanz erfährt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Es ist nun mal so: Transparenz ist die Mutter des Vertrauens und der Akzeptanz.

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Deswegen ist das mit diesem GFG nicht zu machen. Wenn die Kommunalaufsicht unter wem auch immer das alles hat laufen lassen, dann muss man zugeben, egal, welche Landesregierung es war, dass Landesregierungen dabei Schmiere gestanden haben. Deswegen hat das Land auch eine Mitverantwortung für das, was über Jahrzehnte in Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle passiert ist.

(Beifall von der CDU)

Es sind nicht nur diese 60 Kommunen, die man jetzt teilweise um die Früchte ihrer mutigen politischen Entscheidungen bringt.

(Minister Ralf Jäger: Völliger Quatsch, Herr Laumann!)

Ich will Ihnen einen weiteren Punkt nennen:

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Ich bin sehr dafür, dass wir Solidarität haben. Da brauche ich von niemandem hier im Landtag Nachhilfeunterricht. Vollkommen klar ist, dass Gemeinden, die eine gute Entwicklung haben, auch einen Beitrag leisten müssen für Gemeinden, in denen es schwieriger ist.

Aber der Ausgleich heißt „Gemeindefinanzierungsgesetz“. Wenn wir hier eine Regelung haben, dass 23 % der Einkommensteuer erst einmal jeder Gemeinde zur Erledigung ihrer Aufgaben im Grundsatz zustehen, dann kann man da ja umverteilen.

Wenn aber die Regelung so aussieht, dass man von diesen 23 % keinen Euro mehr bekommt und noch zusätzlich Leistungen erbringen muss, dann wird Solidarität zu Sozialismus, und das verstehen die Menschen nicht.

(Beifall von der CDU)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen – den sollte man gar nicht denken müssen –: Wie geht eigentlich die Energiewende in Nordrhein-Westfalen voran?

Darüber, dass wir aufgrund unserer bisherigen Bedeutung bei der Energiegewinnung sehr stark auch die Interessen von großen Energieversorgern, die hier viele Arbeitsplätze organisieren, im Auge haben müssen, gibt es zumindest zwischen der einen oder anderen Fraktion hier im Landtag eine Gemeinsamkeit, und dass bei dieser Energiewende auch der Ausbau der regenerativen Energien notwendig ist, ist auch keine Frage.

Ich sage Ihnen jetzt aber einmal Folgendes: Im Jahre 2012 sind in Nordrhein-Westfalen ganze 59 Windkraftanlagen genehmigt worden. Wenn in diesem Schnecken tempo weitergemacht wird, weil man es im Hause des Umweltministers nicht schafft, mit den Umweltverbänden eine Übereinkunft in Bezug auf die Nutzungen zu erzielen, dann bedeutet das, dass Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen die Energiewende verhindert – zumindest im Hinblick auf den Ausbau der Windenergie.

(Beifall von der CDU)

Es gibt kein Bundesland, in dem es so wenige Genehmigungen für Windkraftanlagen gibt und wo es so schwierig ist wie in Nordrhein-Westfalen, und all die Leute, die jetzt in Nordrhein-Westfalen Bürgerwindparks organisieren, können ein Lied davon sin-

gen. Wenn Sie zu diesen Leuten Kontakt hätten, dann wüssten Sie das auch.

(Beifall von der CDU)

Zum Schluss will ich einen letzten Punkt ansprechen, den manche möglicherweise als eine Banalität ansehen. Ich sage Ihnen aber: Das wird eine entscheidende Rolle hinsichtlich der Lebensmöglichkeiten der Menschen in Nordrhein-Westfalen spielen.

Wir führen hier im Landtag viele Diskussionen darüber, wie die medizinische Versorgung und die pflegerische Versorgung in einer älter werdenden Gesellschaft aussehen werden. Dabei werden viele gute Modelle angedacht – auch im Pflegeministerium. Ich nenne die Stichworte „stadtteilorientiert“ usw. Das alles finde ich gut.

Wir werden aber ein Riesenproblem mit der ärztlichen Versorgung in Nordrhein-Westfalen haben, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir bilden in Nordrhein-Westfalen zurzeit nämlich zu wenige Ärzte aus. 1992 gab es in Nordrhein-Westfalen noch 20.900 Medizinstudenten, jetzt sind es noch 16.460. Es gibt in Nordrhein-Westfalen ganze Regionen, in denen die Hausärzte deutlich über 50 Jahre alt sind. Vor allen Dingen in den ländlichen Regionen merkt man das jetzt zuerst. Aufgrund dessen, dass die Anzahl älterer Menschen größer wird, werden wir eher mehr als weniger Hausarztpraxen brauchen.

Ich habe einfach nur die Bitte, dass man auch in den Haushaltsberatungen darüber nachdenkt, mehr Ärzte in Nordrhein-Westfalen auszubilden, und wir sollten uns insbesondere zusammen mit den Universitäten bemühen, diejenigen auszubilden, die später als Mediziner auch bereit sind, eine Hausarztpraxis zu betreiben.

(Beifall von der CDU)

Im Übrigen läuft uns hier deswegen die Zeit weg, weil es rund zehn Jahre dauert, bis jemand eine Hausarztpraxis übernehmen kann, wenn er heute anfängt, Medizin zu studieren. Deswegen muss jetzt gehandelt werden, wenn wir hier nicht sehenden Auges in die Probleme laufen wollen.

Ich wohne in einer Gemeinde, in der jetzt eine große Arztpraxis wegen des Erreichens des Renteneintrittsalters geschlossen hat.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Rösler!)

Wenn Sie erleben, dass 70-Jährige zu Ihnen kommen und sagen: „Ich war jetzt schon bei zwei anderen Hausärzten, aber keiner will mich mehr als Patient haben“, dann wissen Sie, was dahintersteht. Das ist nicht nur ein Problem des Münsterlandes oder der Sauerlandgemeinden, sondern das wird auch zunehmend ein Problem der städtischen Regionen.

Für die Hochschulpolitik sind die Länder verantwortlich, und deswegen liegt die Verantwortung hier

auch bei der Landesregierung und nirgendwo anders.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, bei mir stirbt die Hoffnung immer zuletzt. Deswegen hoffe ich sehr, dass wir bei den Haushaltsberatungen in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr trotz all der Erfahrungen, die ich in meinem 23-jährigen Abgeordnetenleben gemacht habe, von dem „Einfach-weiter-So“ an dem einen oder anderen Punkt ein bisschen abweichen, dass vielleicht auch die Ideen, die andere haben, nicht von vornherein deswegen abgelehnt werden, weil der Antragsteller einen bestimmten Briefkopf verwendet hat,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So war das zumindest 2005 bis 2010!)

und dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass Akzente für eine gute Zukunft in Nordrhein-Westfalen gesetzt werden. Dieser Haushalt setzt keine Akzente, und deswegen ist er ein anspruchloser Haushalt. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Laumann. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Römer.

**Norbert Römer (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Laumann, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Sie haben damit eingeleitet, dass Sie in diesem Haushalt und in der Haushalts- und Finanzplanung dieser Landesregierung zu wenige Zukunftsinvestitionen sehen und Impulse vermissen.

Ich hatte eine Erwartung an Ihre Rede. Ich habe nämlich geglaubt, dass Sie uns, ein bisschen beflügelt durch den unbestreitbaren Wahlerfolg durch Frau Merkel, einen Gegenentwurf präsentieren und sagen würden, wie Sie denn die Zukunft dieses Landes sehen und wohin Sie denn Zukunftsinvestitionen leiten würden. Fehlanzeige! Das war ein Wirrwarr. Ich habe den roten Faden in Ihrer Rede verzweifelt gesucht und hatte den Eindruck, Ihre Fraktion war ebenso verzweifelt. Das war beim besten Willen kein Gegenentwurf, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es ist völlig klar: Unter der Führung von Frau Merkel – durch sie war Ihr Wahlergebnis ja fast so gut wie das Bundeswahlergebnis Ihrer Partei; sie hat Sie mitgezogen – haben Sie, Herr Laschet, ein gutes Wahlergebnis erreicht. Ich gratuliere Ihnen dazu und mache noch einmal deutlich, Herr Kollege

Laumann: Davon hätte ich mir allerdings in Ihrer Rede etwas versprochen.

Jetzt liegt selbstverständlich auch die Verantwortung bei CDU/CSU, bei Frau Merkel, eine Regierung zu bilden und vor allem, Herr Kollege Laumann, zu sagen, wohin denn die Reise auch steuer-, haushalts- und finanzpolitisch in diesem Land insgesamt gehen soll, damit wir noch mehr in die Zukunft investieren können, in die Herzen und Köpfe der Kinder, Herr Kollege Laumann,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

damit wir auch in Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft kommen. Das habe ich bei Ihnen vermisst.

Ich werde gleich auf einige Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben, und versuche dann, einen roten Faden auch für Sie zu entwickeln.

(Zurufe von der CDU: Oho! – Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist aber gefährlich!)

Ich gehe davon aus, dass Sie mit mir der festen Überzeugung sind, dass wir hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein gemeinsames Interesse daran haben müssen, die Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen, deren Wohlergehen und das Wohlergehen des Landes zum Zielpunkt unseres Handelns zu machen. Und daraus entwickelt sich auch, Herr Kollege Laumann, ein Anspruch aus diesem Landtag heraus gegenüber der Politik im Bund. Das wollen wir hier gemeinsam festhalten.

(Beifall von der SPD – Lutz Lienenkämper [CDU]: Nicht gegen die Politik im Bund! Arroganz bis zum Geht-nicht-Mehr!)

Ich nehme den Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik hier in Nordrhein-Westfalen und ihre Entwicklung heraus. Wir haben – der Finanzminister hat es gerade noch einmal eindrucksvoll bestätigt – seit der Regierungsübernahme im Jahre 2010 durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit jedem einzelnen Haushalt bewiesen, dass wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung Schritt für Schritt nach vorne gehen, ohne die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen.

Herr Kollege Laumann, selbstverständlich dann, wenn alles stimmt, haben wir sowohl auf der Ausgabenseite bei den Zukunftsinvestitionen als auch bei der Übernahme der Gesamtverantwortung für eine auskömmliche Finanzausstattung aller staatlichen Ebenen gesorgt, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, sodass wir selbstverständlich auch das Ziel der Schuldenbremse erreichen werden. Das ist nachhaltige Haushaltskonsolidierung und nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind auf dem Weg, mehr in die Förderung von Familien und Kindern zu investieren, mehr dafür zu sorgen, dass wir kein Kind zurücklassen, mehr dafür zu sorgen, dass wir zukünftig Kinder nicht mehr oh-

ne Schulabschluss aus den Schulen entlassen müssen, mehr dafür zu sorgen, dass alle eine Berufsausbildung bekommen, Schritt für Schritt nach vorne gekommen.

Diese Zukunftsinvestition ist nicht nur im Interesse der Kinder und Familien und nicht nur im Interesse unserer gesamten Gesellschaft, sondern sie ist auch, Herr Kollege Laumann, im Interesse unserer Unternehmen und Betriebe, weil es darauf ankommt, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass alle diejenigen, die hier im Land leben und groß werden, auch eine Chance haben, in den Betrieben, in den Ausbildungsstellen Fuß zu fassen. Das ist auch unser Beitrag zum drohenden Fachkräftemangel. Wir werden das konsequent weiterführen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und wir nehmen dafür, meine Damen und Herren, viel Geld in die Hand. 1,984 Milliarden € – in diesem Haushalt kann man das nachlesen, Herr Kollege Laumann – werden wir für die frühkindliche Betreuung und Bildung ausgeben. Herr Kollege Laschet, 1,984 Milliarden €, fast doppelt so viel wie damals unter Ihrer Verantwortung! Und das ist eine vernünftige Investition in die Zukunft. Und wir brauchen mehr davon. Das sagen wir jedes Mal. Deshalb brauchen wir auch eine vernünftige Finanzausstattung insgesamt für den gesamten Haushalt, Bund, Länder und Kommunen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will den Faden an das anknüpfen, was Sie vorhin angemerkt haben, Herr Kollege Laumann. Sie haben auf die Schwierigkeiten bei großen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen hingewiesen – bei RWE, E.ON, Evonik, ThyssenKrupp; wir könnten das weiterführen. Auch in mittelständisch geführten Unternehmen gibt es Schwierigkeiten. Ja, die haben deshalb Schwierigkeiten, weil vier Jahre lang in Berlin bei der sogenannten Gestaltung der Energiewende nichts, aber auch gar nichts gemacht worden ist. Das schadet dem Industriestandort Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sich jetzt hier hinzustellen, Herr Kollege Laumann, und so zu tun, als seien dafür andere verantwortlich, das schlägt dem Fass den Boden aus. Sie haben in Berlin nicht ein einziges Mal mit Ihren Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen dafür gesorgt, dass es im Sinne dieses Landes, im Sinne der Unternehmen bei der Energiepolitik, bei der Gestaltung der Energiewende endlich weitergegangen wäre. Nein, Sie haben zugeguckt, wie sich vor allen Dingen Wirtschaftsminister und Umweltminister – später Herr Rösler und Herr Altmaier – gegenseitig zulasten dieses Landes blockiert haben. Herr Kollege Laumann, die Politik von Frau Merkel in den letzten

vier Jahren hat uns in Nordrhein-Westfalen erheblich geschadet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent weitergehen. Wir werden selbstverständlich, Herr Kollege Laumann, auch den großen dicken Brocken Personalkosten im Landeshaushalt nicht aus dem Blick verlieren: 43 % sind großer Brocken. Deshalb füge ich hinzu: Auch angesichts der dramatischen Entwicklung, was die Arbeitsplätze in einigen nordrhein-westfälischen Unternehmen angeht – ich habe das hier mit allem Freimut gesagt –, haben wir die sozial gestaffelte Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten mit einer klaren Zusage verbunden, nämlich mit der Zusage, dass wir während der Laufzeit dieses Tarifvertrages, also zwei Jahre lang, keinen Personalabbau betreiben würden.

(Zurufe von der CDU)

Beschäftigungssicherung – habe ich damals gesagt – ist ein hohes Gut, auch für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Angesichts dessen, was sich um uns herum abspielt, füge ich noch einmal hinzu: Ja, es war vernünftig,

(Armin Laschet [CDU]: Nein!)

es war vor allen Dingen verantwortungsvoll, wie wir uns verhalten haben.

(Armin Laschet [CDU]: Das sehen die Beamten anders!)

Ich bleibe trotz Ihrer populistischen Klage zuversichtlich: Wir werden damit auch erfolgreich einer gerichtlichen Überprüfung standhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –  
Armin Laschet [CDU]: Tosender Beifall!)

– Dafür braucht man keinen Beifall; dafür wollen wir keinen Beifall bekommen.

Wir wissen, dass wir den Betroffenen einiges zumuten – ohne Frage.

(Armin Laschet [CDU]: Ja!)

Aber wir glauben und sind davon überzeugt, dass die Betroffenen mehr und mehr Einsicht zeigen, dass wir einen vernünftigen Weg gehen, Herr Kollege Laschet.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das erlebe ich überall, vor allen Dingen in den vielen Gesprächen mit den Betroffenen.

Also: Wir gehen diesen Konsolidierungsweg weiter nach vorn und werden dabei selbstverständlich die Zukunftsinvestitionen nach wie vor im Blick behalten. Über eine bestimmte habe ich geredet, nämlich über die Investition in die Köpfe und Herzen der Kinder vor der Schule.

Wir haben selbstverständlich bei der Frage, wie wir die Förderung in der Schule weiter nach vorn bringen können, weder am Geld noch am Personal gespart. Auch dabei gibt es die klare Zusicherung: Bis zum Jahr 2015 bleibt alles, was aufgrund sogenannter Demografieeffekte, insbesondere wegen rückläufiger Schülerzahlen, beim Personal einzusparen wäre, in den Schulen, Herr Kollege Laschet, damit wir mehr individuelle Förderung machen können.

Ich bin froh, dass Sie beim Schulkonsens dabei waren. Wir erleben jetzt gemeinsam, wie gut es gewesen ist, dafür zu sorgen, dass vor allen Dingen die kommunale Familie entscheiden kann, ein wohnortnahes Schulangebot so zu organisieren, dass es besonders für die Kinder gut ist und dass sie Bildungsabschlüsse bis zur Klasse 10 auch integriert, wenn das gewollt ist, bekommen können.

Ich merke, die Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen und vor allen Dingen in CDU-dominierten Städten und Gemeinden ist in Bewegung geraten. Das macht deutlich: Es war richtig, dass wir das so entschieden haben, und das ist eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der dritte Punkt berührt uns alle miteinander selbstverständlich nach wie vor und betrifft das, was mit der kommunalen Familie zusammenhängt. Herr Kollege Laumann, wenn Sie hier beklagen, dass es der kommunalen Familie vor allen Dingen unter der Kommunalaufsicht von Herrn Wolf so schlecht gegangen sei, müssten Sie sich bitte an die eigene Verantwortung erinnern.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Oh!)

Ich will Sie daran erinnern, dass deshalb damals mehr als 100 Städte und Gemeinden in die Not Haushalte getrieben worden sind, weil Sie in der gesamten Zeit Ihrer Regierungsverantwortung – vier Jahre Rüttgers – den Kommunen mehr als 3 Milliarden € aus den Kassen genommen haben. Darunter leiden sie heute noch. Das kann man nicht innerhalb weniger Jahre reparieren.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Deshalb bleiben wir bei unserem Kurs. Wir gehen bis an die Grenzen dessen, was der Landeshaushalt verkraften kann, um den Städten und Gemeinden zu helfen, dass sie nicht unter die Wasserlinie gedrückt werden. Das ist im Interesse aller 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Deswegen ist der Stärkungspakt sowohl in seiner ersten als auch in der zweiten Ausgestaltung unter Zuhilfenahme der Solidarität der kommunalen Familie ein vernünftiger Weg, der für alle Städte und

Gemeinden in Nordrhein-Westfalen gut ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden ihn gehen. Wir werden darüber zu reden haben.

Aber wenn Sie, Herr Kollege Laumann, in diesem Zusammenhang sagen: „Sie müssen dort mehr investieren“, frage ich Sie allen Ernstes: Wo ist denn da der rote Faden in Ihrer Argumentation? Wie wollen Sie das denn zusammenbekommen: auf der einen Seite Mehrausgaben in Nordrhein-Westfalen zu verlangen, auf der anderen Seite sich gegen Mehreinnahmen vom Bund auszusprechen und auf der dritten Seite nicht zu sagen, wo Sie die Ausgaben reduzieren, denn das sei Ihre Sache? – Das kann doch nicht zusammengehen, Herr Kollege Laumann. Das ist keine verantwortungsvolle Politik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss auf einen Punkt zu sprechen kommen, von dem ich glaube, dass der Landtag in Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung für das Land – „gemeinsam“ im Übrigen, Herr Kollege Laumann – nachkommen muss.

Ich will daran erinnern: Wir waren uns im Oktober 2010 schon einmal – nicht mit der FDP, die damals noch beiseite gestanden hat – mit Ihnen einig, dass zur Ausgestaltung der kommunalen Finanzen trotz aller Anstrengungen in den Städten und Gemeinden sowie im Land der Bund mehr Verantwortung übernehmen muss.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: War der Bund dabei?)

Wir waren uns damals alle einig. Ich habe nicht erlebt, dass Sie viel dazu beigetragen hätten, dass der Bund in der vergangenen Legislaturperiode dieser Verantwortung nachgekommen wäre.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Was ist denn mit der Grundsicherung?)

– Was dem Bund abgetrotzt worden ist – Stichwort: Grundsicherung –, ist über den Bundesrat abgetrotzt worden, nachdem wir aus Nordrhein-Westfalen begonnen haben und dann diese Mehrheit über immer mehr von SPD und Bündnis 90/Die Grünen regierten Länder im Bundesrat zustande gekommen ist. Freiwillig hat der Bund das nicht gemacht; Sie sollten sich da nicht mit fremden Federn schmücken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb wird es sehr darauf ankommen, dass wir auch mit Blick auf die Bundesregierung – in den nächsten Tagen wird sich herausstellen, wie sie von Ihnen gebildet werden wird – diesen gemeinsamen

Anspruch deutlich machen. Der, Herr Kollege Laumann, wird nicht erfüllt werden können, wenn es nicht auch gelingt, im Bund dafür zu sorgen, dass wir für alle Ebenen der staatlichen Verantwortung strukturelle Mehreinnahmen bekommen, damit die Aufgaben erfüllt werden können.

Das ist unsere gemeinsame Verantwortung, meine Damen und Herren. Daran wird sich auch die CDU in Nordrhein-Westfalen messen lassen müssen. – Glück auf und vielen Dank fürs Zuhören!

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Für die FDP-Landtagsfraktion spricht nun der Abgeordnete Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Vorredner haben mit einer Bewertung der Bundestagswahl vom vergangenen Wochenende begonnen; so will auch ich das tun.

Für meine Partei war die Bundestagswahl eine schmerzhaft Niederlage. Es ist nur ein schwacher Trost, dass wir in Nordrhein-Westfalen oberhalb der Fünfprozenthürde abgeschnitten haben, wenn die liberale Partei nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten ist. Was das bedeutet, kennt die grüne Partei, die zwischen 1990 und 1994 nicht in unserem Bundesparlament vertreten war.

(Nicken von Reiner Priggen [GRÜNE])

Wir werden jetzt Konsequenzen zu ziehen haben, aber ab morgen auch wieder am Neuanfang der FDP im Bund arbeiten.

(Beifall von der FDP)

Ein Blick auf die Bundestagswahl über meine Partei hinaus zeigt aber auch anderes, für diese Haushaltsberatung Relevantes. Sozialdemokraten und Grüne im Bund sind beide der politischen Philosophie von Hannelore Kraft gefolgt, nämlich angeblich oder tatsächlich vorsorgende soziale Politik zu formulieren und dafür eine höhere Nettokreditaufnahme respektive breitflächige Steuererhöhungen in Kauf zu nehmen. Das ist die politische Philosophie von Hannelore Kraft. Mehr oder weniger spiegelt sie sich in den Wahlprogrammen von Sozialdemokraten und Grünen wider. Beide Parteien hatten in der Summe über 70 Milliarden € Mehrausgaben im Wahlkampf versprochen und dazu auch Steuererhöhungen in einer Größenordnung von immerhin 45 Milliarden € angekündigt.

Auch dieses Modell stand zur Abstimmung: im Bund und im Land Nordrhein-Westfalen. Der Blick auf die Ergebnisse zeigt: Weder im Bund, Frau Ministerpräsidentin, noch mit Blick auf die Zweitstimmenergebnisse in Ihrem Bundesland und trotz eines Ihrer

Vorgänger in Nordrhein-Westfalen als Kanzlerkandidaten der SPD hätten Sozialdemokraten und Grüne keine Mehrheit für diese Politik gehabt.

Wir ziehen unsere Konsequenzen aus unserer Niederlage. Was machen Sie?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir werden unsere Konsequenzen ziehen und uns Fragen neu stellen. Aber was tun Sie, Frau Ministerpräsidentin?

Wenn ich mir den vorgelegten Haushalt ansehe, kann ich nicht erkennen, dass – auch nicht in der Einbringungsrede des Finanzministers –, dass hier auch nur ein Jota Nachdenklichkeit gewesen wäre. Die Finanzen im Gesamtstaat sind in diesem Jahr ausgeglichen. Der Bundeshaushalt wird im nächsten Jahr den strukturellen Ausgleich erreichen.

Das wunderbare Bundesland Nordrhein-Westfalen wird im nächsten Jahr nach diesem Haushaltsentwurf immer noch 2,4 Milliarden € neue Schulden aufnehmen – trotz Rekordeinnahmen beim Staat.

Bei der Zinssteuerquote ist Nordrhein-Westfalen inzwischen mit – wenn ich es richtig sehe – Bremen, dem Saarland und Berlin trotz Niedrigzinsen in einer Gruppe. Bei der Zinssteuerquote liegen wir inzwischen so, dass jeder siebte Euro an Steuereinnahmen für die Tilgung von Altlasten eingesetzt wird, Herr Finanzminister. Wir befinden uns in Nordrhein-Westfalen finanzpolitisch auf einem der Abstiegsplätze und sehen von Ihnen keine Bemühungen, das zu verändern, meine Damen und Herren der Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie setzen auf den Versuch, die Einnahmesituation des Landes Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Sie bekämpfen dafür die Steuerhinterziehung und die Steuerflucht. Es ist im Prinzip aller Ehren wert, gegen Steuerhinterziehung zu arbeiten, wenngleich ich Ihnen sagen muss, dass ich mir gewünscht hätte, dass die Landesregierung ihre Energie und ihr Engagement gegen Steuerbetrug in gleicher Weise beim Sozialbetrug zeigen würde. Sie haben viel zu lange ein Mitglied Ihrer Landesregierung gedeckt, Frau Kraft,

(Widerspruch von den GRÜNEN)

und deshalb auch Zweifel an der moralischen Motivation in dieser Frage aufgeworfen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nun zu den Steuererhöhungen. Die mittelfristige Finanzplanung dieses Landes basiert auf der Annahme und der Forderung, es möge in Deutschland breitflächige Steuererhöhungen geben. Wenn ich es richtig sehe, Herr Finanzminister, haben Sie bereits in diesem Landeshaushaltsentwurf 300 Millionen € globale Mehreinnahmen eingeplant, weil Sie auf Steuererhöhungen im Bund setzen. Die gesamte

mittelfristige Finanzplanung und Ihr Ziel, die Schuldenbremse des Grundgesetzes zum Ende des Jahrzehnts einzuhalten, basieren auf der Forderung, dass der Bund zu einer deutlich höheren Einnahmehasis kommt; das ist auch gerade in der Rede von Herrn Römer zum Ausdruck gebracht worden.

Man kann nur sagen, Frau Ministerpräsidentin: Möglicherweise geht diese Finanzspekulation auf, wenn ich lese, dass der Bundesfinanzminister jetzt schon Denkmodelle anstellt, wiederum die Mehrwertsteuer zu erhöhen, wie das die letzte Große Koalition gemacht hat. Er denkt darüber nach, die ermäßigten Mehrwertsteuersätze zu erhöhen, also auch jene auf Grundnahrungsmittel. Das sind 23 Milliarden €.

Die Bundestagswahl ist noch keine zwei Tage vorbei, die FDP ist gerade ausgeschieden, schon denken auch die Kollegen von CDU und CSU wieder darüber nach, an welcher Schraube gedreht werden kann. Wiederum kommt die Mehrwertsteuer ins Blickfeld – eine Steuer, die nicht vor allen Dingen die Millionäre trafe, sondern die Millionen in unserem Land.

Meine herzliche Bitte an diejenigen, die jetzt in Berlin Verantwortung tragen: Sehen Sie ab von solchen Plänen. Sie wären nicht nur finanzpolitisch unwirksam, sondern in hohem Maße auch unfair.

(Beifall von der FDP)

Stattdessen erforderlich ist eine Prüfung der Ausgabenseite auch dieses Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen. Die rot-grüne Koalition hat dazu ein Effizienzteam eingesetzt, das sehr hochrangig besetzt ist. Wir erwarten immer wieder neue Ergebnisse.

Im Haushalt 2013 haben Sie immerhin strukturelle Ausgaben in Höhe von 152 Millionen € identifiziert. Zusätzliche Ergebnisse des Effizienzteams in diesem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2014 sind aber nicht zu finden.

Haben sie nicht mehr getagt? Haben sie die Aufgabe nicht hinreichend ernst genommen? Oder handelt es sich möglicherweise auch um ein taktisches Manöver, um nach der Bundestagswahl im Lichte Ihres Ergebnisses zu bewerten, ob nicht vielleicht die Sparbemühungen gänzlich eingestellt werden können, weil ein Geldsegen aus Berlin kommt?

Wir halten es unverändert für erforderlich, dass auch die strukturelle Ausgabenseite des Landes Nordrhein-Westfalen auf den Prüfstand gestellt wird.

(Beifall von der FDP)

Dazu gehört auch der – wie ihn Kollege Römer bezeichnet – „dicke Brocken der Personalausgaben“. Den können Sie nicht nur nicht aus dem Blick verlieren, Herr Römer, sondern er steht mitten im Zentrum. Jede Anstrengung, den Haushalt in den Griff



zu bekommen, wird, ohne den Personalaushalt in den Blick zu nehmen, keinen Erfolg haben.

Kollege Römer, Sie haben hier und heute etwas Bemerkenswertes gesagt. Wenn ich es richtig wahrgenommen habe – Sie mögen mich mit Literaturstellen korrigieren –, haben Sie erstmals laut und vernehmlich in der Öffentlichkeit gesagt, dass Personalabbau in der Landesverwaltung zunächst nur für die Laufzeit des jetzt gültigen Tarifvertrags ausgeschlossen ist. Das hatte ich bisher in dieser Akzentuierung vor der Wahl nicht gehört, Herr Römer. Sie und die Ministerpräsidentin mögen das vielleicht bei späterer Gelegenheit am heutigen Tage richtig einordnen: War das lediglich mein Versäumnis? Habe ich in meinem jugendlichen Alter möglicherweise nicht mehr alles so präsent? Oder wird diese Formulierung erst jetzt, nach der Bundestagswahl mit dieser Prominenz im Landtag von Nordrhein-Westfalen vorgetragen?

(Beifall von der FDP)

Ich bin an der Stelle ganz offen und nehme in der Frage jede Korrektur an. Aber ich habe den Eindruck, dass sich in Ihrem Duktus in dem Zusammenhang etwas verändert hat.

In der Sache, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich nicht sicher, Kollege Römer, ob dieses Dogma – wie immer die Laufzeit aussieht – Personalabbau auszuschließen und dafür den Tarifabschluss gestaffelt auf die Landesbeamtinnen und -beamten zu übertragen, tatsächlich im Sinne der Beschäftigten ist. Sie geben hier ja immer vor, dass Sie mit diesem Beitrag zum Beschäftigterhalt im öffentlichen Bereich in Wahrheit die Interessen der Landesbeamtinnen und -beamten vertreten.

Ich stelle mir die Frage, ob die Ministerpräsidentin und ihr Finanzminister bei offenen Gesprächen mit Beschäftigten dieses Landes tatsächlich eine solche Rückmeldung erfahren würden.

Im Saarland hat es nämlich andere Ergebnisse gegeben: Dort wird der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auch nicht eins zu eins, aber immerhin gestaffelt auf alle Landesbeamten übertragen. Die Landesregierung dort hat sich nach intensiven Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Beschäftigten darauf verständigt, dass es nur fair und ein Gebot der Leistungsgerechtigkeit ist, alle Tarifgruppen am Aufschwung und zumindest teilweise am Tarifabschluss zu beteiligen, keine Minusrunde bei Studienräten zu verordnen, die noch nicht einmal einen Inflationsausgleich erhalten.

Im Gegenzug haben sich die Beschäftigten selbst bereiterklärt, aktiv bei einem für nordrhein-westfälische Verhältnisse deutlichen und außerordentlich spürbaren Personalabbau durch Effizienzgewinn in der Landesverwaltung mitzuwirken.

Warum haben Sie solche Gespräche nicht geführt? Möglicherweise wären die Ergebnisse ganz anders ausgefallen, als Sie selbst vorgeben. Nur wenn man Gespräche mit den Beschäftigten führt und solche Vorschläge auf den Tisch kommen, kann man tatsächlich zu einer soliden Politik gelangen, die im Interesse der Beschäftigten liegt und von ihnen mitgetragen wird.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die kommunalen Finanzen hat Kollege Laumann bereits über die Zwangsabgabe gesprochen. Meine Fraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode den Stärkungspakt Stadtfinanzen mitgetragen. Selbstverständlich gibt es in Nordrhein-Westfalen Städte und Gemeinden, die in der Vergeblichkeitsfalle gefangen sind, also trotz intensiver Bemühungen um einen Haushaltsausgleich aufgrund von Fehlern in der Vergangenheit oder sozialen und strukturellen Problemen keine Perspektive haben, wieder auf stabile Füße zu kommen. Wir haben unsere Unterstützung signalisiert, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen kommunal engagiert.

Aber schon seinerzeit haben wir die von Ihnen jetzt geplante und umzusetzende Zwangsabgabe abgelehnt. Dafür gab es zwei Gründe:

Zum einen ist diese Zwangsabgabe ökonomisch nicht wirksam. Es ist doch auch bei Ihren sozialdemokratischen und grünen Fraktionen in den Kommunen bereits deutlicher Widerstand zu erkennen. Diese Abgabe ist deshalb ökonomisch nicht wirksam, weil wir es teilweise mit Kommunen zu tun haben, die diese Abundanzumlage – übersetzt man das, bedeutet das übrigens „Überflussabgabe“; wer schon eine gute Einnahmebasis hat, lebt damit schon im Überfluss, wenn man dieser Terminologie folgt – nur erbringen können, indem sie höhere Schulden aufnehmen. Es gibt dort ja keinen Geldspeicher, aus dem einfach in diesen Topf abgebucht wird, sondern auch Kommunen in Haushalts-sicherung und teilweise sogar im Nothaushalt werden zu dieser Zwangsmaßnahme verpflichtet. Damit werden die Bedürftigen von morgen bereits heute programmiert.

Wir wissen aus einer Perspektive der ökonomischen Vernunft heraus: Man kann die kranken Kommunen nicht dadurch gesund machen, dass man die verbliebenen gesunden Kommunen krank macht. Deshalb empfehlen wir Ihnen dringend, darauf zu verzichten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zum anderen, meine Damen und Herren, ist das, was die rot-grüne Koalition jetzt plant, auch aus dem Gerechtigkeitsverständnis heraus nicht sinnvoll. Man nehme zum Beispiel die Landeshauptstadt Düsseldorf, in der unser Parlament seinen Sitz hat. Düsseldorf hat im vergangenen Jahrzehnt erhebliche Anstrengungen unternommen. Das kann man

aus einer ideologischen Perspektive heraus alles kritisieren. Aber diese Landeshauptstadt Düsseldorf hat Ende des vorletzten Jahrzehnts, in den Jahren 1999/2000, kommunales Eigentum privatisiert.

(Martin Börschel [SPD]: Die Bürger waren dagegen!)

– Heute würden die Bürger das anders sehen, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Das behaupten Sie!)

– Ich habe dafür einen Beleg. Sie kommen aus Köln, wo die genau gegenteilige Politik gemacht wurde. Heute kann man sehen: Zehn Jahre in Düsseldorf eine liberal-konservative Mehrheit mit dem Ergebnis, dass die Stadt, jetzt schuldenfrei, aus ihren Überschüssen den Kindergartenbeitrag erlassen kann, ohne dafür Schulden aufzunehmen.

In Köln leisten Sie sich eine peinliche Posse nach der anderen – angefangen von Kürzungen im Sozialbereich bis zu der Peinlichkeit bei der Besetzung der Opernintendanz, obwohl Sie andererseits auf einer Ebene mit Metropolen wie Berlin, Hamburg, Frankfurt und München stehen wollen. Dieser Vergleich zeigt das doch.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Ich will ja auf etwas anderes hinaus, Herr Börschel. Lassen Sie mich doch weiter ausführen. Sie können diesen Punkt gleich noch ansprechen. Sie merken doch, dass ich auf die Frage der Anreizwirkung hinauswill.

Düsseldorf ist eine Kommune, die hier gehandelt hat. Man kann jede einzelne Maßnahme auch in Zweifel ziehen, wie Sie das gerade getan haben. Geschenk! Jedenfalls hat es in Düsseldorf eine entschlossene Politik gegeben. Deren Ergebnis ist: Die Kommune ist schuldenfrei, wirtschaftlich stark und hat jetzt auch Möglichkeiten, in kulturelle und soziale Aufgaben zu investieren – was Sie ebenfalls wollen. Die Düsseldorfer verstehen unter vorsorgender Sozialpolitik und Kulturpolitik aber, dass man erst einmal das erwirtschaftet, was danach verteilt werden soll, während Sie erst verteilen und sich danach vielleicht sorgen, woher das Geld kommt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Düsseldorfer haben es anders gemacht und müssen jetzt in einem erheblichen Umfang in den Zwangsabgabepfand einzahlen.

Aus diesem Topf erhält das hochdefizitäre Essen zweistellige Millionenbeträge, um sich an einem Stadtwerke-Konzern zu beteiligen, der auch Auslandsgeschäft macht – teilweise fragwürdig, wenn man den Medienberichten Glauben schenken darf –, und um dem Viertligafußballklub ein neues Stadion zu finanzieren.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was macht die FDP denn da?)

Herr Börschel, jetzt bin ich wieder bei Ihnen. Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ hat eine Onlineumfrage unter den Essenern, die von diesem Zwangsabgabepfand eigentlich profitieren, durchgeführt. Wissen Sie, was das Überraschende ist? – Eine beachtlich große Zahl der Essenerinnen und Essener selbst empfindet es als ungerecht, dass andere sich über Jahre anstrengen müssen, während sie jetzt automatisch aus einem solchen Topf Geld bekommen, womit die eigenen Anstrengungen auch reduziert werden. Das sagen die Menschen Ihnen. Das ist deren Gefühl zum Thema „Leistungsgerechtigkeit“.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen, meine Herren, ich will an dieser Stelle nicht weiter auf die strukturellen Fragen der Ausgabenseite des Haushalts eingehen, sondern noch zwei andere Punkte ansprechen.

Zum einen möchte ich eine Erinnerung aus dem Sommer mit Ihnen teilen. Ich konnte mich nämlich mit großer Freude über die Urlaubsbeschäftigung unseres Finanzministers informieren – auch mit einem beeindruckenden Foto. Darauf sah man, wie er in der Toskana einen groben Klotz bearbeitet hat. Da habe ich gedacht: Mensch, der kann es ja! Er kann mit gezielten und präzisen Schlägen das Überflüssige aus einem Block entfernen, damit danach die wahre Form in Erscheinung tritt.

Herr Finanzminister, von Ihrer künstlerischen Ader im Nebenberuf bzw. beim Hobby wünschen wir uns mehr im Hauptberuf des Finanzministers. Nehmen Sie aus dem Haushalt das Überflüssige weg, damit dann ein wirksamerer Staat für die Menschen dienend tätig sein kann!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Eigentlich können Sie es ja. Also wollen oder dürfen Sie nicht.

Damit komme ich zu dem zweiten Thema, das ich ansprechen will. Man darf natürlich nicht das Falsche wegnehmen. Das ist ja die große Schwierigkeit bei der Bildhauerei, Herr Finanzminister. Ein falsch gesetzter Schlag, und es entsteht Schaden, den man schwerlich wieder begradigen kann! Klebstoff sieht da nicht gut aus. Dann muss man wieder von vorne anfangen.

Mir geht es jetzt darum, was in diesem Landeshaushalt, bei dem wir das Überflüssige wegnehmen wollen, um bei diesem Bild der Kunst zu bleiben, auf keinen Fall unter die Hammerschläge des Finanzministers geraten darf.

Das Erste sind unsere öffentlichen Infrastrukturen. Sie werden nicht müde, vom Bund zusätzliche Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur zu fordern. Einer

von Ihnen beiden, SPD und Grünen, wird bald seinen Redebaustein verändern müssen, weil er in Berlin mit Verantwortung tragen wird. Da sind wir sehr gespannt. Jedenfalls wird das Lamento dann nicht mehr in dieser Weise vorgetragen werden können.

Erst recht kann man nicht vom Bund fordern und im Land beim armen Michael Groschek kürzen. Er sieht zwar immer ganz vergnügt aus, muss aber in diesem Landeshaushalt schon wieder auf 42 Millionen € verzichten und hat damit 40 % weniger als zur letzten Zeit der schwarz-gelben Verantwortung. Der Verkehrsminister ist also eigentlich jemand, der die Stoppschilder und Durchfahrtsverboten-Schilder verwaltet, und nicht jemand, der investiert.

(Beifall von der FDP)

Eine Ausnahme ist vielleicht die Radwegeautobahn, auf die sich insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion so freuen und konzentrieren. Für 110 km zwischen Duisburg und Hamm sind nach Schätzungen über 100 Millionen € erforderlich. Nichts gegen das Fahrrad! Wir haben in unserem Land Gott sei Dank große Freiheiten. Jeder darf sein Verkehrsmittel selber wählen. Bei uns darf man sich sowohl den Speiseplan als auch den Fahrplan selber aussuchen. Also nichts gegen das Fahrrad! Die große Herausforderung in Nordrhein-Westfalen liegt aber doch im massiv steigenden Straßengüterverkehr, Herr Minister. Da mag die Radwegeautobahn 4 m breit und beleuchtet sein – an diesem Problem ändert sie überhaupt nichts. Ihre Mittel sind falsch eingesetzt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Hier also bitte keine Hammerschläge mehr, Herr Finanzminister!

Der zweite Bereich, den wir verschont sehen wollen, ist die Bildung. Da sollten wir alle in diesem Haus im Prinzip einer Meinung sein. Dennoch zeigt der Blick auf den Haushalt sowie die ihn begleitenden Debatten, dass auch wesentliche Herausforderungen der Bildungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen finanzpolitisch nicht in der Weise verantwortlich hinterlegt sind, wie wir das dringend empfehlen.

Ich nenne das Beispiel der Inklusion. Kollege Römer hat vor der Bundestagswahl – vor der Bundestagswahl; ich will es noch einmal unterstreichen, damit man möglicherweise in ein paar Monaten die Motive noch einmal genau durchleuchten kann – den Vorstoß gemacht, in Bezug auf die Inklusion einen späteren Beschlusszeitpunkt vorzuschlagen sowie neue Gespräche mit den Kommunen anzukündigen. Interessant ist, dass er am 11. September 2013 in einem Interview von WDR 5 zu der dahinter stehenden Absicht gesagt hat: Um uns mehr Zeit zu erkaufen. Um mehr Zeit zu erkaufen, hat er den Fahrplan vor der Bundestagswahl geändert.

Jetzt sind wir gespannt, was passiert, wenn er schon einen Dissens mit der Schulministerin in Kauf nimmt, die bisher jede Form der Konnexität bestritten hat. Als ich eine Forsa-Umfrage zu diesem Thema vorgelegt habe, nach der die Menschen wollen, dass die Qualität das Tempo bestimmt und nicht das Tempo die Qualität, hat Frau Löhrmann eine mehrseitige Pressemitteilung an die geschätzten Damen und Herren auf der Pressetribüne verteilen lassen, in der sie umfänglich dargestellt hat, es gebe keine Konnexitätsprobleme. Und dann kommt Kollege Römer und sagt: Wir müssen doch noch mal vor der Bundestagswahl mit der Perspektive nach der Bundestagswahl darüber sprechen, weil es möglicherweise doch ein Problem mit der Qualität gibt.

Ich unterstütze die Haltung von Norbert Römer sehr. Das ist ein konstruktiver Beitrag, Herr Römer, dass Sie Frau Löhrmann in der Weise Grenzen aufgezeigt und klare Prioritäten gesetzt haben.

(Beifall von der FDP)

Denn sonst droht Schaden, wenn sich, Frau Beer, die Haltung durchsetzt, die Sie vor einiger Zeit, am 11. September, im Schulausschuss zeitgleich – Sie kannten die Meldungen von Herrn Römer noch nicht – dargelegt haben. Sie haben, nicht synchronisiert mit der SPD, mit Blick auf fehlende Mittel, Konnexität und Qualität und parallel zu Römer, der das ganze Verfahren aufhält, an diesem Tag gesagt: Da ist die notwendige Kreativität und Fantasie von Kooperation gefragt. – Kein Geld, sondern Fantasie, wenn es um die Fördermöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen mit Handicap geht. – Gehen Sie diesen Weg nicht weiter, sondern kehren Sie um!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich nenne einen zweiten Aspekt, bei dem wir uns Hammerschläge bei der Ausgabenkürzung nicht wünschen, nämlich bei der geplanten Kürzung des Vertretungsunterrichts. Frau Löhrmann, ich spreche bewusst nicht von Halbierung, weil ich wahrgenommen habe, dass Sie die Mittel nachträglich aufgestockt haben: 9,5 Millionen € sind wieder freigegeben. Allerdings sagt Udo Beckmann vom VBE, den Sie und Ihre Fraktion zu Ihrer Oppositionszeit sehr gerne als Kronzeugen bemüht haben:

„Wir erwarten jedoch weiterhin, dass das ursprüngliche Budget für Vertretungsmittel den Schulen bald wieder im vollen Umfang zur Verfügung gestellt wird.“

Andernfalls sei trotz der Freigabe der Mittel erhöhter Unterrichtsausfall vorprogrammiert. Denn schon mit den jetzigen Mitteln, wenn sie voll ausgeschöpft werden würden, sei dies nicht in jedem Fall zu verhindern.

Da hören Sie, was Praktiker sagen. Ich bitte Sie, diesen Ruf aus der Praxis anzunehmen.

Denn wer leidet denn unter Unterrichtsausfall, verehrte Anwesende? – Darunter leiden doch nicht diejenigen, die über ein gutes Einkommen verfügen und den Unterrichtsausfall mit bezahlter Nachhilfe kompensieren können. Herr Priggen – weil Sie so abweisend dasitzen –: Darunter leiden auch nicht diejenigen aus einem bildungsnahen Elternhaus.

Darunter leiden diejenigen, um die wir uns ohnehin schon sorgen, nämlich die Kinder und Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Bis dato verlassen immer noch 6 bis 7 % die Schule ohne Abschluss. Sie leiden darunter, dass es keine hinreichende Förderung gibt. Sie leiden unter Unterrichtsausfall.

Verehrte Damen und Herren der Koalition, das passt nicht zusammen, einerseits die angeblich oder tatsächlich größer werdenden Unterschiede in unserer Gesellschaft zu beklagen und andererseits ausgerechnet bei der Bildung und den Bildungschancen der Schwächsten zu kürzen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich will einen dritten Punkt nennen, bei dem ein Hammerschlag angesetzt wird, den wir für falsch halten: die Qualität an unseren Hochschulen. In Nordrhein-Westfalen haben im kommenden Semester 27 von 31 Hochschulen, die im Jahr 2009 Studienbeiträge erhoben haben, weniger Geld für die individuelle Förderung der Studierenden zur Verfügung. Frau Schulze, die Mittel sind pro Kopf von 604 € auf nunmehr 487 € pro Studierenden zurückgegangen, weil Sie die Ausgleichsmittel nicht an die steigende Studierendenzahl anpassen wollen. Da können Sie lächeln und grinsen; aber die Hochschuldirektoren sagen Ihnen anderes.

Wer in die Praxis schaut, erkennt auch, dass beispielsweise die RWTH Aachen oder auch die Robert-Schumann Musikhochschule an wesentlichen Stellen Veränderungen des Programms vornehmen müssen. Dort werden Tutorien gestrichen. Wer profitiert von den Tutorien? Das sind doch diejenigen, die möglicherweise über einen Umweg die allgemeine Hochschulreife und nicht den geraden Weg „Gymnasium – Abitur“ gegangen sind. Jetzt werden die Tutorien gestrichen.

Die Öffnungszeiten der Bibliothek werden eingeschränkt. Zu wessen Lasten geht das? Das geht zu Lasten derjenigen, die vielleicht, um das Studium zu finanzieren, etwas dazuverdienen müssen und deshalb einen anderen Tagesablauf haben.

Das wird Ihnen doch aus der Praxis berichtet. Das zeigt auch in der Hochschulpolitik eines: Das, was hier gelegentlich als große sozialpolitische Heldentat vertreten wird, entpuppt sich in der Praxis als nicht geeignet, um Menschen bessere Startchancen ins Leben zu geben.

(Beifall von der FDP)

Ich will einen letzten Komplex ansprechen, nämlich die Frage, wie man die Einnahmesituation des Landes aus unserer Sicht verbessern könnte: durch eine Wirtschaftspolitik, die die Distanz zur Entwicklung im Bund wieder verkürzt. Kollege Laumann hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Entwicklung Nordrhein-Westfalens

(Lachen von Martin Börschel [SPD])

zwar nach vorne gerichtet ist, aber nicht die gleiche Dynamik aufweist wie im Bund. Dieses Wachstumsdefizit von 0,3 Prozentpunkten kostet Kaufkraft und Arbeitsplätze. Das sagt nicht allein die Freie Demokratische Partei, Herr Duin, sondern auch der DGB-Landesvorsitzende.

Herr Meyer-Lauber, der Obergewerkschaftler Nordrhein-Westfalens, hat am 29. August – das ist gar nicht lange her – zum Anstieg der Arbeitslosigkeit in NRW gesagt:

„Mit 8,4 % liegt Nordrhein-Westfalen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich mit den anderen westlichen Bundesländern liegt die Arbeitslosigkeit bei uns sogar rund 2 Prozentpunkte höher. Das war vor einigen Jahren noch anders. Wir müssen aufpassen, dass NRW nicht weiter abgehängt wird.“

Schauen wir uns die wesentlichen wirtschaftspolitischen Debatten der letzten Monate an und erinnern uns an die scharf geführte Auseinandersetzung zwischen Garrelt Duin und Reiner Priggen über das Marktgesetz Nordrhein-Westfalen. Man muss den anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauern sagen: Dabei handelt es sich nicht um die Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft oder die Position Nordrhein-Westfalens auf den Weltmärkten, sondern die in den Medien intensiv geführte Debatte betraf die Trödelmärkte in Nordrhein-Westfalen. – Herr Duin, ich bitte Sie: Kümmern Sie sich weniger um die Trödel-, sondern mehr um die Weltmärkte, wenn Sie etwas für Arbeitsplätze tun wollen!

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen insbesondere – Kollege Laumann hat es angesprochen – neue Möglichkeiten und Impulse. Eine Möglichkeit wäre es gewesen, in der strukturschwachen Emscher-Lippe-Region ein neues ökologisches zukunftsweisendes Industriegebiet zu entwickeln. Die Landesregierung aber hat newPark eine Bürgerschaft verweigert. Dazu sagt wiederum der DGB-Chef vor Ort – nicht dass Sie daraus jetzt eine Strategie ableiten, dass ich heute zufällig so oft den DGB zitiere,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

aber wenn sie etwas Richtiges sagen, dann darf auch ich als FDP-Fraktionsvorsitzender den DGB anführen –:

„Für den DGB ... ist das Aus dieses zentralen industriepolitischen Vorhabens ... eine industriepolitische Katastrophe.“

Und:

„Es wäre fatal, wenn wir durch ausbleibende industrielle Investitionen zum Armenhaus Nordrhein-Westfalens werden.“

9.000 Arbeitsplätze in einem ökologischen Industriegebiet standen in Rede. Nach dieser Entscheidung beklagen sich Sozialdemokraten – übrigens auch Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die die Situation vor Ort kennen. Einzig und allein der Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Recklinghausen sagt parallel zur Kritik des DGB und der örtlichen Sozialdemokraten: „Wir erwarten, dass newPark jetzt endgültig beerdigt wird“.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Daran sieht man, dass es sich offensichtlich nicht allein um eine zutiefst fachliche Entscheidung handelt, sondern sie ist zumindest anteilig politisch getroffen worden.

Bei Opel, Frau Ministerpräsidentin, gab es keine großen Wirtschaftsprüfergutachten, und trotzdem saß der „Colt“ bei Ihnen ganz locker, dreistellige Millionenbeträge zur Verfügung zu stellen.

Bei newPark geht es im Vergleich dazu um wesentlich kleinere Beträge, um Brosamen.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

Die verweigern Sie einem solch zukunftsweisenden Projekt, das in der Region getragen wird. Das ist schon begründungspflichtig.

(Beifall von der FDP – Karl-Josef Laumann [CDU]: Herzlichen Glückwunsch!)

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten erleben, wie über Datteln 4 von Ihnen in der Staatskanzlei – Sie haben hier immer völlig nüchtern und rein rechtlich vorgetragen – entschieden wird. Ich bin jetzt optimistischer, dass die völlig unparteiische Prüfung in Ihrer Fachabteilung zu einem positiven Ergebnis kommt, seit ich weiß, dass newPark nicht kommt. Aber ich bin dann auf die Argumentation gespannt.

Ich muss Ihnen sagen: Für das Land Nordrhein-Westfalen, aber auch für die Industriepartei SPD ist es bedauerlich, dass es zu einem solchen Deal kommen könnte, dass newPark nicht unterstützt wird, damit Datteln 4 möglich wird. Das ist eines Industrielandes wie Nordrhein-Westfalen eigentlich nicht würdig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit tritt der Wirtschaftsminister, der das verantworten muss, auf die letzten Funken einer unabhängigen industriepolitischen Kompetenz der Sozi-

aldemokraten, die sich in immer mehr Fragen – zum Schaden der Wachstumsmöglichkeiten unseres Landes – von ihrem grünen Koalitionspartner bestimmen lassen.

Ich komme zum Schluss: Die vorsorgende Sozialpolitik dieser Landesregierung wird ausweislich des Haushaltsplanentwurfs 2014 einmal mehr als ein Stück Symbolpolitik entlarvt. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Priggen.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Schönen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe marxistische Schwarmintelligenz! Ich habe jetzt gelernt, dass Sie sich anders einsortieren.

(Beifall von den PIRATEN)

Die heutige Debatte findet vor dem Hintergrund – das kommt immer wieder durch – der Bundestagswahl am letzten Sonntag statt. Viele von uns sind von dem Ergebnis geprägt und stark beeinflusst. Wir haben in ganz unterschiedlicher Form Hausaufgaben aufbekommen. Man kann mit allem Respekt sagen: Die Wahl war für die Bundeskanzlerin ein Erfolg. Es fällt niemandem ein Zacken aus der Krone, das anzuerkennen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Alle anderen haben in unterschiedlicher Weise Hausaufgaben zu erledigen. Wir machen unsere – das ist nicht immer ganz einfach – und arbeiten weiter da, wo wir hingestellt worden sind. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört und war völlig verduzt, als Sie damit angefangen haben, dass der Haushalt ohne neue Ideen und ohne neue Projekte sei.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das ist er doch!)

Ich habe die herzliche Bitte an Sie: Machen Sie unsere beiden Regierungsfractionen nicht wuschig. Wir bemühen uns, mit den Fraktionen darum zu ringen, den alten Ungeist, neue Projekte durchzuführen, die viel Geld kosten, zugunsten einer sparsamen und vernünftigen Haushaltslinie einzudämmen. Und Sie tun hier einfach so, als ob man in den Pott packen und neues Geld auf den Markt werfen könnte. Das geht nicht, und das wissen Sie ganz genau.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die ganze Rede war ein ziemlicher Trödelmarkt, das will ich Ihnen sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als der Kollege Römer nach dem roten Faden gefragt hat, haben Sie dazwischengerufen: Den werden Sie bei mir nicht finden. – Das war auch richtig so.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wir haben schwarze Fäden! – Heike Gebhard [SPD]: Einsicht ist der beste Weg zur Besserung!)

Ich will aber auf die vor uns liegenden Aufgaben schauen. Wir stehen vor der Situation, dass im Bund eine neue Regierung gebildet werden muss. Möglicherweise gibt es jetzt – Sie haben ja immer eine Vorliebe für Fegefeuerbilder –

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

ein Fegefeuer. Entweder wird dann mit Biomasse befeuert oder mit Steinkohle, aber es gibt eins.

(Heiterkeit von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Sie können noch Spaß haben, denn der Laschet liegt, so wie es aussieht, oben auf dem Fegefeuer – und nicht Sie.

(Heiterkeit – Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Der braucht auch nicht so viel Feuer!)

– Es braucht weniger Glut, das ist richtig.

(Heiterkeit – Weiterer Zuruf von den GRÜNEN: Da ist weniger zu grillen!)

– Ja, das ist weniger zu grillen.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Aber jetzt mal zum Thema. Lassen Sie mich auf die vor uns liegenden Aufgaben kommen, die in Teilen angesprochen worden sind und die diese Bundesregierung lösen muss. Bei allem, was man an Arbeit in seiner eigenen Partei hat, haben wir eines geschafft: Der Kurs, den die vorherige Bundesregierung – sehr oft zum Schaden dieses Landes, weil Probleme nicht oder zu unseren Ungunsten gelöst worden sind – gefahren ist, geht auf keinen Fall so weiter. Das sind wichtige Punkte, an denen Sie mitarbeiten müssen; denn Sie kommen da auf gar keinen Fall heraus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will sechs Punkte ansprechen, als Erstes die Frage der Infrastruktur. Wir wissen, dass wir einen Sanierungsstau bei Brücken haben. Das sind Brücken, die in den 70ern gebaut worden sind. Da wog ein durchschnittlicher Lkw 26 t. Jetzt wiegen die Lkws 46 t. Wir haben eine Infrastruktur, die sehr gut ist und die wir brauchen. Wenn wir Pressemeldungen verfolgen, wonach eine Firma mit Schwerkranen nur noch zwei Brücken über den Rhein nutzen kann, dann wissen wir auch, dass es absolut drin-

gend notwendig ist, dass der Bund ein Brückensanierungsprogramm für Bundesautobahnen und Bundesstraßen durchführt. Das Volumen für Nordrhein-Westfalen liegt in den nächsten zehn Jahren bei rund 4,5 Milliarden €.

Wir sagen: Finanziert es über eine Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Lkws ab 3 t. Das soll von uns aus in einem Fonds nur für die Sanierung der Maßnahmen gebunden sein, damit diese Infrastruktur nicht verlüdert, sondern erhalten werden kann; denn wir brauchen sie dringend. Das ist eine Aufgabe, die auf jeden Fall gelöst werden muss. Ich kenne keinen Vorschlag der Bundesregierung dazu.

Ich will ganz klar sagen, was an der Stelle nicht geht: eine Pkw-Maut, so wie sie der Kollege Seehofer aus Bayern möchte. Nur für Ausländer wollen wir sie nicht. Wir wissen alle, wie das EU-Recht ist. Ich halte aber auch eine Pkw-Maut für Binnenländer für unvernünftig. Sie ist gerade für die nordrhein-westfälischen Pendler schädlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine der ganz großen Hausausgaben ist also die Infrastruktur. Dieses Problem muss gelöst werden. Wir reden über 4,5 Milliarden € für NRW.

Als Zweites will ich die Kommunen ansprechen. In der Rede, die Sie, Herr Kollege Laumann, gehalten haben, ist ein Punkt aufgetaucht, zu dem wir hier in der Zeit der Minderheitsregierung schon einmal mit drei Fraktionen einen gemeinsamen Antrag gestellt haben. Damals haben wir gesagt: Die Kommunen gehen in die Knie, weil sie die Soziallasten in der Höhe nicht tragen können.

Es ist richtig, dass wir über den Bundesrat dafür gesorgt haben, dass ein Teil passiert ist. Wir wissen aber auch, dass die Eingliederungshilfe gezahlt werden muss, aber alle unsere Kommunen dabei in die Knie gehen. Es ist nicht die Schuld irgendeiner Kommune, die schlecht gewirtschaftet hat, sondern es handelt sich um eine Leistung, bei der wir aus meiner Sicht damals einen Konsens hatten, den man auch weitertragen müsste, damit das an der Stelle passiert. Das betrifft vor allem die Eingliederungshilfe und aus meiner Sicht auch die Kosten der Unterbringung.

Die dritte Baustelle, auf der gearbeitet werden muss, ist komplex und schwierig. Wir alle sind in jedem Fall beteiligt. Wir wissen nicht, wie die Regierungsbildungen in Hessen und im Bund ausgehen, aber wir sind über die Mehrheitsbildung im Bundesrat dort alle beteiligt. Ich meine die Frage des Finanzausgleichs zwischen den Ländern und um die Frage, wie die Entwicklung des „Soli Ost“ weitergeht. Ich weiß auch, dass Verträge einzuhalten sind. Es gibt aber den Zustand, dass unsere Kommunen mit Millionenbeträgen einen Aufbau Ost finanzieren. Er war bitter nötig, aber wenn man jetzt manchmal genau hinsieht, denkt man, dass er etwas abgeschmolzen werden und es anders laufen

könnte. Die Frage des Ausgleichs zwischen den Ländern, die Ende 2019 ansteht, muss vorbereitet und vernünftig beantwortet werden. Das ist die dritte Aufgabe an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die vierte Aufgabe betrifft das Kooperationsverbot. Das Kooperationsverbot für Schulen muss aus unserer Sicht fallen. Dieses Problem sollte jetzt auch im Bund auf der Tagesordnung stehen und dort gelöst werden, weil es vernünftig ist, wenn sich der Bund da anders beteiligt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der fünfte Bereich ist aus meiner Sicht der gesamte Bereich der Energiepolitik. Er ist mehrfach angesprochen worden. Was aber ist im Bund passiert? Im Oktober 2010 ist der Atomausstieg rückgängig gemacht worden, um ihn dann nach dem Unglück im März 2012 in Fukushima zu beschließen. Das ist aber die einzige vernünftige energiepolitische Entscheidung in den letzten vier Jahren gewesen. Ansonsten gab es Agonie und Stillstand. Die jetzige Diskussion führt zu einer maximalen Verunsicherung für alle Investoren. Diejenigen, die Kraftwerke bauen wollen – neue, moderne und effiziente Gaskraftwerke oder Pumpspeicherwerke –, sagen uns: Wir können es nicht, weil im Bund nichts entschieden worden ist.

Wir wissen, dass der Bund keine Strategie hat. Ein „Masterplan Energiewende“ fehlt. Er müsste erstellt werden; das ist dringend notwendig. Das betrifft den Bereich Gebäudesanierung und den Ausbau erneuerbarer Energien.

Hinsichtlich der Erneuerbaren ist manchmal von einem „ungezügeltten Ausbau“ schwadroniert worden. Wir sind bei 25 %. Das Ziel der Bundesregierung Merkel lag bei 35 % für 2020. Das ist in sechs Jahren. Ich habe einmal nachgesehen: Im Wahlprogramm der Sozialdemokraten lag das Ziel für 2020 bei 45 %. Das heißt, es geht um einen kontinuierlichen weiteren Ausbau.

Ich verkenne überhaupt nicht, dass in der Novellierung des EEG Sachen neu, vernünftig und anders geregelt werden müssen. Wir haben das diskutiert: Es gibt Teilelemente bei den Zahlungen im Bereich der Erneuerbaren – wie die Marktprämie und anderes –, die erst mit Schwarz-Gelb hineingekommen sind, aber herausgehören, weil sie überhaupt nichts bewirken. Allein die Marktprämie im Bereich „Wind“ macht über 200 Millionen € jährlich aus. Die gehört da nicht hinein.

Ich komme zu dem Wildwuchs bei der Befreiung von den Umlagen und sage Ja zur Befreiung für energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen – aber doch nicht in einer solchen Kraut-und-Rüben-Operation, wie das von Herrn Rösler gemacht worden ist.

(Christian Lindner [FDP]: Herr Altmaier!)

– Ja, das Stichwort „Altmaier“ ist sehr hilfreich. Sie haben immer Spaß daran, den Wirtschaftsminister wahlweise gegen Herrn Remmel oder mich zu stellen. Ich habe in den letzten Jahren in der Energiepolitik Folgendes erlebt: Wenn Herr Altmaier einen vernünftigen Vorschlag machte – zum Beispiel Beteiligung der Bürger an der Finanzierung des Netzausbaus –, hat es keine drei Minuten gebraucht, bis der Bundeswirtschaftsminister das dementierte. Das geschah jedes Mal wieder. Es gab eine komplette Bremse, einen kompletten Stillstand. Das betraf zwei Bundeswirtschaftsminister aus der FDP. Unabhängig von allem anderen, was mit dem Wahlergebnis zu tun hat, muss ich sagen: Dass das aufgehört, ist allein ein Fortschritt und war den Wahlabend wert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt in der Frage eine ganz wichtige Debatte. Wir diskutieren mit vielen, die Kraftwerke betreiben und herstellen. Die Situation ist sehr unterschiedlich. Wir müssen die Frage der Kapazitätsmärkte diskutieren. Das ist ein Teil der Aufgabe. Versorgungssicherheit hat einen Preis; es ist eine Leistung. Doch wie man das genau macht, dazu gibt es keinen Vorschlag der Bundesregierung. Es gibt einen Vorschlag vom VKU, es gibt einen Vorschlag der Grünen, es gab intensive Diskussionen. Das transparent durch Ausschreibungen zu gestalten und moderne und hoch effiziente Kraftwerke zu bauen, das ist die Zielsetzung, und dazu ist von der Bundesregierung nichts vorgelegt worden.

Zum letzten Punkt im Energiebereich: Wir haben vier kommunale Projektvorhaben für Pumpspeicher in Nordrhein-Westfalen. Sie werden geplant, was wir auch unterstützen. Aber von allen vier Projektvorhaben hört man, dass über die Investitionen erst 2017 entschieden wird, weil sich unter den Bedingungen, die uns diese Bundesregierung hinterlassen hat, an der Stelle keine Investitionsentscheidungen treffen lassen. Insofern ist es dringend notwendig, sich dieser Aufgabe zuzuwenden.

Lassen Sie mich einen sechsten Punkt der Hausaufgaben ansprechen. Der Punkt ist nicht dramatisch, aber es gibt jetzt eine Chance, ihn zu lösen. Das ist die Frage der Konversion. Wir in Nordrhein-Westfalen haben in den nächsten Jahren den Verlust von 10.000 Dienstplätzen bei der Bundeswehr. Es ist friedenspolitisch eigentlich ein schöner Prozess, dass wir die Bundeswehr immer wieder deutlich reduzieren können, aber es ist für die Standorte – ich denke gerade an den Standort Rheine im Wahlkreis von Herrn Laumann – eine schwierige Situation. Wenn 1.600 Arbeitsplätze wegfallen, ist das schon eine Betriebsschließung. Wir haben dazu in Nordrhein-Westfalen den kompletten Rückzug der britischen Streitkräfte mit 20.000 Plätzen, auch innerhalb dieser Spanne, manche ein bisschen eher.

Genau jetzt gibt es die Chance – es werden große Flächen frei –, in den Innenstädten dafür zu sorgen, dass der Bund einen Schritt macht und nicht die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – die BlmA – an der Stelle die Grundstücke maximal verwertet, sondern dass es sozialen Wohnungsbau und andere Investitionsmöglichkeiten geben kann.

Ich kann mich erinnern, dass es 2007 eine Regelung gegeben hat, bei der den Ländern vom Bund 100.000 ha aus militärischen Flächen für Naturschutz zur Verfügung gestellt worden sind. Also wäre es lohnend, jetzt aus den Flächen, die die britischen Streitkräfte und die Bundeswehr räumen, einen Impuls in den Städten in Richtung sozialer Wohnungsbau und im ländlichen Raum für Gewerbe, Wohnungsbau und für Freizeit und Naturschutz zu geben. Hier ist genau die Stelle, an der die Hausarbeit erledigt werden kann. Wenn es jetzt nicht passiert, wird es das nicht geben.

Das heißt, es gibt eine Reihe von Hausaufgaben, die zu lösen sind, und darum muss man sich kümmern.

Unsere Arbeit ist es, diesen Haushalt, der heute eingebracht worden ist, zu diskutieren. Ich habe mir in der Vorbereitung die Haushaltsreden der Jahre 2011, 2012, 2013 noch einmal durchgelesen. Denn es kommt einem immer so schnell vor. Wir haben in der Minderheitsregierung die Haushalte gemacht; es ist schon der zweite Haushalt, den wir dieses Jahr diskutieren. Man sieht dann, dass sich manche Aufgeregtheiten der Debatte ein bisschen relativieren.

Es hat immer die Klage gegeben, dass wir mit den Haushalten nicht schnell genug seien. Im Mai war Landtagswahl, und wir mussten den Haushalt erst einmal neu aufstellen, sodass es ihn erst im Herbst gab. Wie sollte es handwerklich anders gehen? Es gab immer einen Vorwurf, doch die Luft ist raus. Wir sind jetzt in der normalen Taktung. Dieser Haushalt wird jetzt eingebracht, wird dieses Jahr noch verabschiedet und ist damit pünktlich für das nächste Jahr da. Das alles ist ein Stück weit eine ganz normale Arbeitsentwicklung.

Was ich sehr bemerkenswert finde: Wenn man sich die Linie der Neuverschuldung ansieht, dann ist es natürlich ein ganz anstrengender Prozess, aber die Neuverschuldung geht sukzessive herunter. Ich vergleiche einmal die Zahlen. Der letzte Haushalt, den CDU und FDP eingebracht haben, sah Neuverschuldungen vor, und zwar für 2010 6,7 Milliarden €, 2011 6,7 Milliarden €, 2012 6,6 Milliarden €, 2013 6,5 Milliarden €, vor dem Hintergrund der Annahme von steigenden Mehreinnahmen von 4,7 Milliarden €, die darin enthalten waren.

Wir haben jetzt folgende Strecke: 2011 4,8 Milliarden €, 2012 3,6 Milliarden € – ehrlicherweise plus 1 Milliarde € WestLB –, 2013 3,4 Milliarden € und 2014 2,4 Milliarden € mit der mittelfristigen Planung

von 1,4 Milliarden € für 2017. Das ist die Strecke; es geht sukzessive runter. Das heißt, man kann nicht beliebig viele neue Projekte aufs Gleis schieben, obwohl es viele sinnvolle Projekte gäbe, die man gerne machen würde. Doch es geht nicht. Man braucht an der Stelle Disziplin und Sparsamkeit in den Fraktionen. Ich bin den Fraktionen dankbar, dass es bisher konsensual so gemacht werden konnte und man an der Stelle die schwierige Haushaltslage eingesehen hat. Ich wünsche mir, dass es weiterhin so geht.

Wir hätten dann innerhalb dieser Jahre bis 2017 von dem Punkt an, an dem wir mit der Regierung in der Minderheit angefangen haben, die Neuverschuldung um rund 5 Milliarden € abgesenkt. Das ist aus meiner Sicht eine vernünftige Bilanz.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt immer wieder die Klage der christdemokratischen Kollegen, dass die Haushalte trotz höchster Steuereinnahmen steigen würden. Wenn die Steuereinnahmen so steigen, fragt man sich: Wo sind denn die Punkte in den Haushalten, um die Neuverschuldung noch weiter zu senken? Das ist die Frage, die sich stellt.

Wenn ich dann sehe, dass der Haushalt 2014 gegenüber 2013 1,8 Milliarden € Mehrausgaben hat, und danach frage, woran es liegt, dann ist der größte Brocken 722 Millionen € für unsere NRW-Kommunen. Das ist eine Ausgabe, aber es ist deren Anteil an den gestiegenen Steuereinnahmen. Insofern müssen wir es uns als Ausgabe vorhalten lassen, aber wir geben nur das weiter, was den Kommunen zusteht, was ihnen in den fünf Jahren zuvor an vielen Stellen weggenommen und vorenthalten wurde. Insofern sind wir da korrekt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es sind dann die 450 Millionen € Grundsicherung im Alter, die vom Bund kommen, weil wir im Bundesrat eine starke Rolle spielten. Sie kommen vom Bund, aber sie zählen für NRW als Mehrausgabe. Insofern muss man fairerweise sagen: Wir sind schon deutlich bei über 1 Milliarde € Mehrausgaben, die wir gar nicht reduzieren können.

Obendrauf kommen noch 210 Millionen € aus dem Hochschulpakt. Glauben sie mir, es gab nicht nur ungeteilte Freude, als die Bundesforschungsministerin gesagt hat, sie legt 2 Milliarden € obendrauf. Ich selbst habe ein Kind, das studiert; das nächste wird vielleicht irgendwann damit anfangen. Dann weiß man, wie es an den Hochschulen ist, und weiß auch, dass es nötig ist. Doch wenn die Bundesministerin 2,2 Milliarden € draufpackt, dann sind wir sofort mit 1 Milliarde € dabei.

Ich gönne es der Wissenschaftsministerin und unseren hochschulpolitischen Kolleginnen, doch ich denke auch immer: Wir wollen doch die fallende Linie hinbekommen. Wir machen es natürlich, weil wir



den doppelten Abiturjahrgang haben. Doch die 210 Millionen € Mehrbelastungen kann man uns nicht negativ anrechnen, sondern es ist die Kofinanzierung zu dem, was der Bund macht. Dafür müssen wir das Geld aufbringen; das gehört auch dazu.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben 126 Millionen € Unterhaltskosten für die U3-Plätze. Auch das ist eine hervorragende Bilanz. Es geht gar nicht anders. Man muss sich immer wieder vorstellen, was wir schaffen. Wir schaffen ein zusätzliches komplettes System. Ich kann mich erinnern, dass wir, als meine Kinder in den Kindergarten kamen, durch die Gegend gegangen sind und nach einem Kindergarten gesucht haben, der sie aufnahm.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir mussten uns „bewerben“. Das ist jetzt gut 20 Jahre her. Heute fügen wir diesem System ein komplettes System hinzu. Das ist eine unglaubliche Leistung, und die kostet Geld. Das sind enorme Anstrengungen; ich habe das neulich schon in einem Debattenbeitrag gesagt. Wir haben die Vorgabe erfüllt, wir haben die 157.000 Plätze geschaffen, und zwar zum Schluss durch eine titanenhafte Anstrengung seitens Ministerin Schäfer sowie der Mitarbeiterinnen und Fachkolleginnen, die daran gearbeitet haben.

Das Ganze kostet etwas; aber das ist auch in Ordnung, denn wir alle haben gelernt, dass das Geld, das wir in sinnvoller Weise in alle Bereiche der Bildung stecken, uns hilft und eine gute Zukunftsinvestition bedeutet.

(Beifall von den GRÜNEN)

246 Millionen € werden an Mehrausgaben für Personal, für Pensionen, für Beihilfen und für Tarifierhöhungen angesetzt. Wer will bestreiten, dass dies das Minimum dessen ist, was wir machen müssen?

Da bleibt nur ein ganz kleiner Rest – 7 %, das hat der Finanzminister vorhin gesagt – für gestaltende Politik. Für das KiBiz haben wir uns auf 110 Millionen € verständigt. Dort soll eine Personalverstärkung in sozialen Brennpunkten erfolgen, weil das dort bitter notwendig ist. Wenn das aber der ganze Luxus ist, den die beiden Fraktionen sich gönnen, dann kann man durchaus dazu stehen. Das ist jedenfalls eine vernünftige Maßnahme im Interesse der Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir bleiben also dabei: Wir sind fair zu den Kommunen. Das umfasst auch die Solidaritätsumlage, über die wir jetzt streiten, so hart wie sie ist. Wir haben viele Kommunen aus der Nothaushaltssituation herausgeholt. Das Land kann jedoch nicht alles alleine machen. So ist nun einmal die Situation. Wir sind aber fair mit den Kommunen umgegangen.

Ich will gar nicht weiter daran erinnern, dass wir ihnen den Grunderwerbsteueranteil wiedergegeben haben, der ihnen weggenommen worden war, und den Anteil an der Erhöhung. Das sind ja Gestaltungsräume und Einsparmöglichkeiten, die abgegeben worden waren. Wir haben es anderes gemacht.

Im gesamten Bildungsbereich haben wir den Schwerpunkt „Kein Kind zurücklassen“ durchgehalten. Diese Leitlinie wird von uns umgesetzt, soweit wir es irgendwie können. Ich habe bereits die 157.000 U3-Plätze angesprochen. Wir belassen die Demografiegewinne in der Schule. Wir haben mit der CDU einen Pakt geschlossen, gemeinsam das Schulgesetz geändert und dabei versprochen, die Klassen in den Eingangsbereichen kleiner zu machen. Wir halten uns an diese Absprachen. Wenn wir sie erfolgreich umsetzen wollen, dann können wir nicht zugleich Tausende oder Zehntausende von Stellen abbauen.

Wenn man sich unsere Bilanz anschaut, dann kann man stolz darauf sein. Zum neuen Schuljahr werden 42 neue Sekundarschulen und 30 neue Gesamtschulen in Betrieb gehen. Die Gesamtbilanz aus den zwei Jahren, in denen wir dieses Gesetz zum Wirken gebracht haben, zeigt: In Nordrhein-Westfalen sind 84 neue Sekundarschulen und 58 neue Gesamtschulen entstanden, und zwar überwiegend im ländlichen Bereich. Ich schaue ja immer auf den Kollegen Laumann – gerade auch in seinem Bezirk, im Kreis Steinfurt, sind, glaube ich, drei neue Gesamtschulen im ländlichen Bereich entstanden. Das spricht für Akzeptanz. Wir haben gemeinsam gesagt: An dieser Stelle entscheiden die Kommunen. Sie machen das in Kenntnis der Schülerentwicklungszahlen, und sie machen es vernünftig.

Den Hochschulbereich habe ich bereits angesprochen: 210 Millionen € zusätzlich im Hochschulpakt. Das ist eine notwendige Anstrengung; immerhin haben wir den doppelten Abiturjahrgang, der alle herausfordert. Das beschreibt am allerbesten den Weg, den wir hier gehen.

So machen wir das jetzt also. Es ist der vierte Haushalt, den wir hier einbringen. Er wird in den Fachausschüssen sicherlich sehr intensiv diskutiert werden. Wir werden sehen, was an Änderungsvorschlägen von der Opposition kommt.

Es gibt kein Dogma, dass ein Antrag, auf dem oben „CDU“ oder ein anderer Stempel steht, nur deswegen abgelehnt wird. Das haben wir in der Minderheitsregierung nicht gemacht, wir machen es auch jetzt nicht. Das erleben wir an jedem Plenartag. Es müssen nur Vorschläge sein, mit denen man wirklich umgehen kann und die etwas Substantielles beinhalten. Die Vorschläge, die beim letzten Mal in Richtung „Schulassistenten“ gekommen sind, konnte man im Hinblick auf die Einsparzahlen vorne und hinten nicht gegenrechnen.

Insofern: Wir sind in der Debatte offen. Wir werden gründlich vorgehen und die Haushaltsdebatte in diesem Sinne führen. Alle anderen Hausaufgaben, die ich eingangs angesprochen habe, müssen jetzt in Berlin gemacht werden. Wir begleiten das von hier aus sicherlich kritisch und konstruktiv. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Priggen. – Nun spricht für die Piratenfraktion deren Vorsitzender Herr Dr. Paul.

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Ich möchte mich gleich Herrn Priggen anschließen und noch einmal sagen: Das Ergebnis der Bundestagswahl ist zu akzeptieren. Daher auch von meiner Fraktion herzliche Glückwünsche und in einigen anderen Fällen auch Beileid!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das Wichtigste, das man über diese Bundestagswahl sagen kann, ist: Die Piraten sind nicht drin. Wir wären sicherlich eine Bereicherung für den Bundestag gewesen, gerade was unsere Unkonventionalität oder – wie Herr Priggen gerade sagte – unsere „marxistische Schwarmintelligenz“ anbelangt.

Demokratie ist aber mehr als nur der Gang zur Wahlurne. Als außerparlamentarische Kraft im Bund werden wir weiter mithelfen, die auch im Wahlkampf unter den Teppich gekehrten zentralen Probleme zu thematisieren: der zunehmende Verlust von Privatheit und Diskretion durch staatliche Schnüffeleien – eigentlich ein Selbstverrat der westlichen Demokratien –, die fehlenden Konsequenzen aus der zur Staatsschuldenkrise umgewidmeten Finanzmarktkrise, die drohenden Elendsökonomien durch die Sparpolitik, das Auseinanderbrechen des Euro-Raums, die drohende Altersarmut durch eine falsche Rentenpolitik und die weitere ökonomische Spaltung unserer Gesellschaft.

Zahlreiche unserer Politikkonzepte sind bislang öffentlich nicht ausreichend diskutiert worden. Wir Piraten sind nach wie vor die Einzigen, die das neue Handlungsfeld „Politik und Technologie“ überhaupt auf dem Schirm haben. Hier trifft uns leider vielleicht die Umkehr des Gorbatschow-Wortes: „Wer zu früh kommt, den bestrafen die Ahnungslosen“.

Wir sind angetreten als ein politisches Langfristprojekt und müssen jetzt die Erfahrung machen, dass wir uns auch einmal an die eigene Nase zu fassen haben. Das Wahlergebnis bestätigt zudem: Es gibt keine politische Wechselstimmung in Deutschland; es gibt keine glaubhafte Alternative durch Rot-Grün, Schwarz, Rot oder Grün – die Krise wird ausgeses-

sen. Es offenbart sich ein erstaunliches Ausmaß politischer Reserven des Aussitzens in krisenhaften Zeiten.

Dürfen wir aktuell Hoffnungen auf die SPD setzen? Eines steht fest: Ihrer Glaubwürdigkeit ist die SPD etwas schuldig.

Es müssen endlich Einnahmeverbesserungen zur vernünftigen Durchfinanzierung der Länder- und Kommunalhaushalte umgesetzt werden. Für diesen Fall sind wir ganz auf Ihrer Seite, meine Damen und Herren von der SPD.

In diesem Jahr stieg die Wahlbeteiligung zwar geringfügig, dies darf aber keineswegs als Ende der Legitimationskrise dieser parlamentarischen Demokratie betrachtet werden. Auch an diesem Sonntag ist eine große Zahl von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern nicht zur Wahl gegangen.

Über die Motive dafür brauchen wir gar nicht zu spekulieren. In einer ganzen Reihe von Studien wird sehr deutlich festgestellt: Die Menschen fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Echte Unterschiede werden nicht mehr gesehen, weil es sie nicht mehr gibt. Es werden Marken verkauft, keine Inhalte. Wundern wir uns also nicht, wenn uns dieses System irgendwann um die Ohren fliegt.

Die CDU hat es wieder geschafft. Sie stellt die größte Fraktion und wird wahrscheinlich die Regierung bilden. Man darf gespannt sein, wer sich ihr diesmal zum Fraß vorwirft. Manche Kröten sind vielleicht auch zu groß. Herr Laschet hat es im „Handelsblatt“ ja schon gesagt: Steuererhöhungen werden prinzipiell nicht mehr ausgeschlossen.

Die CDU hat diesen Wahlerfolg mit einer Kampagne geschafft, die so tut, als ob es in diesem Land keine Probleme gibt und die Kanzlerin alles im Griff hat. Beides ist falsch und wird schon bald wieder die Tagesordnung bestimmen. Denn die sogenannte Eurokrise ist noch längst nicht überwunden. Die schon jetzt aufgelaufenen Kosten werden uns künftig für staatliches Handeln fehlen, und es wird noch einiges auf uns zukommen. Die Wahl bedeutet: Auch in Zukunft werden die Vermögenden und die Krisenverursacher an den Kosten nicht beteiligt.

Immerhin aber wird die CDU jetzt nicht mehr von einer nur ihrer Klientel verpflichteten FDP gedrängt. In vier Jahren kann man sich also nicht mehr damit hinausreden.

Ich fürchte, wir müssen uns auf weitere vier Jahre wachsende Ungleichheit einstellen. Das Armutsrisiko ist gestiegen, die Privatvermögen auch. Ursula von der Leyen verteidigt sich damit, dass in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung die Ungleichheit noch stärker angewachsen sei. Da kann man nur sagen: Herzlichen Glückwunsch, Frau von der Leyen! Nach aktuellen Zahlen der Bundesregierung ist das Armutsrisiko seit 2005 auf 15,2 % gestiegen.

Das heißt, dass fast jeder sechste Mensch in dieser Republik davon bedroht ist. Das sind 12,5 Millionen Menschen, 12,5 Millionen Schicksale. Ich finde, wir sollten uns was schämen.

(Beifall von den PIRATEN)

Der Umstand, dass in der Zeit von 1998 bis 2004 das Armutsrisiko deutlich stärker gestiegen ist, entschuldigt das Versagen der letzten Bundesregierungen überhaupt nicht, ist aber vielleicht eine wichtige Erklärung für das individuelle Ergebnis der SPD.

Eurokrise und Armut sind nur zwei Themen von vielen, die uns weiterhin beschäftigen werden. Wir werden auch morgen sehen, dass die Kanzlerin diese Probleme nicht im Griff hat. Schon gar nicht hat die Bundeskanzlerin das Problem der Finanzierung der Bundesländer im Griff. Das sieht man schon, wenn man den Entwurf unseres NRW-Haushalts aufschlägt.

Den einzelnen Ressorts Finanzmittel für ihren Haushalt und dessen einzelne Titel zur Verfügung zu stellen, das ist die Hauptaufgabe eines Abgeordneten in unserem Land. Auf dieser Budgethoheit beruht die Würde des Hohen Hauses, dem wir angehören.

Umso mulmiger wird mir, wenn ich die neueren Veränderungen und die tatsächlichen Kompetenzen betrachte. Ich fühle mich da so ein bisschen wie auf einem zugefrorenen See, in dem nach allen Seiten Sprünge klaffen. Was können wir Abgeordneten eigentlich noch entscheiden, wenn in einem vorher nie dagewesenen Ausmaß staatliche Mittel als Bürgschaft und Rettungsschirm eingesetzt werden, die jede politische Entscheidung über einen kleinen Betrag ad absurdum führt?

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang auch eine kleine systemische Betrachtung. Die Betonung liegt auf „systemisch“, nicht auf „marxistisch“; das ist nämlich etwas völlig anderes.

Aktuell zeichnet sich ab, dass die Politik der sogenannten Rettung Griechenlands gescheitert ist. Sie hat der dortigen Bevölkerung großes Elend beschert und die Hoffnung, aus eigener Kraft die Forderungen der Banken zu bewältigen, zunichte gemacht. Der Schuldenschnitt wird kommen und damit die Einlösung der zugesagten 310 Milliarden € laut Bundesfinanzministerium bzw. der 770 Milliarden € laut ifo-Institut. Keiner weiß, wie der Bund das bezahlen soll. Glaubt hier jemand, dass die Bundesländer dabei ungeschoren davonkommen? – Ich nicht.

Dazu kommt, dass die Bundesbank im Verrechnungssystem TARGET2 bereits 550 Milliarden € für zahlreiche Banken finanziert hat, die auf dem Geldmarkt nichts mehr bekommen. Hier stehen wir wirklich nicht an einem ruhigen Punkt, sondern wir sitzen auf einem Pulverfass. Wir befinden uns in ei-

nem dynamischen Prozess: Die Banken haben ihre Gewinne gesichert, ihre Boni ausgezahlt, über die Politik gelästert, ihre Verluste der Bevölkerung aufgebremmt. Das generiert starke Anreize, es weiter so zu treiben und Staaten und Parlamente noch mehr in Schwierigkeiten zu bringen. Es gibt keine Lösung, bevor nicht endlich die Politik wieder das politische Primat erkämpft und einen deutlichen Schlusstrich unter die Machenschaften der Banken zieht. Ich sage bewusst „Machenschaften“, weil ich dieses Verhalten – obwohl weitgehend legal – für prinzipiell kriminell halte.

In einem solchen dramatischen Zeitgeschehen Business as usual zu machen und darüber zu sprechen, ob wir für Kopiergeräte im Innenministerium – Einzelplan 3, Seite 21 – 84.000 € ausgeben wollen, mag beruhigend für unsere Psyche sein, ist aber im Grunde völlig absurd.

Aber ich will meine Aufgabe als Abgeordneter ernst nehmen und mir den von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf ansehen.

Die Unterfinanzierung wichtiger Staatsausgaben, zum Beispiel der Hochschulen, tut weh. Aber wie kann man im Land noch gute Politik machen, wenn im Bund die Einnahmenseite so weit hinuntergefahren wird? Aufgrund der Steuersenkungen der letzten zwölf Jahre fehlen Milliardenbeträge – allein in den letzten drei Jahren 150 Milliarden €; die Hälfte davon für die Länderhaushalte.

Steuersenkungen kamen im Wesentlichen den großen Unternehmen und Vermögen zugute. Das Geldvermögen privater Haushalte hat sich in den letzten zwanzig Jahren fast verdoppelt. Von den Steuersenkungen erwarteten die rot-grünen und schwarz-gelben Regierungen unter anderem Investitionen in Arbeitsplätze. Aber was ist passiert? Schlechte, unterbezahlte Arbeitsplätze wurden geschaffen. Ansonsten versteht man heute unter Investition den Kauf riskanter Wertpapiere.

Mit dem Geld, das dem Staat fehlt, hätte man viele ordentlich bezahlte Arbeitsplätze für Erzieherinnen, Pflegekräfte, Lehrerinnen und Sozialarbeiterinnen schaffen können – wenn es denn irgendjemandem tatsächlich um Arbeitsplätze gegangen wäre. Stattdessen werden dicke Keile in die Bevölkerung getrieben.

Die Schere geht immer weiter auseinander. Die reichsten 10 % besitzen inzwischen teuflische 66,6 % des gesamten Nettovermögens in Deutschland, die vermögendsten 0,1 % immerhin noch 22,5 % des Gesamtvermögens. Immer mehr Arbeitnehmer leben unter prekären Bedingungen, während Vermögende immer vermögender werden.

Wohlstand wandert nach oben. Unten macht sich Frust breit, der sich auch gegen die parlamentarische Demokratie richtet, also im Grunde gegen uns alle hier.

Steuererleichterungen für die Vermögenden brächten weitaus mehr Schaden als Nutzen. Deshalb sollten wir gemeinsam darum kämpfen, dass auf Bundesebene eine Politik gemacht wird, die uns ermöglicht, unseren Pflichten gegenüber den Bürgern nachzukommen: Infrastruktur sanieren, allen Kindern Chancen geben, Zukunft sichern.

Uns mit den Einnahmen zu bescheiden, die man uns von der Bundesebene zugedacht, das ist mir ein wenig zu passiv und vielleicht sogar zu masochistisch. Wir müssen Forderungen aufstellen und für das Land NRW kämpfen.

Ich musste mich gerade wirklich wundern, denn ich bin mit Herrn Lindner völlig einer Meinung: Die Mehrwertsteuer ist da der falsche Weg, absolut der falsche Weg, weil es genau diejenigen trifft, die es eigentlich nicht treffen sollte.

Die wirkungsvollste Maßnahme wäre die Wiedereinführung einer moderaten Vermögensteuer. Bei nur einem halben Prozent für Körperschaften und 1 % für Private sowie einem Freibetrag von 1 Million € Geldvermögen könnte man bundesweit 20 Milliarden € jährlich einnehmen. Für Nordrhein-Westfalen wären das etwa 4,3 Milliarden €. Das würde uns doch schon mal weiterhelfen für den Haushalt hier. Es würde im Grunde sogar die strukturelle Unterfinanzierung unseres schönen Bundeslandes beseitigen. Weniger als 1 % der Bevölkerung wäre betroffen. Wir müssten uns auch keine Sorgen mehr wegen der Schuldenbremse machen.

Nicht nur die Zahl der Armen oder von Armut bedrohten Menschen ist gestiegen, sondern auch die Zahl der sehr Vermögenden und Superreichen. Allein die Zahl der Millionäre wuchs in den letzten acht Jahren von 742.000 auf 892.000. Das ist eine Steigerung um ein Fünftel. Und: Nicht nur die Zahl der Millionäre ist dramatisch gestiegen. Auch deren Vermögen wächst nach der kleinen Krisendelle wieder ungebremst und sogar beschleunigt. Inzwischen beträgt es sagenhafte 2,4 mal 10 hoch 12. Das sind 12 Nullen, also 2.400 Milliarden oder 2,4 Billionen €.

Genau hinter dieser doppelten Entwicklung, dem gleichzeitigen starken Ansteigen von Armut und Reichtum über einen längeren Zeitraum, steckt der gesellschaftliche Skandal. Denn Deutschland ist beileibe kein armes Land. Deutschland ist ein reiches Land, in mehrfacher Hinsicht. Bloß ist der Reichtum immer ungleicher verteilt.

Um es ganz klar zu sagen: Wir wollen Reichtum nicht abschaffen. Im Gegenteil! Wir wollen Armut abschaffen. Die ökonomische Ungleichheit fügt der Volkswirtschaft großen Schaden zu.

Erstens finden Investitionen nicht statt, weil zum Beispiel junge Erfinderinnen den Banken keine Sicherheiten bieten können, wenn sie nicht aus wohlhabenden Elternhäusern kommen.

Zweitens bietet der Arbeitsmarkt keine Sicherheit. Befristete oder schlecht bezahlte Tätigkeiten werden nicht mit voller Kreativität und vollem Engagement geleistet, wenn die Arbeitnehmer nicht über Vermögen verfügen, sondern durch Sich-Umsehen ihre Zukunft absichern müssen. Zeitverträge und schlechte Anfangsgehälter nehmen dem Arbeitsprozess viel Energie, viel Kreativität und schädigen damit unsere Innovationskraft.

(Beifall von den PIRATEN)

Drittens nimmt ein großes Vermögen den Antrieb, etwas aufzubauen und zu unternehmen. Stattdessen wird „Aus Geld mehr Geld machen“ delegiert, an Fonds beispielsweise, und nur noch auf kurzfristige Rendite gesehen – bis hin zur Zerstörung gewinnbringender Unternehmen mitsamt ihrer Arbeitsplätze. Aufbauen dauert lange und erfordert Antrieb und zielgerichtetes Handeln. Zerstört ist schnell, und die Fonds wenden sich neuen Spielzeugen zu.

Viertens generieren große Vermögen besondere Einflussmöglichkeiten. Gegenüber Arbeitnehmern führen sie zu Ausbeutung, gegenüber Kunden zu schlechter Qualität, gegenüber Anlegern zu riskantem Verhalten, das die Anleger ihr Vermögen kostet. Ein demokratieverträglicher Markt sieht völlig anders aus.

Die Ungleichverteilung ist nicht nur ungerecht. Es werden auch die beiden wichtigen Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft systemisch untergraben, nämlich dass sich Leistung lohnen muss und dass die starken Schultern die schwachen mittragen sollen.

Selbst nach den sehr vorsichtigen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, des DIW, kann bei einer Wiedereinführung der Vermögensteuer mit erheblichen zusätzlichen Einnahmen gerechnet werden.

Vier Bundesländer – Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen – bereiten eine Bundesratsinitiative vor und haben deshalb das DIW beauftragt, die Aufkommens- und Verteilungswirkungen zu untersuchen. Danach ist selbst bei einem außerordentlich hohen Freibetrag von 2 Millionen € Barvermögen und einer so erfolgreichen Beschränkung auf weniger als 150.000 natürliche und gut 160.000 juristische Personen und unter Einbeziehung sowohl von Steuervermeidungsstrategien als auch der entstehenden Erhebungskosten – Steuerfahndung – mit einem jährlichen zusätzlichen Steueraufkommen in Höhe von annähernd 12 Milliarden € zu rechnen. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen davon möglicherweise mehr als 3 Milliarden € – ein Betrag, der jede Debatte über knappe Kassen und Schuldenbremse nahezu überflüssig macht.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir Piraten unterstützen diese Initiative und hoffen, dass sie er-

folgreich ist. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine faire Teilhabe aller.

(Beifall von den PIRATEN)

Trotzdem gibt es viele in unserer Saal, die nicht gerne Vermögen besteuern wollen. Für die möchte ich noch anfügen, was mit den Arbeitseinkommen passiert; denn das ist ja eigentlich viel schlimmer.

Es gibt einen Grundfreibetrag von 6.681 € im Jahr. Das heißt, wenn jemand pro Monat 560 € brutto verdient, muss er Steuern zahlen. Ist das nicht absurd? Wer zum Beispiel 900 € im Monat verdient, zahlt überschlägig gerechnet etwa 79 € Steuern. Dazu kommen dann noch die Sozialabgaben. Ein Mensch mit so niedrigem Einkommen kann sich keine richtige Wohnung leisten – schon gar nicht mit Kindern; da nützt auch das Kindergeld nichts. Er oder sie, viel öfter sie ist vom kulturellen Leben weitgehend abgeschnitten. Biolebensmittel stehen nicht auf dem Tisch. Solchen Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen, das finde ich schäbig.

Aber auch auf die Art und Weise kommen hohe Beträge an Lohnsteuer zusammen, fünfmal so viel wie bei der Einkommensteuer auf alle anderen Einkommensarten wie Gewinne, Mieteinnahmen, Zinsen, usw. Davon finanziert sich der Staat zum großen Teil. Und dann werden die Vermögenden geschont. Eigentlich müsste die Vermögensteuer schon deswegen eingeführt werden, damit die Niedrigeinkommen nicht mehr besteuert werden müssen.

Tatsächlich kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass die Mehrheit der Menschen in diesem Land über ihre Verhältnisse gelebt hat – es sei denn, wir reden über die ökologischen Grenzen dieses Planeten. Aber genau das tun wir eben nicht.

Hier wird unterschlagen, was diese Gesellschaft ausmacht, nämlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde ist seit 1991 von knapp 30 € auf rund 40 € – in den Preisen von 2000 – enorm gewachsen. Von einem Zwang, den Gürtel enger zu schnallen, kann in dieser Hinsicht also wirklich nicht die Rede sein.

Auch das bereits diskutierte private Geldvermögen gibt hierzu keinen Anlass. Es liegt heute mit 5 Billionen, also 5.000 Milliarden €, mehr als doppelt so hoch wie 1990. Das Bundesfinanzministerium schätzt das gesamte Nettovermögen in Deutschland auf schier fantastische 8,6 Billionen €. Allein die vermögendsten 10 % besitzen fast 5,2 Billionen € netto Geld- und Immobilienvermögen. Der größere Teil davon wurde geerbt. Allein das private Geldvermögen ist mehr als doppelt so groß wie die gesamten Schulden des Staates.

Das Gegenteil dessen, was uns diese Regierung predigt, ist also wahr: Die finanziellen Gesamtspielräume sind im Prinzip größer geworden.

Während also einerseits die Einkommens- und Vermögenskonzentration wächst, steht andererseits der geschaffene Reichtum nicht mehr zur Verfügung, um notwendige Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen.

Finanzminister Walter-Borjans hat das heute mit sehr moderaten Worten gesagt: Die Einnahmenseite ist auch zu beleuchten. – Von daher könnte man sich auf seine Linie stellen. Aber im Prinzip erfolgt auch mit dem neuen Haushalt eine Form von Mängelverwaltung.

Bereits im Jahr 2008 hat das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin, das Difu, den notwendigen kommunalen Investitionsbedarf mit mehr als 704 Milliarden € beziffert. Die tatsächliche kommunale Investitionstätigkeit bleibt nicht nur weit hinter diesem Wert zurück, sondern ist sogar kontinuierlich rückläufig. Allein im Bildungsbereich besteht ein jährlicher Mehrinvestitionsbedarf von 45 Milliarden €, zum Beispiel für Ganztagsbetreuung, Schulinfrastruktur oder die hier dauernd Thema seiende Inklusion.

Im April dieses Jahres konstatierte die Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW:

„Nach Schätzungen der Kommunen beträgt der Investitionsrückstau inzwischen 128 Mrd. Euro und damit etwa 20 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr.“

Der Sanierungsstau baut sich also sogar auf. Jeden Tag gehen so gesellschaftliche Werte in Millionenhöhe verloren.

Verfallende Infrastrukturen – also kaputte Straßen, marode Brücken, bröckelnde Schulen –, nicht gewartete Züge und Gleise, baufällige Hochschulen, ungepflegte Grünanlagen usw. können überall – auch bei uns in Nordrhein-Westfalen – besichtigt werden.

Von diesem Erbe, das wir an unsere Kinder weitergeben, wird aber nicht erzählt, wenn wir über Schuldenbremsen sprechen. Wenn aber dem Staat systematisch die Mittel entzogen werden, die erforderlich sind, um die öffentliche Infrastruktur wenigstens zu erhalten, dann übergeben wir unseren Kindern ein Land, in dem selbst zentrale Einrichtungen einer modernen, leistungs- und wettbewerbsfähigen sowie lebenswerten Gesellschaft nicht mehr funktionieren. Leidtragende der öffentlichen Sparmaßnahmen sind die Menschen, die auf die Leistungen des Staates eher angewiesen sind als Vermögende; das ist klar. Allein die Steuerreformen seit 1998 haben bis heute hochgerechnet zu Steuerausfällen von unglaublichen 470 Milliarden € geführt – Geld, das heute fehlt.

Es gibt in der Bevölkerung einen breiten Konsens darüber, dass es in unserer Gesellschaft wieder gerechter zugehen muss und dass dazu unabdingbar

die Beteiligung aller leistungsfähigen Menschen, Organisationen und Unternehmen zählt.

Neben der Wiedereinführung der Vermögensteuer müssen wir auch über eine sachte und verantwortungsvolle Anhebung des Spitzensteuersatzes reden. Wie hoch ist wohl die Bereitschaft, höhere Grenzsteuern zu zahlen, wenn davon nur die Vermögenden und Reichen profitieren, wenn davon Banken saniert werden, die ihren Managern millienschwere Abfindungen zahlen? Wie hoch mag andersherum die Bereitschaft sein, wenn davon Schulen saniert werden, der öffentliche Nahverkehr ausgebaut wird und Kinderbetreuungsplätze statt Betreuungsgeld angeboten werden?

Darüber hinaus müssen wir dringend – ich weiß, das ist ein heißes Thema – auch mal über die Erbschaftsteuer wenigstens sprechen.

Last, but not least: Wer über Einnahmen spricht, darf über die Finanztransaktionssteuer nicht schweigen. Momentan sieht es damit ja nicht gut aus. Aber wir wissen, dass die Bankenrettungen den Staat, das heißt die Bürgerinnen und Bürger, Unsummen gekostet haben und noch lange kosten werden. Allein die Rettung der Hypo Real Estate schlägt mit 150 Milliarden € zu Buche. 150 Milliarden €, die ausschließlich über die Steuern ganz normal verdienender Menschen finanziert wurden und werden, nur für eine Bank!

Zur Erinnerung: Das strukturelle Haushaltsdefizit in Nordrhein-Westfalen liegt bei etwa 4 Milliarden €. Verglichen mit den Summen, die für die Rettung systemrelevanter Banken aufgebracht wurden, ein Witz, eine Fußnote! Um mit Hilmar Kopper zu reden: Peanuts!

Die Liberalisierung und die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte, woran nicht zuletzt auch die rot-grüne Bundesregierung beteiligt war, haben zur Bildung großer Spekulationsblasen geführt, die wesentlich und ursächlich für die große Krise waren. Die Besteuerung, wenn nicht gar Verhinderung spekulativer Geschäfte ist nicht nur ein Beitrag zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben, sondern auch ein Weg zurück in eine gesellschaftlich sinnvolle Wirtschaftstätigkeit. Wir können damit zu hohe Schulden verhindern.

Last, but not least: Schulden findet niemand gut. Niemand ist der Meinung, Schulden seien unproblematisch. Natürlich muss es das Bestreben eines seriös und nachhaltig wirtschaftenden Haushälters sein, Schulden, die momentan unvermeidlich sind, mittel- und langfristig auszugleichen. So weit sind wir uns alle einig. Aber diese Feststellung darf nicht als Verständigung über die pauschale Ablehnung von Schulden missverstanden werden.

Entscheidend für die Finanzpolitik des Landes muss das Verantwortungsgefühl für die Bürgerinnen und Bürger sein, das Verantwortungsgefühl für die wichtigsten Aufgaben des Staates, für die zivilisatorische

Qualität unseres Zusammenlebens, für das Alltagsleben in den Kommunen, für die Infrastruktur usw. Ich plädiere dafür, für eine gerechte Verbesserung der Einnahmenseite zu kämpfen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden; denn sonst gilt das Wort, dass die Demokratie, deren Aufgabe es ist, ein selbstbestimmtes Leben aller zu gewährleisten, ihrer Leistungspflicht nicht nachkommt. Und das möchten wir gerne verhindern. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Nun spricht für die Landesregierung die Ministerpräsidentin, Frau Kraft.

**Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben heute eine andere Haushaltsdebatte, eine andere Einbringung erlebt als in den Jahren, die ich bisher hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen miterleben durfte. Sicherlich ist ein Grund dafür, dass wir gerade eine Bundestagswahl hinter uns haben mit Ergebnissen, die die einen freuen und die anderen weniger freuen. Auch von mir einen herzlichen Glückwunsch an die Wahlgewinner.

Ich habe moderate Töne, ruhige Töne, aber auch vieles Negatives über unser Land gehört. Das mag an der einen oder anderen Stelle richtig sein; denn wir haben Herausforderungen, die wir gemeinsam angehen müssen. Aber wir haben auch positive Daten und Fakten, die man nicht unter den Tisch kehren sollte.

Wir sind ein Land, in dem die Erwerbstätigenzahl steigt,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Weniger als vorher!)

in dem es mehr sozialversicherungspflichtige Jobs gibt als jemals zuvor, in dem die Erwerbstätigen überdurchschnittlich produktiv sind, in dem das Pro-Kopf-Einkommen überdurchschnittlich ist, ein Land, das als Standort attraktiv für ausländische Investoren ist.

Die Zahl darf man in einer solchen Debatte auch einmal nennen: Mit 27,1 % – das sind über 200 Milliarden € – verzeichnete das Land Ende 2011 – das ist der letzte verfügbare Wert; er wird weiter steigen – den mit Abstand höchsten Anteil aller 16 Bundesländer am Bestand der Direktinvestitionen in Deutschland. 27,1 %! Es folgt Bayern mit 16,8 % – um einmal deutlich Hausnummern zu vergeben. Darüber dürfen wir uns auch heute freuen.

Wir sind die Nummer eins bei den unternehmensnahen Dienstleistungen.

Wir sind ein Land, das beim Ausbau der Ganztagschulen besser dasteht als viele andere Bundesländer. Auch dazu haben wir neulich neue Studien und Zahlen bekommen.

Nicht zuletzt: Wir sind von allen Flächenländern das Land, das die schlankeste Verwaltung hat, nämlich pro 1.000 Einwohner 16,34 Stellen im öffentlichen Dienst. Im Durchschnitt aller Flächenländer sind es 19,47.

Zu einer Gesamtbetrachtung unseres Landes Nordrhein-Westfalen gehören auch positive Dinge. Auch darum geht es in einer solchen Debatte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe in dieser Debatte heute – bei den im Wesentlichen ruhigen Tönen – auch viel darüber gehört, was alles zu tun ist, vor welchen Herausforderungen wir stehen – da sind wir in weiten Teilen einer Meinung –: von der Demografie über die kommunale Finanzlage bis zur Infrastruktur. Wir alle wissen, woran es mangelt.

Es gibt auch viele Vorschläge, was zu tun ist. Es gibt allerdings genauso wenige Vorschläge, an welchen Stellen denn zu kürzen ist. Ich jedenfalls habe hier heute keinen gehört, keinen einzigen.

Es ist schon hoch erstaunlich, dass in diesem Landtag von der Opposition keine solchen Vorschläge benannt worden sind. Selbst die FDP hat heute nur gesagt, wo denn der Stein nicht behauen werden sollte. Aber wie er denn behauen werden sollte, auch da sind Sie heute wieder alle Antworten schuldig geblieben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, Sie haben uns vorgeworfen, es gebe keine neuen Ideen, erst recht keine Visionen – so war, glaube ich, das Zitat aus Ihrer Rede vorhin, Herr Laumann.

Ich sage Ihnen: Wir haben eine Vision. Wir haben eine Idee, und der gehen wir kontinuierlich nach. Wir werden dieses Land gerechter machen. Wir werden dafür sorgen, dass kein Kind zurückgelassen wird. Und wir werden dafür sorgen, dass in diesem Land endlich eine vorbeugende Politik dafür sorgt, dass Haushalte nachhaltig saniert werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das werden wir tun, auch weiterhin.

Dabei bleiben wir – auch das hat der Finanzminister heute deutlich gemacht – bei unserem Kurs: einem Dreiklang aus Einsparungen, aus notwendigen Investitionen und aus Einnahmensteigerungen. Das haben wir immer gesagt, das werden wir weiter sagen. Und das werden wir auch tun.

Im Haushalt 2014, über dessen Entwurf wir heute reden, sind strukturelle Einsparungen von 950 Millionen € enthalten. Das ist kein Pappenstein.

Es sind auch Investitionen im Bildungsbereich darin.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Wir müssen heute die Grundlagen für morgen legen; da sind wir uns einig. Darum investieren wir in Bildung und Betreuung, in Kommunen und in Infrastruktur.

Nehmen wir den U3-Ausbau: Vom Sommer 2010 bis zum Ende dieses Jahres werden wir 712 Millionen € bereitgestellt haben. Wir werden den Ausbau bis 2018 vorantreiben. Dann werden es 1,4 Milliarden € sein, die wir für U3 ausgegeben haben werden.

Wir holen das auf, was liegen geblieben ist, meine Damen und Herren. Das war unsere Aufgabe, und das ist unsere Aufgabe.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und das deckt sich mit unserer Vision und unserer Zielsetzung. Denn gerade die Investitionen in die frühkindliche Förderung lohnen sich langfristig. Sie sind Basis zusätzlicher Einnahmen für morgen und weniger Reparaturkosten. Eine Präventionsrendite ist kein politisches Wunschdenken, sondern Tatsache.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat das im Auftrag – man höre und staune! – der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – ich sage in Klammern: wahrlich keine rot-grüne Untergliederung – untersucht. Ich zitiere:

„Geringere Transferleistungen, höhere Sozialversicherungsbeiträge und zusätzliche Steuerzahlungen im späteren Erwerbsleben führen dazu, dass der Staat die im Vorschulbereich investierten Gelder fast dreifach zurückbekommt. Investitionen in die frühkindliche Förderung erzielen damit langfristig eine Verzinsung von jährlich über sieben Prozent.“

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und weiter:

„Je früher in die Bildung eines Kindes investiert wird, desto höher sind die Erträge.“

Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen. Wir haben es getan, wir werden es auch weiterhin tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Oder nehmen wir das Feld Schule und Hochschule – es ist ja spannend, worüber heute nicht geredet wurde –: Wir investieren in den Ganztag. Wir setzen den Schulkonsens um. Wir haben 155 neue Schulen des gemeinsamen Lernens seit 2010. Wir sind dabei, die individuelle Förderung zu verbessern. Wir stellen zusätzliche Lehrerstellen zur Unterstützung der Inklusion zur Verfügung. Bis 2017/2018 werden das rund 3.200 Lehrerstellen sein, die im System bleiben, obwohl wir weniger Schülerinnen und Schüler haben – damit wir Inklusion unterstützen

können. Das ist eine gute Politik für die Kinder und für die Familien in diesem Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Schuljahr 2010/2011 waren es rund 500. Insgesamt ist das eine Investition von rund 134 Millionen €.

Aus dem Hochschulpakt erhalten die Hochschulen für zusätzliche Studienanfänger auch zusätzliches Geld. Mit der Kofinanzierung des Landes stehen den Hochschulen damit 2 Milliarden € mehr zur Verfügung.

Und wir unterstützen die Kommunen – so stark wie keine Landesregierung vorher. Städte und Gemeinden erhalten 2014 aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz Rekordzuweisungen von 9,4 Milliarden €. Das sind 722 Millionen € mehr als 2013.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Hinzu kommt der Stärkungspakt Stadtfinanzen zur Unterstützung besonders verschuldeter Kommunen. Dafür werden wir bis 2020 5,76 Milliarden € ausgeben, davon sind allein 3,5 Milliarden € zusätzliche Landesmittel.

Ja, meine Damen und Herren, wir stellen uns den Herausforderungen. Wir gehen sie an, auch bei der Infrastruktur. Endlich gibt es wichtige Weichenstellungen, auf die wir lange gewartet haben.

Der Ausbau der Betuwe-Linie ist mit der Finanzierungsvereinbarung, die ich am 24. Juli für das Land unterzeichnet habe, unter Dach und Fach. Mein Dank geht an den Verkehrsminister, der das hervorragend verhandelt hat. Es ist gut, dass wir hier weiterkommen, auch bei der Infrastruktur.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt auch bedeutende Fortschritte beim Rhein-Ruhr-Express. Der Bund hat sich endlich verbindlich bereit erklärt, die Planungen voranzutreiben.

Über all das muss man auch reden, wenn man über die Situation in Nordrhein-Westfalen redet. Wir gehen das an – Schritt für Schritt und mit einer soliden Politik.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)**

Auf der anderen Seite habe ich mich die ganze Zeit gefragt: Wo ist eigentlich Ihr Oppositionskurs? Wo ist eigentlich Ihr Haushaltskurs für dieses Land?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja, das ist doch klar!)

Zum Teil reden Sie das Land schlecht, zum Teil haben Sie – ich blicke auf die letzten Wochen vor der Bundestagswahl zurück – ganze Horrorgemälde gezeichnet, zum Beispiel zu U3. Ich kann gern die Zitate herausuchen. Sie haben ein Chaos und eine Klagewelle prognostiziert. Die Realität ist: Wir haben die stärkste Aufholjagd bis zum 1. August hin-

gelegt. Mit 144.883 U3-Plätzen haben wir den Rechtsanspruch erfüllt.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dazu gab es kein Wort von Ihnen in der heutigen Debatte.

Beim doppelten Abiturjahrgang ging doch gleich diese empörungspolitische Windmaschine los. Was ist herausgekommen? Ein laues Lüftchen. Stattdessen hätten Sie heute einmal Rückgrat beweisen und sich bei den Hochschulen für die Vorbereitung und die große Kraftanstrengung, die wir gemeinsam hingelegt haben, bedanken können. Das haben Sie nicht getan; dafür wäre heute Gelegenheit gewesen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Schlechtreden ohne eigene Konzepte ist keine gute Oppositionsstrategie. Wenn Sie seriöse Vorschläge machen, werden wir sie prüfen.

(Zuruf von der CDU: Wie großzügig!)

Das gilt für alle Bereiche, die uns gemeinsam bewegen. Ich möchte Ihnen drei Beispiele nennen, bei denen Sie von uns immer mehr verlangen.

Was ist das für eine Politik, die nicht sagt, woher die Einnahmesteigerungen kommen sollen? Sie haben sie sogar ausgeschlossen; ich habe Ihnen vorhin deutlich zugehört. Ich möchte Ihnen sagen: Sie müssen aufpassen, dass Sie wieder rechtzeitig auf den Zug aufspringen, denn Herr Schäuble erscheint gerade mit seinen Äußerungen in den Medien, er schließe Steuererhöhungen nicht grundsätzlich aus.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Norbert Römer [SPD]: Laschet auch nicht! – Weitere Zurufe)

Also Vorsicht an der Bahnsteigkante; es sind turbulente Zeiten.

Ich möchte Ihnen mit drei Beispielen sagen, wohin uns Ihre Forderungen führen würden.

Erstes Beispiel: Inklusion – gemeinsamer Unterricht von behinderten mit nichtbehinderten Kindern. Sie fordern eine obligatorische Doppelbesetzung in Klassen mit Schülern, die sonderpädagogischen Bedarf haben. Sie wissen – Sie waren in der Regierung –: Sie reden über 5.000 Stellen mehr im nächsten Jahr. Dann sagen Sie in diesen Haushaltsverhandlungen, woher die kommen, oder sagen Sie, woher wir das Geld dafür nehmen sollen. Sagen Sie es, wenn Sie der Welt glaubhaft machen wollen, dass Sie das alles besser können. Dann müssen Sie dazu auch stehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir bleiben dabei auf Kurs. Wir schaffen erstens einen klaren rechtlichen Rahmen für den weiteren



Ausbau der inklusiven Schule. Große Fortschritte konnten wir schon erzielen. Im Schuljahr 2012/2013 betrug die Inklusionsquote in der Primarstufe schon 33,6 % und in der Sekundarstufe 18,4 %.

Wir organisieren zweitens den Prozess Schritt für Schritt. So wachsen zum Beispiel die Lehrerstellen zur Unterstützung der Inklusion von 2010 bis 2017 um ca. 2.700 auf – ausgehend von den 500 Stellen, die ich vorhin schon genannt habe.

Drittens ist ganz wichtig, dass wir den Prozess gemeinsam mit den Kommunen und Eltern gestalten. Anders geht das nicht; anders wollen wir das nicht. Wir bemühen uns um einen Kompromiss. Ich hoffe sehr, dass er uns gelingt.

Aber klar ist auch: Inklusion ist nicht nur Aufgabe des Landes, sondern sie ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Auch das ist und bleibt wahr.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann reden wir über das zweite Beispiel, den Stärkungspakt. Wie immer legen Sie noch eine Schüppe drauf. Aber wo ist denn der solide finanzierte Gegenvorschlag? Ich habe ihn heute jedenfalls nicht gehört. Stattdessen wird wieder schwarzgemalt. Allen würde es schlechter gehen. Der Solidarbeitrag sei eine rot-grüne Strafaktion für solide wirtschaftende Kommunen. Dann zeigen Sie das hier am Beispiel einer Kommune. Wir wissen alle, insbesondere diejenigen, die aus Städten mit langjährigen Haushaltsproblemen kommen, wie die Situation in den Räten dort vor Ort ist.

Aber zur Wahrheit und Klarheit gehört auch – Herr Laumann, haben Sie doch das Rückgrat und stehen dazu –, dass sich in Ihrer Regierungszeit zwischen 2005 und 2010 die Kassenkredite in diesem Land verdoppelt haben. Stehen Sie dazu, dass Sie da Fehler gemacht haben. Das stünde Ihnen gut zu Gesicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will Ihnen nicht noch einmal vorhalten, wie Sie das Gemeindefinanzierungsgesetz zusätzlich befrachtet haben, um den Landeshaushalt zu sanieren, und wie Sie den Kommunen ihren Anteil an der Grunderwerbsteuer vorenthalten haben. Das hat doch niemand in dieser Region vergessen. Bis heute haben sie kein ernstzunehmendes eigenes Konzept auf den Tisch gelegt, wie Sie den notwendigen Kommunalsoli in Höhe von 182 Millionen € aus dem Landeshaushalt gegenfinanzieren wollen. Wir sind in diesen Haushaltsverhandlungen sehr gespannt, ob da noch etwas auf uns zukommt.

Als drittes Beispiel nehmen wir die Besoldungsanpassung. Wir alle haben uns unserer Verantwortung gestellt. Das ist ein schwieriger Prozess gewesen. Wie und in welcher Form wir abgewogen haben, haben Sie alle dem Prozess entnehmen können. Wir hätten nichts lieber getan, als allen Beamtinnen

und Beamten diese Erhöhung zu geben; das können Sie uns glauben.

(Beifall von Bernhard von Grünberg [SPD])

Das hätte uns das Geschäft für die Bundestagswahl wahrscheinlich auch einfacher gemacht. Aber wir haben uns der Verantwortung auch zur Erreichung der Null-Schulden-Bremse in diesem Land gestellt. Sie können nicht immer nur sagen: „Das darf man nicht machen“, denn dann müssen Sie auch sagen, woher Sie das Geld für die Finanzierung holen wollen. Dann sagen Sie das in dieser Diskussion!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sagen Sie entweder, woher Sie die zusätzlichen 700 Millionen € holen, oder sagen Sie, wie Sie die Stellen finanzieren wollen, die nicht gekürzt werden sollen – es sei denn, Sie wollen sie kürzen. Aber sagen Sie dann auch, wo sie kürzen wollen und wie das funktionieren soll.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Ich habe nur diese drei Beispiele gebracht, könnte aber noch eine lange Kette von Beispielen anhängen. Sie legen immer noch etwas drauf und sagen, Sie könnten alles besser, weil Sie nie sagen, woher die Finanzierung kommen soll.

Ich habe gerade drei Vorschläge genannt. Wenn ich sie zusammenzähle, komme ich schon auf 1,2 Milliarden € Mehrausgaben für 2014.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Stellen Sie sich einer ernsthaften Oppositionspolitik! Stehen Sie zu Wahrheit und Klarheit! Schlagen Sie sich nicht in die Büsche! – Das sind meine Bitten für diese Haushaltsdebatte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie das nicht tun, kann ich Ihnen nur sagen: Die Politik, die Sie in Ihren Anträgen und den Debatten im Landtag vorführen, führt nicht zu einer Schuldenbremse. Da verwechseln Sie gerade Bremse und Gaspedal. Das wäre das Schulden-gaspedal. Das wollen wir nicht.

Wir machen weiter mit einer soliden Politik für dieses Land, die die Herausforderungen in den Blick nimmt und darauf achtet, dass es in diesem Land nach vorne geht und dass die Menschen hier das bekommen, was sie brauchen: Sicherheit, klare Perspektive und den Realitätssinn, um den Herausforderungen zu begegnen. – Das ist Markenzeichen dieser Regierung. – Vielen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Für die CDU-Fraktion

erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kollegen Laumann, das Wort.

**Karl-Josef Laumann** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, ich habe in meiner Rede natürlich Schwachpunkte in Nordrhein-Westfalen aufgezeigt. Ich habe auch vieles nicht kritisiert.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Nehmen wir doch mal den ersten Punkt, wenn wir über eine Haushaltssanierung in Nordrhein-Westfalen reden. Sie ist bei dem hohen Anteil an Kosten für das Personal ohne Veränderungen im Beschäftigungsbereich unseres Landes nicht möglich. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie, wo!)

Sie haben in Ihrer Erwiderung gesagt, Sie hätten mit Ihrer Entscheidung über die Besoldungserhöhung deswegen diesen schmerzlichen Punkt gesetzt. Aber gerade Sie als Vorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen, also der Partei – darum beneide ich Sie auch ein bisschen –, die ohne Frage mit Sicherheit die meisten Betriebsräte hat, müssten doch wissen, dass man nachhaltige Veränderungen in einem so schwierigen Bereich nur mit den Leuten und nicht ohne die Leute machen kann, und das Klima erst recht durch eine Bastapolitik vergiftet, wie Sie sie gemacht haben.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Diesen Vorwurf machen wir Ihnen: Es gibt eben kein Gesamtkonzept wie in anderen Bundesländern. Sie werden kein Zitat von Karl-Josef Laumann, kein Zitat von Armin Laschet und kein Zitat aus der CDU-Fraktion finden, in dem wir sagen: Wir wollen eins zu eins übertragen.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wir prangern an, dass es kein Gesamtkonzept gibt, dass Sie dieses Gesamtkonzept verweigert haben.

(Beifall von der CDU – Marc Herter [SPD]: Hätten Sie das den Richtern und Staatsanwälten auch gesagt!)

Sie wissen, dass wir in Nordrhein-Westfalen beim Umbau der öffentlichen Hand in den Jahren der schwarz-gelben Regierung vorangekommen sind. Sie haben damals alles, was wir gemacht haben, auch schlecht gefunden, wenn ich an PEM und vieles andere denke. Aber die Wahrheit ist damals gewesen, dass wir über 7.000 Lehrer mehr eingestellt haben, als in Rente gegangen sind. Am Ende hatten wir aber nicht mehr öffentliches Personal als an dem Tage, als wir die Regierung übernommen hatten. So macht man Verwaltungsumbau und nicht wie bei Ihnen: Einfach Personal für die Umweltverwaltung draufsetzen, weil man es in der normalen Verwaltung nicht organisieren will.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Minister Ralf Jäger: Sie haben die Verwaltung kommunalisiert!)

Wenn Sie diesen Landeshaushalt so ausrichten wollen, dass mehr Geld für Investitionen vorhanden ist, führt an einem Konzept für Effizienzsteigerung und Modernisierung der Landesverwaltung kein Weg vorbei. Das weiß doch jeder, der hier sitzt und die Dinge realistisch sieht.

(Beifall von der CDU)

Dann möchte ich gerne einen weiteren Punkt ansprechen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schon wieder kein Vorschlag!)

weil er mir wichtig ist, nämlich den U3-Ausbau. Ich will nur noch einmal daran erinnern, dass Sie im Kabinett von Herrn Steinbrück waren. Das war vor 2005 kein Thema für euch.

(Ingrid Hack [SPD]: Für euch noch viel weniger!)

Es war überhaupt kein Thema. Wir haben wie viele andere auch in einem riesigen Tempo in den Jahren 2005 bis 2010 mit diesem Thema begonnen.

(Beifall von der CDU)

Ohne Frage ist das fortgesetzt worden. Wir wollen aber doch ehrlich sein:

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Es ist eine gemeinsame Leistung von Bund, Land und Kommunen, dass wir das erreicht haben. Denn auch der Bund hat in dieser Frage den Ländern und Kommunen erheblich geholfen, sodass wir diese gesellschaftspolitische Aufgabe in den Griff bekommen haben.

(Beifall von der CDU)

Darüber, dass diese Einrichtungen wichtig für das Land, für die Entwicklung der Kinder und damit für die Zukunft unserer Gesellschaft sind, besteht doch nicht der kleinste Dissens. Man kann sich höchstens die Frage stellen: Warum haben wir so spät mit diesem Ausbau angefangen?

(Ingrid Hack [SPD]: Das fragen wir uns auch!)

– Dass muss sich hier manch einer fragen, der damals schon Politik gemacht hat. Jedenfalls war das zwischen 2000 und 2005 bei der damaligen rot-grünen Landesregierung überhaupt kein politisches Thema. Das sollten Sie auch einmal zugeben.

(Beifall von der CDU)

Jetzt kommen wir zu einem wichtigen Punkt, wie ich finde, bei dem es um eine zentrale Frage der nordrhein-westfälischen Gesellschaft und um eine zentrale Frage der Bürgergesellschaft geht. In den letzten Jahren – das ist keine Entwicklung von fünf Jah-

ren gewesen – war die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen sehr stark so, dass die Aufgaben, die die Kommunen übernehmen müssen, proportional viel stärker gestiegen sind als ihre finanziellen Möglichkeiten.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Ganz neue Erkenntnis!)

Wir sind jetzt aber an einem Punkt, an dem es um die kommunale Selbstverwaltung geht. Denn wenn die Kommunen nur noch gesetzliche Aufgaben wahrnehmen können, stellt sich die Frage der kommunalen Selbstverwaltung.

(Zuruf)

Ich glaube immer noch, dass die kommunale Selbstverwaltung ein Ausdruck der Bürgergesellschaft ist.

(Beifall von der CDU)

Deswegen müssen wir gemeinsam die kommunale Selbstverwaltung und die Handlungsspielräume der Kommunen erhöhen.

(Zuruf von der SPD: Habt ihr aber nicht!)

Es hätte Ihnen überhaupt keinen Zacken aus der Krone gebrochen zuzugeben: Die gewaltigste Leistung, die für die Kommunen in den letzten fünf Jahren erbracht worden ist, war die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund, die Rot-Grün vorher den Gemeinden aufgedrückt hatte.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Denn die Wahrheit ist: Bei Einführung der Grundsicherung in diesem Land hat Rot-Grün regiert. Rot-Grün hat sie zu einer kommunalen Aufgabe gemacht und im Bundestag beschlossen. Erst wir haben sie zu einer Bundesaufgabe gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Dass das natürlich im Bundesrat verhandelt worden ist, ist wohl das Normalste der Welt.

(Zuruf von Marc Herter [SPD] – Hans-Willi Körfges [SPD]: Pinocchio! – Weitere Zurufe)

Jeder weiß: Im Bundesrat, der ist, wie er ist, hat man auch die Dinge zu verhandeln. Dafür gibt es diese Institution.

(Zurufe)

– Wissen Sie, wenn Rot-Grün die Grundsicherung einführt, sie zu einer kommunalen Aufgabe macht und sie unter Schwarz-Gelb zu einer vom Bund finanzierten Bundesaufgabe wird, weiß ich, wer kommunalfreundlich und wer kommunalfeindlich ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD)

Sie können es im Wahlprogramm der CDU nachlesen und es ist klar: Natürlich sind wir der Meinung, dass bei der Eingliederungshilfe in dieser Wahlperiode etwas ansteht.

(Zuruf von der SPD: Nur wann?)

Wenn der Bund in die Finanzierung einsteigt oder sich dann noch stärker beteiligt, wird das in Nordrhein-Westfalen die Kommunen direkt entlasten, weil – wie wir alle wissen – die Eingliederungshilfe eine kommunale Aufgabe ist. In anderen Bundesländern ist das eine Landesaufgabe. Bei uns ist das immer eine kommunale Aufgabe über die Landschaftsverbände gewesen, die das meiner Meinung nach auch ganz gut machen.

Es ist klar, dass das eines der Themen ist, die man aus nordrhein-westfälischer Sicht ohne Frage in den nächsten Wochen sehr im Kopf haben muss. Aber der CDU-Landesverband hat schon beim Regierungsprogramm daran gedacht, das ausdrücklich ins Wahlprogramm hineinzuschreiben, weil wir wissen, wie wichtig das für dieses Land ist.

Wenn sich unser Land wirtschaftlich langsamer als der Rest der Republik entwickelt, darf man das noch sagen. Wenn unser Land unter den Flächenländern das einzige ist, in dem die Zahl der Hartz-IV-Empfänger nicht abnimmt, ist das ein Thema, um das wir uns kümmern müssen.

(Beifall von der CDU)

Man kümmert sich dann um dieses Thema, wenn man eine entschiedene Wirtschaftspolitik macht. Sie wissen es und es bekommt jeder mit, dass es zwischen Ihrem Wirtschaftsminister und Herrn Remmel sehr viel Stillstand gibt, was die Projekte aufhält. Schlagen Sie doch den Knoten durch, was Datteln angeht. Die Entscheidung, in der Emscher-Lippe-Region, in der wir die größten wirtschaftlichen Probleme des gesamten Ruhrgebiets haben, den Hoffnungsschimmer newPark wegzunehmen, ist eine gigantische politische Fehlentscheidung.

(Beifall von der CDU)

Ich verstehe einfach nicht, warum Sie diese Entscheidung so getroffen haben.

Wir alle wissen doch, wie es war: Das Industriegebiet für Opel in Bochum musste in der Regierung laufen. Aber die Grünen haben gesagt: Den Flächenverbrauch bei newPark machen wir nicht mehr mit. – So ist es doch gelaufen. Und dann wurde so lange herumgerechnet, bis man es anders begründen konnte. Selbst die SPD-Leute in der Emscher-Lippe-Region stehen verzweifelt vor dem, was landespolitisch entschieden worden ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dazu muss man dann auch stehen, statt es so hinzustellen, als sei alles Gold, was glänzt.

Zum Schluss noch etwas zur Inklusion: Worin besteht in der Inklusion eigentlich der Unterschied zwischen dem, wie wir in unserer Fraktion und wie Grün und Rot darüber denken – insbesondere Grün? Wir alle in diesem Parlament sind, glaube ich, der Meinung, dass Inklusion richtig ist. Aber wir haben auch wegen der Finanzierbarkeit unterschiedliche Auffassungen zum Tempo der Umsetzung. Wir sollten das Tempo nicht höher setzen, als wir Geld zur Verfügung stellen können,

(Beifall von der CDU)

damit das verantwortungsbewusst läuft.

Ich habe mir in den letzten Wochen oft die Frage gestellt: Wir sind jetzt in dem seit Menschengedenken größten Umbruch in der Schullandschaft, weil unser bisheriges Halbtagschulsystem in einem riesigen Tempo zu einem Ganztagschulsystem wird.

In der Frage der frühkindlichen Betreuung hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als in den 50 Jahren davor verändert.

Bei diesem Tempo, in dem uns das System Schule beansprucht, auch noch in einem riesigen Tempo die Inklusion zu stemmen, wirft bei uns die Frage auf: Würde nicht ein langsames und bedächtigeres Vorgehen, ein längeres Überlegen, ob es nicht auch gute Gründe für die Fördersysteme gibt, die wir bislang hatten – zumindest für einen Teil der Kinder, die betroffen sind –, die Lage sehr entspannen? Das würde mir sehr gefallen.

Wer mit Lehrerinnen, Lehrern und Eltern spricht – so mein Eindruck –, dem vermittelt sich der Eindruck: Wir müssen aufpassen, dass wir mit dem Tempo der Inklusion und durch eine mangelnde Qualität der Inklusion nicht die gute Stimmung für Inklusion zerstören, die es im Grunde genommen in der Gesellschaft gibt.

(Beifall von der CDU)

Das darf man, denke ich, auch einmal sagen. Ich würde Sie im Übrigen in dieser Frage nie kritisieren, würden wir uns in dieser Frage einmal etwas vorsichtiger bewegen.

Ich darf für mich in Anspruch nehmen, dass ich mich immer sehr um die Belange der Behindertenpolitik gekümmert habe, aber die letzte Weisheit noch nicht gefunden habe, ob nur Inklusion das allein selig machende Mittel ist. Ich glaube, dass es auch gute Gründe für Förderschulen gibt und ein gutes Nebeneinander von Förderschulen und Inklusion mehr dem entspricht, was ich mir unter Inklusion vorstelle.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das hat doch keiner in Zweifel gezogen!)

Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Fraktion erlaube ich noch einmal Herrn Kollegen Römer das Wort.

**Norbert Römer (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Laumann, Sie haben gerade noch einmal einen sehr grandiosen Auftritt hingelegt.

(Beifall und Zustimmung von der CDU)

– Klar! Herr Laschet, erzählen Sie Herrn Laumann einmal, dass Sie in der Frage der Steuererhöhungen schon sehr viel weiter sind als er heute Morgen.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Laumann, ich möchte einige Punkte, die Sie aufgegriffen haben, ein bisschen beleuchten:

Ich nehme einmal den grandiosen Personalabbau während Ihrer Verantwortungszeit. Von 2005 bis 2010 hat die Regierung Rüttgers 14.305 Stellen gestrichen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Seien Sie doch froh darüber!)

Aufgebaut hat die Regierung Rüttgers im selben Zeitraum 11.889 Stellen. Das heißt also: Im Saldo haben Sie 2.416 Stellen im Landesdienst abgebaut. Das haben Sie vor allen Dingen durch Frühverrentung

(Minister Ralf Jäger: Und Kommunalisierung!)

und durch Frühpensionierung gemacht. Und Sie haben den Kommunen einige Aufgaben zugeschoben. So viel zu der tollen Bilanz, von der Sie gerade gesprochen haben!

Herr Kollege Laumann, Sie haben sich zu der Frage verbreitet, wie diese Landesregierung eigentlich mit der Mitbestimmung umgeht.

Da will ich den CDA-Bundesvorsitzenden und ehemaligen Landesminister Laumann daran erinnern, dass in seiner Verantwortungszeit das Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen in einer Weise geschliffen worden ist, dass man nicht mehr von Mitbestimmung sprechen konnte.

(Beifall von der SPD – Karl-Josef Laumann [CDU]: Nein!)

Herr Kollege Laumann, wir haben das sofort nach Regierungsübernahme repariert. Wir haben dafür gesorgt, dass das Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen wieder das modernste Mitbestimmungsgesetz im öffentlichen Dienst in ganz Deutschland ist – eine gemeinsame Leistung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. So viel zu Ihrem Umgang mit denjenigen, die auf der Personalseite Verantwortung haben, und unserem Um-

gang mit denjenigen, die auf der Personalseite Verantwortung haben!

Drittes Stichwort: Zerschlagung der Versorgungsverwaltung und Zerschlagung der Umweltverwaltung. Ich will Sie einmal daran erinnern, dass damals ein Parlamentarischer Staatssekretär Ihrer Regierung zum Umgang mit denjenigen, die in den Personalräten Verantwortung gehabt haben und die Sie gar nicht erst angehört haben, als Erklärung gesagt hat – ich zitiere Herrn Palmen –: Wer einen Tümpel trockenlegen will, der darf die Frösche nicht fragen. – Und Sie blasen sich jetzt hier als jemand auf, der Mitbestimmung hochhalten will? Herr Kollege Laumann, Sie sollten sich schämen! Eine solche Geschichte lohnt überhaupt nicht.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Nun will ich Ihnen etwas zu der Frage sagen, die auch weiterverfolgt worden ist, wie es Ihnen denn gelungen ist, die Zerschlagung der Versorgungsverwaltung und der staatlichen Umweltverwaltung zugunsten des Landeshaushalts – wir leiden aber heute unter den Folgekosten – vorzunehmen. Sie haben das Ganze den Kommunen einfach als kommunale Aufgabe zugeschoben, ohne ihnen die damit verbundenen Kosten zu erstatten. Sie haben, wenn man so will, aus Personalkosten Sachkosten gemacht. Wir müssen jetzt – das tun wir auch – diese Kostenerstattung an die Kommunen vornehmen. Herr Kollege Laumann, das war Ihre Operation. Gerichtlich ist Ihnen noch bescheinigt worden, dass Sie diese Operation in einer Weise gemacht haben, die den Kommunen geschadet hat. Wir reparieren das. Lassen Sie es sein, zu behaupten, Sie seien eine kommunalfreundliche Regierung gewesen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Römer, entschuldigen Sie bitte. Der von Ihnen angesprochene Kollege Laumann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Norbert Römer (SPD):** Ich würde jetzt gerne zu Ende reden.

(Lachen von der CDU)

Der Kollege Laumann kann sich selbstverständlich immer noch einmal zu Wort melden. Ich nehme an, er hat noch Redezeit zur Verfügung.

(Klaus Kaiser [CDU]: Ja, so ist er, der Herr Römer!)

Herr Kollege Laumann, dann will ich Ihnen einmal etwas zur Beamtenbesoldung sagen, weil Sie sich heute in die Furche schlagen wollen. Sie haben gerade noch einmal darauf hingewiesen, dass Sie nicht dafür eingetreten seien, eine 1:1-Übernahme

des Tarifergebnisses für die Angestellten auf die Beamtinnen und Beamten vorzunehmen. In Ihrer Pressemitteilung vom 15. Mai 2013 haben Sie aber genau das gefordert, Herr Kollege Laumann. Sie kennen wohl Ihre eigenen Pressemitteilungen nicht. Es kann ja sein, dass ein anderer sie schreibt. Gucken Sie da noch einmal nach. Damals haben Sie in diesem Zusammenhang auch gesagt, die 1:1-Übernahme könne ja deshalb erfolgen, weil genügend Geld im Landeshaushalt dafür vorhanden sei. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen. Heute merken Sie offensichtlich, dass das eine Falschaussage war und überhaupt nicht stimmt, und trennen Sie sich jetzt davon, Herr Kollege Laumann. Auch das ist kein redlicher Umgang vor allen Dingen mit den Beamtinnen und Beamten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann will ich einen letzten Punkt aufgreifen. Sie wollten Ihre Kommunalfreundlichkeit am Beispiel der Entscheidungen über den Bundesrat deutlich machen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass in der Frage der Grundsicherung im Bundesrat so entschieden wurde, weil die Länder verlangt haben: Wir stimmen einer neuen Hartz-IV-Regelung nur unter der Bedingung zu, dass der Bund zukünftig die Kosten für die Grundsicherung trägt. Nur unter dieser Bedingung!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, Sie können uns nicht erzählen, das sei eine freiwillige Entscheidung dieser Bundesregierung gewesen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ihr habt das gefordert, was wir euch sowieso gegeben hätten!)

Jetzt nenne ich Ihnen den nächsten Punkt. Er betrifft die Übernahme der Kosten für die Integrationshilfe. Das war wiederum eine Bundesratsentscheidung. Im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt haben die Länder, vorneweg die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geführten Länder, gesagt: Wir stimmen dem Fiskalpakt nur zu, wenn der Bund die Kosten für die Integrationshilfe übernimmt. – Das ist Ihnen also ebenfalls abgepresst worden. Es war keine freiwillige Leistung des Bundes.

Herr Kollege Laumann, lassen Sie es doch sein, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Das kriegen Sie beim besten Willen nicht gebackten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich füge unter dem Strich dazu: Ja, es war gut für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und für die Menschen in Deutschland, dass hier in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 die Regierungsverantwortung auf SPD und Bündnis 90/Die Grünen übertragen worden ist. Damit ist vieles in Bewegung gekommen – auch über den Bundesrat.

Nun will ich Ihnen ein letztes Beispiel nennen, Herr Kollege Laumann, auf das diese rot-grüne Koalition auch ein bisschen stolz sein darf. Wir haben gegen Ihren erbitterten Widerstand – auch gegen den Widerstand der FDP; die zählt aber nicht mehr so viel – dafür gesorgt, dass die Studierenden in Nordrhein-Westfalen keine Gebühren mehr bezahlen müssen. Schauen Sie sich heute einmal in Deutschland um! Es gibt kein einziges Bundesland mehr mit Studiengebühren. Rot-Grün hat also dafür gesorgt, dass es hier in Nordrhein-Westfalen eine vernünftige Situation gegeben hat, die dann auf alle anderen übergeschwappt ist. Selbst Bayern ist uns gefolgt, Herr Kollege Laumann. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende, Herr Kollege Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, Sie haben heute zu Beginn Ihrer Rede hier eine ganze Reihe von Daten und Fakten genannt, die nicht unter den Tisch fallen dürften. In der Tat ist Ihnen zuzustimmen, wenn Sie beispielsweise die sehr positive Arbeitsmarktentwicklung hier in Nordrhein-Westfalen herausstellen und die zahlreichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nennen, die in Nordrhein-Westfalen neu geschaffen worden sind.

Frau Kraft, das, was die Ministerpräsidentin hier heute gesagt hat, steht aber in einem auffälligen Kontrast zu der Rhetorik der SPD-Wahlkämpferin Hannelore Kraft der letzten Wochen. Da sind Sie nämlich gerade in Sachen Arbeitsmarktpolitik durch die ganze Republik und auch durch das Land Nordrhein-Westfalen gezogen, Frau Kraft, und haben nicht von dem in der Tat beachtlichen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gesprochen, sondern sich darauf konzentriert, ausschließlich den Zuwachs an angeblich nur prekärer Beschäftigung hervorzuheben.

(Beifall von der FDP)

Frau Kraft, wenn Sie sagen, die Opposition rede das Land schlecht, fällt dieser Vorwurf also auf Sie selbst zurück.

(Beifall von der FDP – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist im Gespräch mit Mitgliedern und Mitarbeitern der Landesregierung.)

Im Übrigen, Frau Kraft, dass Sie krampfhaft versuchen, mich zu ignorieren,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Och!)

ist auch nicht ganz so souverän.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist einfach zu auffällig. Deshalb erlaube ich mir auch, das anzusprechen.

Der zweite Punkt, den ich aufgreifen will, betrifft die Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen, Herr Römer. Auch Frau Kraft hat gesagt, die Opposition habe keinerlei Vorschläge gemacht.

Als Erstes wollen wir festhalten, dass die Regierung Kraft nach 2010 den eingeschlagenen Konsolidierungspfad der Vorgängerregierung verlassen hat. Hätte man die Vorstellungen von CDU und FDP bis heute weiterverfolgt, hätte das Land Nordrhein-Westfalen nach den damaligen Plänen im Jahre 2014 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt erreichen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn man die zusätzlichen Einnahmeentwicklungen betrachtet, beruft sich der Finanzminister auf die alten Zahlen, was das Land angeht, und auf die neuen Zahlen, was den Bund angeht. Legt man jedoch bei der damaligen schwarz-gelben mittelfristigen Finanzplanung die aktualisierten Einnahmezahlen zugrunde, könnte das Land viel weiter sein.

Insbesondere betreffend das Personal hatten wir seinerzeit eine pauschale Stellenabsetzung, und zwar mit dem Instrument „Personaleinsatzmanagement“. Der Saldo allein ist nicht interessant, weil beispielsweise 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden sind.

Beides haben Sie abgesetzt. Auch im aktuellen Haushaltsentwurf 2014 werden wiederum kw-Vermerke gestrichen. Jeder Praktiker weiß – Sie auch, Herr Finanzminister –: Zieht man einmal künftig-wegfallend-Vermerke aus dem Haushalt heraus, ist es umso schwerer, sie wieder hineinzubringen, weil die Stellen sofort neu besetzt werden, sodass notwendige Strukturveränderungen nicht erreicht werden.

Mit Blick auf die Tarifierung hatte ich eben ausgeführt: Wir haben schon in der damaligen Debatte nicht von Eins-zu-eins-Übertragung, aber von einer Verabredung mit den Beschäftigten gesprochen. Das wäre auch möglich gewesen. Ich sage für uns ganz offen: Mir ist ein schlankerer öffentlicher Bereich, eine schlankere Landesverwaltung, ein schlankerer Personalhaushalt, bei dem aber die Beschäftigten angemessen bezahlt werden, lieber als keinerlei Personalabbau mit frustrierten Landesbeamtinnen und -beamten,

(Beifall von der FDP und der CDU)

weil sie sich zurückgesetzt fühlen. – Das wollen wir nicht.

Ein letzter Punkt: Es darf auch nicht vernachlässigt werden – das kann ich ganz kurz machen –, dass wir bei der Einnahmeentwicklung als Instrument nicht nur darauf zurückgreifen können, Steuern und Abgaben zu erhöhen, sondern wir haben auch wirt-

schaftliche Dynamik in Nordrhein-Westfalen zu entfachen. Die Landesregierung – insbesondere die Grünen – unternimmt alles, um neue Beschäftigungswirkung zu unterbinden. Ich hatte eben schon über newPark gesprochen. Das Klimaschutzgesetz, das, wie wir wissen, ökologisch unwirksam ist, ist nichts anderes als ein Fesselungsgesetz für Mittelstand und Industrie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie unternehmen alles, um positive Beschäftigungsdynamik zu reduzieren.

Herr Mostofizadeh, das, was ich gerade zum Klimaschutzgesetz gesagt habe, war nicht allein Haltung der FDP, sondern ist auch unverändert eine Position der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie. Sie einfach aus einem polemischen Impuls heraus vom Tisch zu wischen, würde der Sache nicht gerecht werden. Denn für die Ökologie, den Klimaschutz, wird nichts erreicht, weil jede Tonne zusätzlich eingespartes CO<sub>2</sub> in Nordrhein-Westfalen anderswo ausgestoßen wird. Notwendige Entwicklungen und zusätzliche Flächen stehen nicht zur Verfügung, um in Nordrhein-Westfalen Arbeitsplätze und innovative Industrien anzusiedeln.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Also: Wenn Sie den Haushalt sanieren wollen, werden Sie nicht um eine wachstumsbetonte Wirtschaftspolitik umhinkommen. Wir als Liberale vertreten bis heute unverändert die Auffassung, dass nur das verteilt werden kann, was vorher erwirtschaftet wird. Das ist keine exklusive Erkenntnis der FDP, sondern schon Adam Riese würde uns empfehlen, so Politik zu machen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Herr Lindner eben um Aufmerksamkeit gebettelt hat, hat schon fast an Stalking gegrenzt. Sonst wäre ich auf Ihre Rede gar nicht eingegangen; aber das konnte ich mir nicht verkneifen.

Ich habe bei „Entfesselung“ nur deswegen so gelacht, Herr Kollege Lindner, weil in einem Ihrer Haushaltsanträge zu lesen war: Nur weil Kollege Lindner Mitglied des Landtags ist, wird die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens 5 Millionen € Steuereinnahmen mehr erbringen. – So viel zu Ihrer Kompetenz.

(Lachen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Ich möchte auf das, was die Ministerpräsidentin vorgetragen hat, eingehen. Denn aus meiner Sicht hat sie absolut den Kern getroffen.

Sie haben 1,2 Milliarden € Mehrausgaben aufgelistet, und ich könnte noch reihenweise Positionen hinzufügen: 730 Millionen € beim Personal, 150 Millionen € bei den Förderprogrammen, die Sie auch nicht gekürzt haben wollen, 300 Millionen € im Bereich Steuerpolitik des Bundes, die hinzukommen würden, 450 Millionen € durch Erhöhung der Grunderwerbsteuer, die wir eingeführt haben und wobei Sie nicht mitmachen wollen. Wenn wir dann noch Frau Merkel ernst nehmen – das wird man bei den Koalitionsverhandlungen, wenn es denn welche gibt, sehen –, würden die Wahlversprechen Nordrhein-Westfalen 2,8 Milliarden € kosten.

Ich komme zum Thema „Kommunalpolitik“, zu dem Kollege Laumann sehr ausführlich vorgetragen hat. Die Stadt Düsseldorf, die er als Beispiel genommen hat, wird durch das Einheitslastenabrechnungsgesetz allein in diesem Jahr um 79 Millionen € und bei den Kosten der Grundsicherung wohl um 40 Millionen € entlastet.

(Minister Ralf Jäger: 60 Millionen €!)

– 60 Millionen €. Danke schön, Herr Innenminister. – Bei der Solidaritätsumlage hat sie Kosten von ca. 30 Millionen €.

Wenn wir uns ansehen, was im Bereich der Kommunalfinanzierung passiert ist – ich will die Zahlen nicht wiederholen; sie sind eben vorgetragen worden –, dann geht es um einen ganz wichtigen Faktor: Von 144 Nothaushaltskommunen sind wir jetzt auf 29 heruntergekommen.

Weil der Kollege Laumann so viel von Solidarität spricht, möchte ich ein konkretes Beispiel anführen – vorhin wurde schon die Stadt Essen genannt –: In der Stadt Essen, die ja so „unheimlich reich“ ist und keine Finanzprobleme haben soll, schiebt sich eine Gruppierung, die von CDU und FDP angeführt wird, an – in der CDU ist es Thomas Kufen, dort Fraktionsvorsitzender und Landtagskollege, in der FDP ist es Ralf Witzel, Landtagsabgeordneter und Parteivorsitzender in Essen –, dafür zu sorgen, dass die Messe Essen für 123 Millionen € ausgebaut wird. Wenn ich CDU und FDP heute allerdings richtig verstanden habe,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

dann rufen der Kollege Witzel und der Kollege Kuper offensichtlich dazu auf, das Bürgerbegehren, das unter anderem die Grünen in Essen initiiert

haben, um den Messeausbau in der Größenordnung zu verhindern, zu unterstützen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das Geld des Stärkungspakts ist doch da!)

– Herr Kollege Witzel, ich würde mich freuen, wenn wir beide heute Abend zusammen Unterschriften sammeln würden, um das hinzubekommen. In der Frage der Solidarität sind Sie nämlich doppelzünftig wie sonst etwas.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Was der Kollege Laumann zur Arbeitslosigkeit und zu den Langzeitarbeitslosen gesagt hat, möchte ich auch nicht unwidersprochen lassen. Sie beklagen die strukturelle Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein Punkt, an dem wir tatsächlich arbeiten müssen; das würde niemand bestreiten. Wenn aber gleichzeitig die Bundesregierung die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen um 41 % kürzt, von 6,6 Milliarden € in 2010 auf 3,9 Milliarden € in 2013, dann können Sie sehen, welche Verantwortung die CDU-geführte Bundesregierung für diesen Zustand hat. – Herr Laumann, da sollten Sie nacharbeiten.

Das Wichtigste hat die Ministerpräsidentin schon angesprochen: Sie haben die Haushaltszahlen genannt und was alles zu finanzieren ist, aber nicht einen einzigen Vorschlag unterbreitet – ich habe es mir extra herausgesucht –, wie man all das finanzieren soll. Wenn ich einen Strich darunter ziehe, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass die CDU, legt man den jetzigen Haushalt zugrunde, ein Finanzierungsproblem in einer Größenordnung von mindestens 2 Milliarden € hat. Die Neuverschuldung würde von 2,4 auf 4,4 Milliarden € ansteigen, setzte sich die CDU-Politik durch.

Jetzt komme ich – die kommunalpolitischen Sprecher werden gleich auch noch die Gelegenheit dazu haben – zum Thema „Solidaritätsumlage“, denn in der Debatte vorhin ist doch einiges massiv durchgegangenen.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist in seiner Struktur und Herleitung seit Jahrzehnten, wenn man sich zwar nicht die Stellschrauben, aber die Logik dahinter ansieht, nahezu unverändert. Wenn dann der Fraktionsvorsitzende der CDU sagt: „Das GFG versteht niemand mehr, es kann keiner herleiten“, frage ich mich: Wo war Herr Laumann zwischen 2005 und 2010? Warum haben Sie es denn nicht geändert?

Ich kann Ihnen die Antwort geben: Weil diejenigen, die sich damit auskennen, in einer Kommission zusammengesessen und intensiv darüber beraten haben. Sie sind zu dem Ergebnis gelangt: Die Struktur ist vernünftig. Man kann sich über einzelne Stellschrauben unterhalten, aber das GFG ist alles andere als intransparent. Es ist ein vernünftiges Instrument, um zumindest ansatzweise die unter-

schiedlichen Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen, und das sehr erfolgreich, auszugleichen. – Das ist nicht Sozialismus, sondern das ist seit Jahrzehnten gelebte Solidarität in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Die Systematik der Solidaritätsumlage – der Bürgermeister von Monheim hat es vorgetragen – funktioniert nach dem gleichen Modell. Natürlich wird ein fiktiver Bedarf angenommen, der sich aus sehr konkreten Regressionsmodellen ableitet. Es wird auch eine fiktive Einnahme angenommen. Denn eine Stadt wie Monheim mit 300 Punkten Gewerbesteuer ist eine Steueroase, wenn man gleichzeitig sieht, dass Kommunen in der Emscher-Lippe-Region, wie es Herr Laumann eben beklagt hat, 600 und mehr Punkte – bei der Grundsteuer bis zu 800 Punkte – ansetzen müssen. Natürlich ist es dann Aufgabe des Landes, ein Mittel dazwischenzuziehen, weil sonst die einen auf Kosten der anderen Steuerpolitik betreiben. Das wollen Grüne und Rote in diesem Land ausdrücklich nicht.

Ein Letztes, damit Sie es verstehen und zur Kenntnis nehmen: Die Solidarumlage bezieht erstmalig auch die stärkeren, also die sogenannten abundanten Kommunen, ein, und zwar nur die nachhaltig abundanten Kommunen. Wenn wir das nicht machen würden, wäre es ungefähr so, als wenn wir die Länder Bayern, Hessen, zeitweise Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Baden-Württemberg nicht in den Länderfinanzausgleich einbeziehen würden. Das tun wir nicht, sondern wir beziehen sie erstmalig ein und sagen: Wenn eine so große Aufgabe wie die Reparatur der notleidenden Kommunen, was unter anderem Schwarz-Gelb hinterlassen hat, mit einem Finanzvolumen von mehr als 6 Milliarden € in zehn Jahren ansteht, dann ist es nur recht und billig, wenn einige Kommunen das mitfinanzieren müssen. – Das zum einen.

Zum anderen will ich darauf hinweisen: Die Solidaritätsumlagekommunen, die davon profitieren, müssen derzeit durch eine Befrachtung des GFG 115 Millionen € mittragen. Wenn wir aus Landesmitteln Gelder umschichten würden, dann erkläre ich für die grüne Fraktion, dass wir zunächst bei denen anfangen, die es besonders nötig haben, und nicht bei jenen, deren Gewerbesteuereinnahmen sich gegenüber dem letzten Haushaltsjahr verzehnfacht haben. Dann würden wir zunächst die entlasten, die in den Stärkungspakt selbst fallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion hat überhaupt kein Bild gezeichnet, wie es haushaltspolitisch weitergehen soll. Sie hat rumgemäkelt, aber keine Vorschläge gemacht. Deswegen freue ich mich auf die Beratungen in den Ausschüssen; denn da muss noch eine ganze Menge kommen, um das zu hinterlegen, was Herr Laumann vorgetragen hat, um von den Milliarden herunterzukommen, die er vorgerechnet hat. Es geht um



Haushaltsvorschläge in der Größenordnung von 2 Milliarden €. Wenn das nicht kommt, was ich leider befürchte, werden wir unsere Anträge zur zweiten Lesung vorschlagen.

Herr Finanzminister, wir können Ihnen und der gesamten Landesregierung bescheinigen: Der Haushalt hat sehr wohl Visionen. Er setzt das in Politik um, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben. Die Schwerpunkte sind Bildung, Kommunen, eine ökologische Entwicklung des Landes, soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit mit der klaren Perspektive des Haushaltsausgleichs im Jahre 2020. Dafür werden wir uns in den Haushaltsberatungen einsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Schulz das Wort.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Raum und zu Hause am Stream! Die Frau Ministerpräsidentin ist gerade nicht anwesend, aber sie hat ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nähert sich ihrem Platz.)

– Ach doch! Entschuldigung!

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Vielleicht nachher! Ich bitte vielmals um Entschuldigung, Sie übersehen zu haben.

(Zuruf)

– Nein, nein, soweit wollen wir nicht gehen.

Frau Ministerpräsidentin, Sie hatten eben am Anfang Ihrer Rede ausgeführt, dass Sie viel Negatives gehört hätten und es nur wenige Stellen gegeben habe, an denen zu hören gewesen sei, wo denn gekürzt werden müsse oder könne. Der Kollege Römer von der SPD hat die CDU gleichermaßen insofern getadelt ...

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Da war eigentlich keine Zeit.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Bitte?

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Keine Intervention in Ihre Rede, Herr Kollege. Es gab eine Rückfrage vonseiten der Landesregierung. Die habe ich beantwortet. Fühlen Sie sich bitte nicht gestört. Wenn Sie das so empfunden haben, täte es mir leid.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Okay, alles klar. Ich war etwas irritiert. Kein Problem, ich habe ja 20 Minuten Zeit. – Gleichzeitig hatte Kollege Römer die Opposition, die CDU, insofern getadelt, als er feststellte, dass kein Gegenentwurf zu dem uns vorgelegten Haushalt erstellt worden sei.

Ich bin der Auffassung, dass sich verantwortungsvolle Regierungspolitik in erster Linie dadurch auszeichnet, dass ein sauberer Entwurf vorgelegt wird, der natürlich in den Beratungen diskutiert werden muss, in denen dann die Opposition ihre Vorstellungen mit einbringt.

(Beifall von den PIRATEN)

Fakt ist jedenfalls, dass das Land Nordrhein-Westfalen in 2014 neue Schulden macht. Geplant sind 2,4 Milliarden €.

Gespart wird auch. Zum ersten Mal seit Amtsantritt plant der Finanzminister einen nennenswerten Stellenabbau, auf den ich noch zurückkommen werde.

Der Haushalt bietet aus Sicht der Landesregierung – so hört man – die besten Argumente dafür, dass bei den Beamten gespart werden muss. Oppositionspolitiker sind sich einig, dass dem nicht so sein muss. Allerdings ist der Personalanteil am Haushalt mit über 40 % mal wieder so groß, dass ohne Einsparungen an dieser Stelle wahrscheinlich niemals ein ausgeglichener Etat erreicht werden kann. Der Herr Finanzminister wird auch nicht müde, das zu wiederholen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie machen die CDU noch mit!)

– Ich mache nicht die CDU mit, ich mache die Opposition mit, lieber Kollege Körfges. Das werden Sie aber noch merken, wenn wir nämlich zu den Punkten kommen, die für uns von der Piraten-Partei ganz wesentlich sind.

Von einem ausgeglichenen Haushalt kann also wie auch immer trotz Personalabbau in NRW nicht die Rede sein. Das ist auch nicht absehbar.

Anders als zunächst geplant – da beziehe ich mich zum Beispiel auf einen Aspekt, warum mir der Haushalt, ehrlich gesagt, ein bisschen spanisch erscheint –, kommen nicht einmal die 900 Millionen € für die WestLB-Altlastenbeseitigung dazu. Abschreibungen für faule Wertpapiere werden laut Finanzminister erst in späteren Jahren fällig. Nur deshalb kann überhaupt von einem Schuldenabbau in der mittelfristigen Finanzplanung ausgegangen werden, wobei man ganz klar erkennen muss: Schuldenabbau ist das auch nicht; es ist eine Reduzierung der Neuverschuldung. Denn während die 900 Millionen € in der Finanzplanung, über die wir beim letzten Haushalt mitdebattiert haben, noch enthalten waren, sind sie jetzt draußen.

Der Landeshaushalt 2013 wies eine Neuverschuldung von 3,3 Milliarden € aus. Jetzt liegen wir um genau diese 900 Millionen € darunter.

Allerdings nimmt das Land auch deutlich mehr Geld ein. Das wurde hier schon mehrfach festgestellt. Es gibt Steuereinnahmen in Höhe von 47 Milliarden €, wie es auch in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen ist. Das sind 2,2 Milliarden € mehr als in 2013. Letztendlich ist das immer noch zu wenig, um die Lasten, die auf dem Land Nordrhein-Westfalen ruhen, auszugleichen.

Der Haushalt umfasst Ausgaben in Rekordhöhe von 62,3 Milliarden €. Das wird sich laut Planung auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich verändern, aber jedenfalls nach oben. Gleichwohl wissen wir noch gar nicht, wie sich die Einnahmenseite und vor allen Dingen auch die Zinslast entwickeln. Derzeit sind die Zinsen niedrig, möglicherweise – das ist auch so prognostiziert – steigen sie aber. Auch da – das habe ich schon in anderen Reden betont – sehen wir ein wenig in die Glaskugel und hoffen, dass nichts passiert. Das ist einfach so.

Manche Dinge kann man gar nicht berücksichtigen. Das haben wir in den letzten Jahren – insbesondere seit 2008 – bemerkt. Sie haben dazu geführt, dass weltweit finanzielle Schieflagen von Staaten und Banken zu verspüren sind. Wir sehen in Griechenland eine enorme Verschuldung des Staates, die mittlerweile auf die kleinsten Teile der Bevölkerung durchschlägt. Wir sehen, dass Rettungsschirme gespannt werden, von denen 87 % in Kapital und Vermögen fließen und weniger denen zugutekommen, für die sie eigentlich gedacht sind. Das alles geschieht unter dem Gesichtspunkt, dass wir, was den Euro angeht, einigermaßen ruhig leben können. Soweit, so gut.

Mehr Geld muss das Land natürlich auch ausgeben, unter anderem für Studienplätze. Doppelte Abiturjahrgänge sind zu bewältigen. Wir haben bereits jetzt höhere Zuwendungen an die Kommunen im Gemeindefinanzierungsgesetz verbucht. Die rot-grünen Politikprojekte – U3-Ausbau, Stärkungspakt Stadtfinanzen und Kinderbildungsgesetz – machen ein Übriges aus.

1,3 Milliarden € an Investitionen sind durchaus auch in die Zukunft gedacht. Das sehen wir als Piraten-Fraktion durchaus. Allerdings müssen wir jede Zukunftsinvestition auch unter dem Blickwinkel sehen, dass damit eine Verschuldung verbunden ist, so dass im Prinzip – ungeachtet der Tatsache, dass in diese investiert wird – das Problem der Schulden auf spätere Generationen verlagert wird. Die Schulden machen wir jetzt, und irgendwann sollen sie die anderen – nämlich die, in die investiert wird – zurückzahlen. Das kann man tun. Wir halten es nicht für besonders sinnvoll – vor allen Dingen nicht unter Berücksichtigung sozialstaatlicher Aspekte.

Es wurde gesagt, die Opposition mache keine Vorschläge zu Einsparungen. Sie selbst, Herr Finanzminister, haben im Haushaltsentwurf auch Einsparungen auf alle Ressorts verteilt vorgesehen. Wir sprechen da von globalen Minderausgaben, von denen noch nicht so ganz klar ist, welche Ressorts in welcher Höhe zur Ader gelassen werden sollen. Gespart wird – zumindest aus meiner Sicht – nach einer Art Opportunitätsprinzip in der Weise, dass die Einsparungen dem Zweck dienen, mittelfristig, was die mittelfristige Finanzplanung des Haushalts angeht, schöngefärbt reden zu können.

Unklar ist zudem, wie viel Geld strukturell – das ist das eigentliche Kernproblem –, also dauerhaft, aus dem Etat gestrichen werden kann. Strukturelle Einsparungen sehen wir jedenfalls im aktuell vorliegenden Haushaltsplan für 2014, wenn überhaupt, nur marginal.

Genau das ist das Problem, weshalb die Landesregierung schon im Wahlkampf letztes Jahr verkündet hat: Wir setzen ein Effizienzteam ein, welches durch exorbitant gute Expertise dafür sorgen und uns die Beratung an die Hand geben wird, wie wir strukturell sparen können. Bisher sind davon, und zwar im letzten Haushalt, 150 Millionen € geschafft. Bis 2017 soll 1 Milliarde € zusammenkommen.

Ich frage mich ernsthaft – angesichts des Haushalts 2014; und ausgehend von diesem Punkt reden wir von drei weiteren Jahren –: Wo soll unter Berücksichtigung der bisherigen Einsparungen die strukturelle Einsparung von bis zu 1 Milliarde € bis 2017 herkommen? Wir wissen es nicht.

Vielleicht wissen es diejenigen, die am Effizienzteam beteiligt sind oder die vonseiten der Regierungskoalition im Effizienzteam sitzen. Leider Gottes gehören viele Dinge – wie Sie selbst ausgeführt hatten – zum Kernbereich des Regierungshandelns, und daran haben die übrigen Parteien nicht teilzunehmen. Das bedauern wir sehr, auch unter Berücksichtigung von Transparenzgedanken. Denn immerhin fließen in dieses Effizienzteam auch – wenn auch nicht in irrwitzig hoher Summe – Steuergelder.

Beteiligen Sie alle Parteien an den Fragestellungen, wie im Land Nordrhein-Westfalen effizient strukturelle Veränderungen so vorgenommen werden können, dass sie letztendlich dazu führen, dass auch – das ist Ihr Diktum – die Schuldenbremse bis 2020 eingehalten werden kann. Wir sehen das momentan nicht. Wir sehen jedoch auch die Verpflichtung, die nun einmal im Grundgesetz steht, die wir nicht wegdiskutieren können. Hier haben wir ein ernsthaftes Problem.

Stellenstreichungen als Sparmaßnahme – das wurde hier schon mehrfach erwähnt. Es wurden auch verschiedene Zahlen genannt; ein Stellenminus von 305 wurde angesprochen. In Wahrheit ist das jedoch keine Einsparung. Denn – das muss man wis-

sen – dieselbe Landesregierung hat seit 2010 2.000 neue Stellen geschaffen. Diese Stellen werden jetzt wieder teilweise abgebaut, und unterm Strich ergibt sich daraus ein Nullsummenspiel. Einsparungen negativ.

Und der Demografiegewinn wird auch nicht gehoben. Frau Ministerpräsidentin hatte vorhin angesprochen, dass Lehrer im System bleiben, um die Inklusion zu bewerkstelligen, obwohl sie aufgrund verringerter Schülerzahlen nicht mehr benötigt würden. Auf diesen Punkt gehe ich später noch ein.

570 zusätzliche Stellen in der Landesverwaltung entstehen: unter anderem bei den Finanzämtern – das wird sicherlich gut sein, wenn sie der Prüfung zugutekommen –, der Justiz, der Atomaufsicht und beim Materialprüfungsamt. Herr Finanzminister nennt seinen Haushalt ausgewogen und sagt, es werde nicht nur gespart, sondern auch – das ist richtig – in Bildung, Kommunen und Betreuung investiert. Investitionen – das haben wir gehört – gehen jedoch auch da oftmals in Bereiche von Beihilfe und Versorgung von Beamten.

Damit ist der Haushalt verfassungskonform, so heißt es. Wir von der Opposition sagen zwar: Na ja, wenn es auf Kosten der Beamten geht, muss man überprüfen, ob es überhaupt verfassungskonform ist, und zwar unabhängig von der Frage, wie gegebenenfalls eine Anpassung an den Tarif des öffentlichen Dienstes durchgeführt werden soll. Das ist eine Debatte, die hier bereits geführt wurde. Sie wird sicherlich auch in Zukunft noch einmal Thema im Landtag werden, falls der Verfassungsgerichtshof in Münster zu der Auffassung gelangt, dass die Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Anpassung der Beamtenbesoldung verfassungswidrig war.

Herr Finanzminister, Sie behaupten, auf einem guten Weg zu sein, im Jahr 2020 die Schuldenbremse einzuhalten. Ich darf Sie an dieser Stelle mit Erlaubnis des Präsidiums zitieren:

„Mit unserem klaren Kurs werden wir das Ziel der Schuldenbremse bis 2020 erreichen und gleichzeitig weiterhin in Bildung, Betreuung, Infrastruktur und die Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden investieren.“

Das Zitat, Herr Minister, behauptet zweierlei, nämlich einmal, dass die Landesregierung weiterhin in bestimmte Bereiche investiert, und zum Zweiten, dass 2020 die Schuldenbremse eingehalten wird.

Beides suggeriert aus unserer Sicht die Unwahrheit. Das sagen zum Beispiel auch Minister Groschek und nicht zuletzt der Landesrechnungshof.

Zunächst einmal zu der Behauptung, dass das Land in bestimmte Bereiche investiert. Ich stelle vorab fest: Sie haben Ihre Worte sehr genau gewählt, Herr Finanzminister. Natürlich wird vom Land weiterhin investiert. Die Ausgaben für Bildung, Infrastruktur,

Kommunales sind nicht null. Insofern wird tatsächlich weiterhin investiert. Ihre Behauptung erzeugt jedoch den Eindruck, als würde damit das Land nach vorn gebracht. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Die Investitionen des Landes in Infrastruktur sind zu gering, um allein die bestehende Infrastruktur in ihrer bestehenden Qualität auch nur zu erhalten – von den Mankos, von denen wir heute auch schon gehört haben, einmal ganz zu schweigen.

Allein Verkehrsminister Groschek, immerhin ein Mitglied Ihres Kabinetts, beruft sich keine 14 Tage nach Anfang September anlässlich einer Pressemitteilung auf die von ihm eingesetzte ÖPNV-Zukunftskommission, die festgestellt hat – insofern zitiere ich den Herrn Minister –,

„dass allein für den Erhalt der Infrastruktur der nordrhein-westfälischen U- und Straßenbahnsysteme ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 1,1 Milliarden Euro bis 2016 (...) besteht.“

Entweder wird das von der Landesregierung einfach ignoriert oder aber die mittelfristige Finanzplanung ist schon heute allein aufgrund dieses Umstands und aufgrund dessen, was wir heute gehört haben, dass in Infrastruktur investiert werde, falsch und in Schieflage.

Auch im Bildungsbereich sieht es nicht gut aus. In den Bildungsbereich gehört vor allen Dingen Inklusion von Schülern mit besonderem Förderbedarf in den Unterricht an den Regelschulen. Der zurzeit vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung sieht keinerlei Beteiligung des Landes an den dadurch verursachten Kosten vor, sieht man einmal davon ab, dass Lehrerstellen weiterhin bestehen bleiben, das heißt: bezahlt werden. Auch hier gilt: Es wird vom Land nicht investiert.

Insgesamt sieht die Piratenfraktion die Gefahr, dass durch zu geringe Investitionen in diesem Bereich das Vermögen des Landes sinkt. Frau Ministerpräsidentin sprach eben auch davon, dass solche Investitionen als Investitionen in die Renditefähigkeit unseres Landes, unserer Bevölkerung für die Zukunft gedacht sind. – Sie wird zunächst nicht erfolgen; die entsprechenden Investitionen fallen aus.

Damit gerät ein wesentliches Ziel der Schuldenbremse in Gefahr, nämlich weniger Lasten auf künftige Generationen zu verschieben. Denn wir brauchen weiterhin eine höhere Verschuldung des Landes, um all diese Investitionen, die angekündigt sind, überhaupt umzusetzen.

Und ganz ehrlich: Wenn ich mir anschauen, was im Rahmen des Bundestagswahlkampfes von der SPD und den Grünen so verkündet worden ist, dann stelle ich fest, dass ich von der Umsetzung dessen, was auf Bundesebene gefordert worden ist – heruntergebrochen auf das Land Nordrhein-Westfalen –, heute an keiner Stelle etwas gehört habe.

Ist denn niemand mutig genug, zu sagen: „So und so muss es laufen“? Das gilt auch in Anbetracht der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen, mit wem auch immer. Aber nichts dergleichen! Von einer Verbreiterung der Einnahmensituation ist heute überhaupt nicht die Rede gewesen; und das wundert mich doch sehr.

Ich möchte noch einmal auf das Thema „Schuldenbremse“ eingehen. Die Schuldenbremse ist so etwas wie das Damoklesschwert über den Investitionen in die Zukunft. Sie spielt eine große Rolle bei der Ausgeglichenheit des Haushalts in der Verschuldungssituation des Landes Nordrhein-Westfalen. Entsprechend hat sich der Landesrechnungshof kürzlich geäußert. In seinem jüngsten Jahresbericht – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums – heißt es auf Seite 193:

„Dem von der Landesregierung aufgezeigten Verlauf der Nettoneuverschuldung im Finanzplanungszeitraum ist eine zielorientierte Rückführung der Nettoneuverschuldung bis auf null im Jahre 2020 nicht zu entnehmen.“

Ich glaube, mehr braucht man dazu gar nicht zu sagen. Dieses Zeugnis über die mittelfristige Finanzplanung – nicht nur der letzten Haushaltsberatung, sondern auch der aktuellen, die ja immer um ein Jahr fortgeschrieben wird – deutet wirklich nicht darauf hin, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen auf einen grünen Zweig kommen.

Wir werden im Rahmen der Einzelberatungen in den Ausschüssen sicherlich noch sehr viele und intensive Diskussionen darüber führen, wie man es schaffen kann, den Spagat zwischen Investitionen in die Zukunft und der Schuldenbremse einzuhalten.

Dabei habe ich noch gar nicht berücksichtigt, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch weit davon entfernt ist, überhaupt an Schuldentilgung zu denken. Auch davon hat noch keiner gesprochen. Auch das ist offenbar ein Problem, das in die zukünftigen Generationen – jedenfalls deutlich in die Zeit nach der laufenden Legislaturperiode – verlagert werden soll, in der Hoffnung, dass die Einnahmen steigen.

Steigen werden die Einnahmen aber sicherlich nicht. Konjunkturell sieht es da eher schlecht aus; denn die Prognosen im Hinblick auf die Konjunktur werden nicht so gut bleiben. Das gilt aus unserer Sicht auch für die Steuereinnahmen, so wie sie in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen sind, vor allen Dingen wenn man das Verhältnis der Schulden auf der einen Seite und der Zinsbelastung und der Steuereinnahmen auf der anderen Seite betrachtet. Wenn im Bund – da bin ich wieder beim Bund – nichts passiert, wird daraus ganz einfach auch nichts.

Die Bereiche Bildungs- und Schulpolitik sowie Inklusion sind bereits angesprochen worden.

Zum Bereich Hochschule, Wissenschaft und Forschung hat sich mein Fraktionsvorsitzender Dr. Paul bereits geäußert. Das Problem der Unterfinanzierung der Hochschulen – nach dem Expertenvotum in Höhe von 800 Millionen € – ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Wenn wir also von Investitionen in die Zukunft reden wollen, müssen wir uns auch diesem Thema zuwenden. Hierzu habe ich heute auch nichts gehört.

Der Bereich Busse und Bahnen wurde ebenfalls bereits angesprochen. Ja, die Verkehrsinfrastruktur benötigt auch wesentliche Investitionen in die Zukunft; unter Berücksichtigung knapper bzw. sich vermindender Ressourcen müssen wir selbstverständlich auch daran denken. Betrachten wir in diesem Zusammenhang einmal die Qualität und die Preise: Selbst der Kraftstoff E10 kostet mittlerweile 1,50 € pro Liter. Ein VRR-Einzelticket durch das gesamte Ruhrgebiet kostet 12,50 €.

**(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Dünkel)**

Wenn man dieses Verhältnis betrachtet, dann muss man sagen: Wenn der Pendler weiterhin bei Verringerung des Ausbaus der Infrastruktur im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs lieber eine Portion Stau hinnimmt – insofern, als es an der Investition in die Infrastruktur der Straßen und der Brücken fehlt –, dann steuern wir ganz sicher auf einen Verkehrsinfarkt in Nordrhein-Westfalen hin. Das erleben wir jetzt schon fast täglich, wenn wir durch das Ruhrgebiet fahren. Dass der Personennahverkehr auch auf der Schiene nun einmal ganz deutlich leidet, bleibt dabei nicht außen vor.

Wir werden in den Haushaltsberatungen im Detail verdeutlichen, wo aus den bestehenden Einnahmen sinnvolle Investitionen getätigt werden können oder wie aus möglichen Umverteilungen in bestimmten Bereichen des Haushaltes auch vernünftige Dinge gemacht werden können.

Wir denken da zum Beispiel an den Klimaschutz und die damit verbundene Konnexität. Auch hierzu habe ich heute, ehrlich gesagt, wenig gehört. Die Landesregierung hat immerhin jüngst ein Klimaschutzgesetz mit gesetzlichen Klimaschutzziele beschlossen. Dafür liegt keine Kostenfolgeabschätzung vor. Das muss man sich einmal vorstellen! Es werden Projekte geschaffen, die letztlich keine Finanzierungsidee als Grundlage haben. Es sind Pilotprojekte, die schön aussehen und sich gut anhören, aber letztlich nichts bringen.

Stichwort „Transparenz“: Wir brauchen nur einen Blick nach Hamm-Uentrop zu werfen: Auch hier sind wir noch dran. Da heißt es in der Koalitionsvereinbarung: Wir wollen dafür Sorge tragen, dass diese Kosten den Betreibern angelastet werden. – Auch davon sehen wir momentan nichts. Eine dritte Ergänzungsvereinbarung hängt in der Luft. Wir wissen nicht, welche Kosten auf das Land Nordrhein-

Westfalen zukommen. Auch da gibt es sehr viele Unwägbarkeiten.

Bevor ich zu einem Fazit komme, muss ich noch den Bereich des sozialen Wohnungsbaus ansprechen. Da liegen wir deutlich unter dem, was möglich und vor allem nötig ist. Dieses Thema wird das Land Nordrhein-Westfalen in Zukunft auch noch beschäftigen müssen. Das heißt: Wir brauchen jede Anstrengung, guten, gesunden und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das bildet der Haushaltsentwurf 2014 ebenfalls nicht ab.

Ich fasse zusammen: Die Investitionen, die das Land tätigt, reichen nicht einmal zum Erhalt der bestehenden Infrastruktur aus. Dennoch ist eine zielorientierte Rückführung der Nettoneuverschuldung im Jahre 2020 nicht zu erkennen. Dabei werden Unwägbarkeiten nicht berücksichtigt.

In der mittelfristigen Finanzplanung werden große Ausgabenpositionen nicht oder nicht mehr beziffert, allein weil der Zeitpunkt der Ausgabe nicht sicher ist, wodurch die Landesfinanzplanung weiterhin ein Wagnis bleibt. Die Landesregierung ist weit davon entfernt ...

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Schulz, die Redezeit.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Ich bin fertig. Wir sind bei null.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Ja, eben.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Noch fünf Sekunden.

Die Landesregierung ist weit davon entfernt, den von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, zu Beginn der Legislaturperiode ausgerufenen Dreiklang zu verwirklichen. Wir stehen bereit, diesen Missklang, der nach wie vor existiert, zu einem – ich sage mal – Gleichklang oder Dreiklang zu machen. Dafür bieten wir uns als Piratenfraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen an. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Schulz. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans, zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über einen Debattenverlauf bei der Einbringung des Landshaushaltes, der sich im Wesentlichen darauf beschränkt, dass dem Finanzminister vorgeworfen wird, nicht genügend Ausgaben im Haushalt zu haben, muss man sich nicht wirklich grämen. Deswe-

gen nur ein paar Anmerkungen zu einigen Aussagen, die richtiggestellt werden müssen und die vor allen Dingen hier von Herrn Laumann ausgesprochen worden sind.

Zum Thema Grundsicherung im Alter: eine wunder schöne Leistung der Bundesregierung. Ich war einer von vier Landesministern – zwei schwarzen, zwei roten –, die dem Bundesfinanzminister eben diese Zusage abgerungen haben. Wir haben nicht etwa ein Geschenk der Bundesregierung entgegen genommen. Bezahlt hat es der Bundesfinanzminister mit einem halben Mehrwertsteuernpunkt, den er der Bundesagentur für Arbeit abgenommen hat. Jeder weiß, dass Mehrwertsteuereinnahmen halb dem Bund und halb den Ländern gehören.

Zweiter Punkt: Eingliederungshilfe. Schön, dass Sie das in Ihrem Regierungsprogramm stehen haben. Nur, das war schon im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt verabredet, aber die Bundesregierung hat es nicht umgesetzt. Hoffen wir jetzt einmal darauf, dass mit dem Regierungsprogramm alles anders wird und man sich auf einmal an Versprechen und Zusagen hält. Wenn es so ist, dass Sie einen so großen Einfluss auf die CDU und CSU im Bund haben, dann sorgen Sie dafür, dass die Schulsozialarbeit bezahlt wird, und kommen Sie wenigstens bei diesem Thema ein Stück weiter!

Zum Schluss noch zu newPark: Wer hier konstruieren will, dass das eine politische Auseinandersetzung gewesen sei, der muss sich zuerst einmal fragen, wo denn die Großansiedlung ist, die jetzt nicht stattfinden kann. – Unter anderen bin ich dazwischen gegrätscht, und zwar deshalb, weil es hier um eine hundertprozentige Bürgschaft gehen sollte. Es ging nicht darum, ein Industrieprojekt zu verhindern – aber es kann nicht sein, dass von der Landesregierung verlangt wird, dass nur sie und sonst niemand Verantwortung trägt. Wenn eine solche hundertprozentige Bürgschaft schiefeinge – die Untersuchungen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit sehr groß ist –, würde ich Sie erleben mögen, was Sie dann zu einem solchen Ausfall sagen würden, wenn wir zu 100 % bürgen müssten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Walter-Borjans. – Ich teile formell mit, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 50 Sekunden überzogen hat. Die Piraten haben davor ihre Redezeit auch schon überzogen. Die restlichen Fraktionen hätten jetzt noch einmal Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme. Ich sehe aber niemanden losstürmen. Deshalb schließe ich an dieser Stelle die Beratung.

Wir kommen dann zur Vorstellung des GFG-Gesetzentwurfs. Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort. Bitte schön.

**Ralf Jäger**, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum sollte man das Erdgeschoss eines Hauses verkommen lassen, nur um das Obergeschoss neu herzurichten? Man muss kein Architekt sein, um festzustellen, dass es dafür keinerlei Gründe gibt. Das sagt einem schon der gesunde Menschenverstand. Trotzdem hat es die schwarz-gelbe Landesregierung fünf Jahre lang so getan. Sie hat es sich in der Spitze gemütlich gemacht, sich schön eingerichtet, und die aufwendigen Sanierungen durften die Kommunen bezahlen.

Was die damalige Regierung anscheinend nicht bedacht, vielleicht sogar ignoriert hat, ist die Tatsache, dass das schönste Haus nichts nutzt, wenn das Fundament spröde wird, wenn es Risse bekommt. Ohne Fundament fällt jedes Haus in sich zusammen.

Diese Risse, die sich in den fünf Jahren gebildet haben, waren sehr tief und traten an vielen Stellen auf. Ich will nur zitieren: unfaire Befrachtungen, rechtswidrige Einheitslasten, Streichung der Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer, zusätzliche Aufgaben ohne auskömmliche Gegenfinanzierung – Stichwort: Umwelt- und Versorgungsverwaltung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Notwendigkeit erkannt, diese Risse zu reparieren. Wir haben das angepackt. Wir haben mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen viel Geld in die Hand genommen, um unsere Kommunen schnell zu entlasten und ihnen die notwendige Luft zum Atmen zu geben. Gleichzeitig haben wir dafür gesorgt, dass sie sich langfristig erholen können, und das vor dem Hintergrund, dass das Land Nordrhein-Westfalen selbst haushaltstechnisch nicht auf Rosen gebettet ist. Wir haben das aber getan, weil wir wissen, wie wichtig die Kommunen und eine gesunde kommunale Finanzstruktur für das Wohl unseres Landes sind.

Wir haben den Finanzausgleich mit einem Etikett versehen. Dieses Etikett lautet „Fair geht vor“. Das haben wir auch umgesetzt, meine Damen und Herren.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie waren noch nie fair!)

Herr Hovenjürgen, wir haben 2,5 Milliarden € an zusätzlichen strukturellen Mitteln gegeben. Wir haben den Kommunen ihren Anteil an der Grunderwerbsteuer zurückgegeben. Wir haben die Steuereinnahmen fair in der kommunalen Familie verteilt. An dieser Richtung wird sich auch zukünftig nichts ändern.

Im Übrigen: Das GFG 2014 wird vermutlich schätzungsweise eine Ausgleichsmasse von insgesamt 9,3 Milliarden € haben. Das ist ein neuer Rekord für dieses Land und die höchste Ausgleichsmasse aller Zeiten.

Da, wo die schwarz-gelbe Landesregierung fünf Jahre lang weggeschaut hat, haben wir hingeschaut und gehandelt. Wir haben die Grunddaten auf einen aktuellen und verlässlichen Stand gebracht. Wegschauen – das war Ihr Motto. Hinschauen und Handeln – das ist unser Leitmotiv. Das tun wir übrigens auch beim Zensus. Wir werden diesen in den Demografiefaktor einbauen und annehmbar und verträglich entwickeln. Die erste Modellrechnung dazu kennen Sie bereits, meine Damen und Herren. Die zweite werden wir vermutlich im Oktober veröffentlichen können. Das ist wichtig, damit die Kommunen die Chance haben, frühzeitig und verlässlich zu planen.

Mir ist noch eines wichtig: Diese Landesregierung sucht den Dialog, und zwar nicht nur mit den Fraktionen des Landtages, sondern vor allem auch mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden. Ich glaube, seit 2010 hat sich insoweit ein Verhältnis des Vertrauens aufbauen können. Wir binden die Kommunen früh in unsere Überlegungen ein. Das wird auch – das können Sie den Stellungnahmen zum GFG 2014 entnehmen – von den kommunalen Spitzenverbänden außerordentlich begrüßt.

Das gemeinsame Vorgehen mit den Kommunen gilt auch bei der Umsetzung des sogenannten FiFo-Gutachtens. So, wie wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden die Fragen an das FiFo-Institut entwickelt haben, so werden wir auch die Antworten aus diesem Gutachten gemeinsam erörtern und umsetzen. Ich denke, die Chance ist da, vieles von diesem FiFo-Gutachten im Konsens mit den Kommunen umzusetzen. Dabei war es eine Entscheidung der Vernunft, uns die notwendige Zeit zu lassen, um diesen Prozess der Erörterung für das GFG 2015 vorzusehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist noch ein weiterer wichtiger Kompromiss gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden gelungen. Wir haben eine Regelung zu den Einheitslasten, die nicht nur fair ist, sondern auch verfassungsgemäß ist. Beides ist der alten schwarz-gelben Regierung nicht gelungen, sodass wir hier handeln mussten.

Ich glaube, wir haben eine Lösung gefunden, die die Kommunen schnell entlastet. Für den Zeitraum 2007 bis 2011 erhalten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 275 Millionen € zurück. Es bleibt bei unserer Zusage, dass bereits gewährte Zahlungen der Jahre 2007 und 2008 von uns nicht zurückgefordert werden. Ich glaube, diese Einigung, dieser Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden bringt allen ein Stück Rechtssicherheit. Das jetzige

Modell ist gerecht. Mit dem können die Kommunen auch in Zukunft solide planen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um auf das Eingangsbild zurückzukommen: Ich glaube, dass das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen Kommunen ein großes, ein modernes, ein schönes Haus darstellt. Damit das so bleibt, brauchen wir ein stabiles Fundament. Dieses stabile Fundament ist eine auskömmliche Ausstattung mit Finanzmitteln für die 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Diesem Anspruch genügen wir mit dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2014. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Scharrenbach.

**Ina Scharrenbach (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Jäger, wenn Sie ein stabiles Fundament bauen wollen, dann müssen Sie natürlich auch den Betonmischer anwerfen. Das haben Sie aber mit diesem GFG nicht getan. Denn das, was Sie hier abfeiern, ist ein Ergebnis einer bundesdeutschen Wirtschaftsleistung der Menschen in Deutschland. Nordrhein-Westfalen bleibt dahinter deutlich zurück. Das haben wir ja nun im Laufe des Morgens zur Genüge gehört.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn Sie schon den Blick zurückwerfen, dann sollten Sie auch noch ein bisschen weiter in die Historie zurückgehen. Denn eigentlich haben die finanziellen Strukturprobleme der Kommunen angefangen mit dem Absenken der Verbundquote im Jahr 1984/85. Das ist etwas, was Sie sich auf die Fahnen schreiben müssen. Sie haben es bis jetzt nicht geschafft, diese Verbundquote zu erhöhen.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Das GFG, über das wir hier heute sprechen, mit knapp 9,4 Milliarden € im Kommunalwahljahr, 722 Millionen € mehr als im GFG 2013, vermag dieses stabile Fundament auf die Dauer eben nicht zu schaffen, weil absehbar ist, dass es auf die Dauer nicht trägt.

Die NRW-Kommunen sind als Patienten inzwischen auf der Intensivstation gelandet. Wir haben ein multiprofessionelles Team aus einem Minister, aus SPD und Grünen, das einen Medikamentencocktail angerührt hat. Den muss man sich schon einmal zu Gemüte führen. Wir haben ein Stärkungspaktgesetz, das dem Grunde nach nur temporär wirken wird, weil Sie eben auf der Aufgabenseite der Kommunen nicht ansetzen. Sie werden eine Solidarlage einführen, die die kommunale Familie

spaltet. Wir diskutieren immer noch über die Anerkennung der Konnexität im Rahmen des 5. Schulrechtsänderungsgesetzes. Auch da ist auf Ihrer Seite keine Bewegung zu verspüren. Die Umsetzung der schulischen Inklusion steht und fällt mit der finanziellen Beteiligung des Landes. Auch da ist wenig Bewegung zu sehen, auch nicht im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Jetzt setzen Sie mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 noch eine vermeintliche Beruhigungspille drauf. Bei diesem ganzen Medikamentencocktail gilt: Der Beipackzettel ist genau zu lesen. Denn dort finden wir die Risiken und Nebenwirkungen dieses Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Sie schreiben selbst im Zusammenhang mit den Gewerbesteuern, dass die Einzahlungen aus den Gewerbesteuern 2012 kaum gestiegen sind in Nordrhein-Westfalen, das heißt bei den nordrhein-westfälischen Gemeinden, und das trotz einer flächendeckenden Gewerbesteuererhöhungspolitik, die wir hier seit Jahren erleben und die eine direkte Folge Ihrer Gemeindefinanzpolitik ist, Herr Minister Jäger.

Selbst das FiFo-Gutachten, das Sie ja selbst in Auftrag gegeben haben, schreibt Ihnen in das Stammbuch: NRW ist ein Hochsteuerland. – Weiter können wir dort lesen: „Hier setzen die hohen Hebesätze bei der Gewerbesteuer die Städte und Gemeinden deutlich ins Hintertreffen gegenüber Standorten in anderen Bundesländern.“

Das ist das Ergebnis dieser Steuererhöhungspolitik, die Sie ja nun auf anderen Ebenen auch fordern. Steuererhöhungen sind immer, Herr Minister Jäger, liebe Kollegen der SPD und der Grünen, ein süßes Gift. Sie sind süß, weil Sie schnelles Geld versprechen, aber Gift – das wiederhole ich gerne noch einmal, auch weil das FiFo Ihnen das schreibt –, weil diese Steuererhöhungen zu Standortnachteilen unserer Kommunen im Bundesländervergleich führen und damit letztlich auch den Wirtschafts- und Energiestandort Nordrhein-Westfalen in seiner Entwicklungsmöglichkeit belasten.

Aber was ist das mögliche Gegengift? Das versucht uns heute zumindest die FDP zu präsentieren: eine Absenkung der fiktiven Hebesätze, so wie das FiFo es vorschlägt.

(Zuruf von der SPD: Wo steht das denn?)

– Im letzten Punkt in dem Antrag. Doch!

Aus unserer Sicht – hätten Sie jetzt abgewartet, hätten Sie das besser einordnen können – führt eine sofortige Absenkung der fiktiven Hebesätze zu viel zu großen Verwerfungen, sodass man das eins zu eins umsetzen kann, was in diesem Gutachten steht. Deshalb würde es Sinn machen, durchaus prüfen zu lassen, ob man zu einer stufenweisen Absenkung der fiktiven Hebesätze kommen kann,

um letztendlich diese Steuererhöhungspolitik bei den Kommunen zu begrenzen.

Im GFG – das stellen Sie dar – soll es eine Grunddaten Anpassung geben. Dabei rechnen Sie unverändert doppische Zahlen in kamerale um. Das hat schon beim Stärkungspakt Stadtfinanzen zu deutlichen Verwerfungen geführt und war mehrfach Gegenstand der Sitzungen des Kommunalausschusses.

Sie haben es aber immer noch nicht hinbekommen, die grundsätzliche Systemproblematik des NKF abzuschaffen. Die Annahmen, die im NKF gesetzt sind, können so überhaupt nicht von den Kommunen erfüllt werden. Denn Kommunen sind dem Grunde nach nicht in der Lage, Abschreibungen und Pensionsrückstellungen eins zu eins zu erwirtschaften. Diesen Systemfehler beheben Sie nach wie vor nicht. Und die Probleme, die aus diesem NKF resultieren, lösen Sie mit diesem Gemeindefinanzierungsgesetz eben auch nicht.

Das FiFo-Gutachten enthält ja durchaus noch weitere Lösungsansätze. Sie schreiben in der Gesetzesbegründung:

„Hier bedarf es einer weiteren eingehenden Kommunikation der Gutachtenergebnisse.“

Wer hat denn die Diskussion über die Gutachtenergebnisse bisher verhindert? Wo ist denn hier Ihr Dialog zum FiFo-Gutachten gewesen? Wir als CDU-Fraktion hätten das schon sehr viel früher diskutiert und haben es mehrfach angefragt. Das ist eindeutig ausgeblieben.

In diesem Gemeindefinanzierungsgesetz fehlt erneut eine transparentere Herleitung der Ansätze. In der Hauptansatzstaffel sehen Sie sogar einen doppelten Effekt vor: Sie erhöhen auf der einen Seite die Einwohnerwerte in den Staffelnklassen, und gleichzeitig wollen Sie den Hauptansatz absenken.

Während das FiFo noch vorschlug, beim maximalen Spreizungsfaktor auf 154 % zu gehen und damit drei Punkte unter dem Spreizungsfaktor von 2013 zu bleiben, finden wir in Ihrem Gesetzentwurf nun, dass der Spreizungsfaktor um neun Prozentpunkte unterhalb des Ansatzes des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2013 liegen soll.

Daneben ändern Sie den Schüleransatz. Dabei wurde Ihnen durch das FiFo-Gutachten dargelegt, dass aufgrund der schlechten Datenlage eine verlässliche Berechnung des Schüleransatzes überhaupt nicht möglich ist.

Mit all diesen Änderungen werden wir uns in der Anhörung intensiv auseinandersetzen.

Herr Minister, ein Punkt, den Sie erledigt haben und den wir als CDU-Landtagsfraktion im Kommunalausschuss eingefordert haben, ist die Umsetzung des Zensus 2011. Das ist aus unserer Sicht ein richtiger Schritt; denn das Zensus-Ergebnis wird letzt-

endlich durch den eingebauten Demografiefaktor abgemildert. Der Demografiefaktor bedarf in Zukunft allerdings noch einer intensiveren Betrachtung – insbesondere hinsichtlich der Remanenzkosten für Städte und Gemeinden aus der Anpassung ihrer Infrastruktur an eine deutliche Abnahme der Bevölkerungszahlen.

Kurzum: Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 setzt erneut dringende Anpassungen infolge des NKF nicht um. Auch beim NKF erkennen wir keine Bewegung aufseiten des Ministeriums und der regierungstragenden Fraktionen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Gemeindefinanzierungsgesetz berücksichtigt erneut keine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen,

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

obwohl wir gerade in Nordrhein-Westfalen den höchsten Kommunalisierungsgrad aller Bundesländer haben. Insofern: Beim Gemeindefinanzierungsgesetz bleibt viel zu tun. Packen wir es an! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Scharrenbach. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Hübner.

**Michael Hübner (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Saal ist nicht mehr ganz so voll. Vielleicht hat das etwas damit zu tun, dass heute Morgen so gut wie jeder Fraktionsvorsitzende und natürlich auch die Ministerpräsidentin ein Thema deutlich nach vorne gestellt haben, das bis 2010 in diesem Haus eine nicht ganz so große Rolle gespielt hat, nämlich die Situation der Kommunalfinanzen. Das fand ich heute Morgen in der Plenardebatte sehr gut.

Ich beglückwünsche insbesondere auch die Oppositionsfraktionen dazu, dass sie das nun auch für sich erkannt haben und erkennen,

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

dass das, was bisher geschehen ist, außerordentlich schlecht war – zumindest bis zum Jahre 2010 – und Handlungsbedarf auslöst. Hier brauchen wir natürlich insbesondere auch eine CDU-Fraktion, Frau Scharrenbach und Kollege Hovenjürgen, die in Berlin mit ihrem Regierungsauftrag dafür sorgt, dass es nun zur Lösung eines der grundsätzlichen Probleme kommt. Eines der grundsätzlichen Probleme ist nämlich das der hohen Soziallasten in den nordrhein-westfälischen Kommunen. Dass wir das Problem nicht allein in Nordrhein-Westfalen lösen können, haben wir hier schon in vielen Debattenbeiträgen deutlich gemacht.



Natürlich gab es in den Jahren 2010/2011 den großen Konsens dazu, dass Sie sich einsetzen wollen. Was bis heute dazu gekommen ist, ist aber mager und nur auf Druck der rot-grünen Landesregierung gegenüber der Bundesregierung zustande gekommen. Das Thema spielte ja heute Morgen in der Sitzung schon eine Rolle.

(Kai Abruszat [FDP]: Da müsst ihr eine Große Koalition machen! Dann könnt ihr das regeln!)

Frau Scharrenbach, ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich für Ihren Versuch, zum FiFo-Gutachten und zu dem, was da niedergelegt ist, Stellung zu nehmen. Das ist aber ausdrücklich nicht Kern der heutigen Debatte.

Wir haben ja im Kommunalausschuss genau darüber auch schon beraten und gesagt, dass wir es begrüßen würden, wenn wir das FiFo-Gutachten und die Empfehlungen des FiFo in einem längeren Diskussionsprozess mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutieren würden. Dieser Kommunikationsprozess ist auch im Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 entsprechend dargelegt.

Warum wollen wir das? Es ist eben nicht so, wie es auch in Ihrem Antrag, auf den ich gleich noch eingehen möchte, steht, Herr Kollege Abruszat, dass die kommunalen Spitzenverbände die Ergebnisse des FiFo-Gutachtens sehr einmütig zu Kenntnis genommen haben. Im Gegenteil: Wir haben hier noch Dissens; zwischen dem Städtetag, dem Städte- und Gemeindebund und dem Landkreistag gibt es kein Einvernehmen. Der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag stehen auf der einen und der Städtetag auf der anderen Seite.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Hübner, ich darf kurz unterbrechen. – Die Kollegin Scharrenbach würde gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen wir sie zu?

**Michael Hübner (SPD):** Die lassen wir zu.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Dann machen wir das. – Bitte schön.

**Ina Scharrenbach (CDU):** Vielen Dank. – Ich möchte von Ihnen gerne wissen, warum Sie den Kommunikationsprozess zum FiFo-Gutachten nicht schon eingeleitet haben, wo doch das Gutachten schon so lange vorliegt.

**Michael Hübner (SPD):** Liebe Kollegin Scharrenbach, ich habe mit den kommunalen Spitzenverbänden schon darüber gesprochen. Dass wir uns ein Jahr Zeit dafür nehmen werden, ist bei den kommunalen Spitzenverbänden angekommen.

Eine der Begründungen ist im Übrigen – wenn Sie sich intensiver damit auseinandergesetzt hätten, dann wüssten Sie das –, dass wir eine deutliche Trennung zwischen einer Grunddatenanpassung, die jetzt im Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 vorgenommen wird, und den Ergebnissen des FiFo-Gutachtens vorsehen. Die Grunddatenanpassung wurde während der schwarz-gelben Regierungszeit übrigens mehrfach eingeklagt. Es ging so weit, dass das Landesverfassungsgericht der Regierung gesagt hat, es seien Grunddatenanpassungen vorzunehmen. Sie und die Ergebnisse des FiFo-Gutachtens sind auseinanderzuhalten. Um dort zu einem Konsens zu kommen, nehmen wir uns die Zeit für den Kommunikationsprozess, wie das übrigens auch Minister Jäger gerade angeregt hat.

Von daher habe ich nicht ganz verstanden, dass sie uns die Ergebnisse aus Ihrer Sicht hier noch einmal vorgetragen haben, weil Sie das aus der Kommunikation im Ausschuss für Kommunalpolitik oder auch durch die kommunalen Spitzenverbände ja wissen.

Richtig ist – da möchte ich Ralf Jäger als Minister ausdrücklich zustimmen –: Wir haben das größte Gemeindefinanzierungsgesetz aller Zeiten mit knapp 9,4 Milliarden € auf den Weg gebracht; ich sage bewusst: knapp 9,4 Milliarden €. Das ist die konsequente Fortsetzung der Politik, die wir seit 2010 auf den Weg gebracht haben: mit der Rücknahme der Befrachtung im Gemeindefinanzierungsgesetz, die Sie früher gemacht haben, um zu einer Konsolidierung des Landeshaushaltes zu kommen, mit den entsprechenden Änderungen in § 76 der Gemeindeordnung, um zu realistischen Konsolidierungszeiträumen für die Kommunen zu kommen.

Sie wissen, es waren früher drei, eigentlich vier Jahre, die Sie über Minister Wolf den Kommunen vorgeschrieben haben. Wir sind mittlerweile bei zehn Jahren. Bei sehr vielen Maßnahmen, bei denen man Kosten im späteren Verlauf prophylaktisch vermeiden möchte, ist es einfach sinnvoll, dass man den Kommunen längere Konsolidierungszeiträume zugesteht. Daraus sind die Haushaltssanierungspläne und die Haushaltssicherungskonzepte in den Städten und Gemeinden abgeleitet.

Dass damit einhergeht, dass wir nicht mehr wie früher über 140 der 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen in Haushaltsnotlage haben, sondern dass sie in einer vernünftigen Haushaltssituation sind, in der sie über ihre Investitionen und Kosten selbstständig entscheiden können, das dürfen wir auch zur Kenntnis nehmen. Ich bin froh, dass wir das auch über formale Gesichtspunkte auf den Weg gebracht haben.

Die Grunderwerbsteuer, den Vier-Siebtel-Anteil muss ich ausdrücklich hervorheben; das hat mit dem Thema „Stärkungspakt“ im späteren Verlauf der Debatte zu tun. Darüber wurde gewährleistet, dass den Kommunen der Vier-Siebtel-Anteil an der

Grunderwerbsteuer wieder voll und ganz zur Verfügung gestellt wird.

Dass es richtig war, die Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes zunächst einmal weitestgehend zu belassen und nur eine Datenanpassung vorzunehmen, erkennt man im Übrigen auch an dem Antrag der FDP. Kollege Abruszat, da bin ich Besseres von der FDP gewohnt.

(Zuruf von Kai Abruszat [FDP] – Hans-Willi Körfges [SPD]: Ich traue denen alles zu!)

Beim Thema „Kommunalfinzenzen“ bin ich da in der Tat Besseres gewohnt. Ich glaube, dass das auch ein Ausdruck dafür ist, dass Sie sich der Verantwortung gegenüber unseren Kommunen nicht mehr so richtig stellen wollen, weil Sie jetzt in Schwierigkeiten kommen, in Ihren kommunalen Fraktionen die kommunale Solidaritätsabgabe zu erklären.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Das war damals schon sichtbar, und das ist für mich auch in Ihrem Antrag deutlich erkennbar. Ich möchte Ihnen dazu zwei Beispiele nennen.

Sie verwechseln im zweiten und dritten Absatz der Ausgangslage die Systematik des Stärkungspaktes mit der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Sie sagen, dass ein derartiges methodisches Vorgehen mehr als fragwürdig sei.

Herr Kollege Abruszat, wir haben das Vorgehen beim Stärkungspaktgesetz damals mit Ihrem Vorgänger verabredet. Wir hätten gerne NKF-Jahresabschlüsse, geprüfte Jahresabschlüsse gehabt. Das war aber nicht möglich, daher der Rückgriff auf die strukturelle Lücke. Diese Abschlüsse gab es zum damaligen Zeitpunkt nicht, sie sind heute im Übrigen zu kleineren Teilen immer noch nicht vorhanden, deshalb der Rückgriff auf die strukturelle Lücke. Das mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz zu vermischen, finde ich schon ärgerlich.

Auch – das geht auch in Richtung Frau Scharrenbach – hätte es genügend Zeit gegeben, um das FiFo-Gutachten auszuwerten. Ich will Sie daran erinnern, dass das Gutachten endgültig erst seit Anfang April vorliegt und dass die ersten Berechnungen seitens des Ministeriums naturgemäß zu dem Zeitpunkt hätten losgehen müssen, um zu vernünftigen Ergebnissen des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu kommen. Das war aber nicht möglich, weil wir in einer sehr kurzen Zeit die Grunddatenanpassung, die der Verfassungsgesetzgeber uns richtigerweise aufgegeben hat, auf den Weg gebracht haben.

Den Hinweis mit den fiktiven Hebesätzen hat Ihnen Frau Scharrenbach gerade selber gegeben. Mir ist nicht bekannt, dass der FiFo-Gutachter dafür eine Empfehlung abgegeben hat. Im Gegenteil: Er hat sich massiv gegen gestaffelte fiktive Hebesätze ausgesprochen, um Präzision hineinzubekommen.

Der letzte Punkt, wo Sie unsauber argumentieren – die Debatte hatten wir schon im kommunalpolitischen Ausschuss –, sind die fiktiven Hebesätze. Da antwortet der Gutachter auf Fragen, die gar nicht gestellt worden sind. Aber das machen wir Politiker ja häufiger mal: auf Fragen antworten, die gar nicht gestellt worden sind. Das macht der Gutachter in dem Fall auch.

(Kai Abruszat [FDP]: Auch gut!)

Er meint, dass die fiktiven Hebesätze zu hoch sind. Genau darüber hatten wir schon eine Debatte im kommunalpolitischen Ausschuss. Da haben wir für unsere Fraktion und da hat auch die Grünen-Fraktion erklärt, dass wir in einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern nicht eintreten wollen. Auch der Hinweis, dass in Mecklenburg-Vorpommern besonders niedrige Steuersätze vorhanden sind, ist wenig zielführend.

Eine letzte Bemerkung geht in Richtung in FDP. Kollege Lindner wird sich ja gerade um bundespolitische Themen kümmern wollen.

(Kai Abruszat [FDP]: Herr Römer auch!)

– Ja, Kollege Römer steht aber im Moment nicht in der Gefahr, Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu werden. Der Fall liegt bei Ihnen ja anders.

Eine Bemerkung noch zu der Frage der Solidarität und der Schuldensituation von Düsseldorf: Man kann sich in diesem Hohen Haus viel anhören, aber die Fantasie, dass eine Veräußerung von Anlagevermögen, das durch Liquidität getauscht wird, dazu führt, dass eine Stadt weniger verschuldet ist als vorher, kann ich beileibe nicht aufbringen. Da hilft ein Grundkurs in Bilanzrecht. Den würde ich dem Kollegen Lindner auch gerne ans Herz legen.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Was passiert ist, ist ein Bilanztausch, der vorgenommen worden ist. Die Stadt Düsseldorf – das beweist Ihnen auch der Bund der Steuerzahler – ist heute genauso verschuldet wie zu dem Zeitpunkt, als die Stadtwerke veräußert wurden. Allenfalls hat die Stadt Düsseldorf auf eines nicht gesetzt, nämlich die zu erwartenden Erträge für ihre Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen einzusetzen. Darauf hat die Stadt Düsseldorf verzichtet. Das ist richtig. Aber die Stadt Düsseldorf ist heute bilanziell genauso reich oder arm, wie sie es früher war. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Der nächste Redner ist der Kollege Abruszat für die FDP-Fraktion.

**Kai Abruszat** (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Immer wenn wir das Gemeindefinanzierungsgesetz im Rahmen der Haushaltsdebatte hier im Landtag beraten, diskutieren SPD und Grüne über die Vergangenheit und sagen: Alles, was vor 2010 war, war schlecht, und alles, was danach kam, war gut.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wenn Sie diese Debatte haben wollen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, können wir das gerne machen.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Sie drehen das nur um!)

Wir hätten heute nicht das Problem mit den kommunalen Finanzen, wenn Sie nicht seinerzeit den Verbundsatz von über 28 % auf 23 % abgesenkt hätten. Das gehört zur Wahrheit. Also lassen Sie bitte diese Vergangenheitsbetrachtungen. Sie führen zu nichts.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nehmen Sie lieber, Herr Kollege Hübner, einen ganz aktuellen Bezug wie die Inklusion, die in dieser Plenarwoche nicht auf der Tagesordnung steht. Da wird sich erweisen, wie kommunalfreundlich diese Regierung ist.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Da wird sich erweisen, ob das, was Sie hier ständig vortragen, dass Sie die kommunalfreundlichste Regierung unter dieser Sonne sind,

(Beifall von der SPD)

bei Lichte betrachtet standhält.

(Minister Ralf Jäger: Auf jeden Fall!)

Ich möchte mir gerne vorstellen, was gewesen wäre, hätten CDU und FDP in ihrer Regierungszeit die Inklusion übers Knie gebrochen eingeführt, sie den Kommunen aufs Auge gedrückt und das Thema „Konnexität“ völlig negiert.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie hätten jeden Tag Lichterprozessionen vor dem Landtag veranstaltet – im Übrigen zu Recht. Bei genau diesem Thema, meine Damen und Herren, werden wir Sie auch weiter stellen.

(Lachen von der SPD und den PIRATEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So klerikal?)

– Herr Kollege Mostofizadeh, ich bin evangelischer Protestant.

(Zuruf von der SPD: Evangelischer Protestant? So, so!)

– Ja, evangelischer Protestant. Ich sage Ihnen: „Protestant“ kommt von „protestieren“. Manchmal

kann man gegen bestimmte Gesetzesvorhaben Ihrerseits nur protestieren.

Lassen Sie mich – ich glaube, dass die GFG-Debatte dazu geeignet ist – etwas Allgemeines zur Lage der kommunalen Finanzen sagen. Ich finde es sehr schön, dass wir das sehr sachlich machen. Ich bin dem Kollegen Hübner auch sehr dankbar, dass wir hier die verbalen Spitzen herauslassen.

Heute Morgen haben sich die Fraktionsvorsitzenden – das ist angekommen – zur Lage der Kommunal Finanzen geäußert. Es ist aber nicht richtig, lieber Kollege Michael Hübner, wenn Sie jetzt den statistischen Trick mit der Anzahl der Kommunen in Nordrhein-Westfalen – die, die im Nothaushalt sind, und die, die es früher waren – als Beleg Ihrer Leistung und Ihrer Regierungspolitik werten. Das ist nichts anderes als ein Verschieben der Probleme.

Sie haben den Kommunen mit der Veränderung der Gemeindeordnung die Möglichkeit gegeben, die Herbeiführung des strukturellen Haushaltsausgleichs auf zehn Jahre zu verschieben. Wir haben das nicht für den richtigen Weg gehalten. Man kann darüber streiten, ob man das richtig findet. Aber sich hierhin zu stellen und zu sagen, statistisch sei alles halbwegs im Lot, das bildet die Wahrheit der kommunalen Finanzen nicht ab.

Ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen, die Sie auch kennen, weil wir darüber im Kommunalausschuss ständig reden. Wir haben aktuell in den Kernhaushalten rund 46 Milliarden € Schulden, und wir haben über 23 Milliarden € Kassenkredite. Da kann ich nicht davon reden, dass sich die Finanzsituation der kommunalen Familie verändert hat. Im Übrigen trotz der guten Konjunkturlage!

Ich male mir gerade aus, wie es denn wäre, wenn die wirtschaftliche Situation einmal eine andere Dynamik nimmt, wenn wir bei den Sozialausgaben eine weitere Dynamik in eine bestimmte Richtung haben. Ich male mir gerade aus, was passiert, wenn wir ein Zinsänderungsrisiko im Hinblick auf die Finanzierungssalden berücksichtigen, die sich aufgetürmt haben.

Also noch einmal: Ich weiß, dass Sie das sehen und wissen. Stellen Sie sich bitte nicht hierhin und sagen, die Lage der kommunalen Finanzen habe sich verbessert.

(Michael Hübner [SPD]: Hat sie! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Hat sie doch auch!)

Wenn doch, sagen Sie bitte, sie habe sich statistisch bereinigt, weil Sie den Kommunen an der Stelle bilanziell etwas ermöglicht haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will zum GFG noch ein paar Anmerkungen machen. Wir werden ja die Fachdebatte im Ausschuss führen und auch hier im Plenum noch einmal darüber sprechen.

Frau Kollegin Scharrenbach hat zu Recht angesprochen, woran es beim GFG 2014 mangelt. Wir haben seitens der Freien Demokraten nicht erwartet, Herr Minister, dass die Landesregierung bereits für 2014 ein Gemeindefinanzierungsgesetz vorlegt, das eine Mittelverteilung auf Basis tatsächlicher kommunaler Bedarfe vorsieht. Wir haben hierzu im Landtag in der vorvergangenen Woche eine entsprechende Anhörung gehabt. Das kann man auch anders sehen. Es ist eine interessante Debatte. Wie wir letztlich damit umgehen, werden wir sehen.

Wir haben aber zumindest erwartet, Herr Minister, dass Sie ein Gemeindefinanzierungsgesetz für die Kommunen auf den Tisch legen, das die Mindestanforderungen im Hinblick auf die bestehenden wissenschaftlichen Erkenntnisse erfüllt. Das, meine Damen und Herren, kann man Ihnen, Herr Minister, nicht durchgehen lassen: Sie haben schlichtweg die wesentlichen Erkenntnisse aus dem FiFo-Gutachten unterschlagen, nicht umgesetzt. Das ist die Wahrheit!

(Beifall von der FDP)

Das erstaunt umso mehr, als Sie dieses Gutachten selbst in Auftrag gegeben haben. Wenn man noch nicht einmal Erkenntnisse grundlegender Art aus einem selbst in Auftrag gegebenen Sachverständigengutachten wenigstens ansatzweise in das Gemeindefinanzierungsgesetz einspeist, dann macht mich das zumindest nachdenklich. Dann frage ich mich: Warum machen Sie das nicht?

Wie sieht es aus mit der sogenannten Grunddatenaktualisierung? Frau Kollegin Scharrenbach hat dazu schon einiges ausgeführt; ich will meine Ausführungen dazu deshalb kurzhalten. Sie haben neue Daten genommen, und Sie haben diese Daten so lange gebeugt, bis sie in ein überkommenes, 25 Jahre altes System hineinpassten.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch gar nicht! – Gegenruf von Ina Scharrenbach [CDU]: Doch!)

Wir wissen heute, spätestens seit bestimmten Fehlleitungen und Fehlentwicklungen auch im Stärkungspakt, dass die kommunale Finanzstatistik in Nordrhein-Westfalen – höflich formuliert – nicht ganz die Treffsicherheit hat, die sie braucht. Trotzdem ignorieren Sie wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse und Methoden.

Meine Damen und Herren, das ist keine sorgfältige Gesetzesarbeit. Das können wir Ihnen so nicht durchgehen lassen.

Lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen zu den Realsteuern auf kommunaler Ebene machen, weil der Kollege Hübner genauso wie die Kollegin Scharrenbach dieses Thema angesprochen hat.

Sie wissen, dass wir gestaffelte fiktive Hebesätze vertreten und für richtig halten.

(Michael Hübner [SPD]: Was sagt das FiFo dazu?)

Anders als Sie sage ich: Wir sind bereit, zur Kenntnis zu nehmen – das steht auch so in unserem Begleit Antrag –, dass der Gutachter nicht bestätigt hat, was wir sagen. Aber der Gutachter hat im Hinblick auf die Kommunalfinanzierung bei den Realsteuern im Hinblick auf die Höhe der Hebesätze in Nordrhein-Westfalen ganz klare Aussagen getroffen. Das ignorieren Sie aus politischen Gründen natürlich.

Die Gewerbesteuerhebesätze und die Grundsteuerhebesätze sind in Nordrhein-Westfalen auf Rekordniveau. Wir haben eine ständig aufsteigende Spirale, die die Menschen und die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen belastet.

Schauen Sie bitte einmal in die Städte und Gemeinden im angrenzenden niedersächsischen Umfeld, in dem man innerhalb von zwei bis drei Kilometern Wettbewerbsverzerrungen von über 100 Punkten bei der Gewerbesteuer hat.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sprechen Sie mal mit Ihren Bürgermeistern und Fraktionen, die an dieser Stelle genau diese Probleme sehen. Das ignorieren Sie. Der Gutachter spricht von Zahlen, die bei 360 und nicht bei 411 oder 412 liegen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das alles zeigt, meine Damen und Herren: Der Entwurf ist unzulänglich. Der Entwurf ist diskussionsbedürftig. Er muss dringend überarbeitet und an wissenschaftliche Erkenntnisse angepasst werden. Sie müssen von Ihrer vorgetäuschten Grunddatenanpassung abrücken. Sie müssen nacharbeiten. Sie müssen die fiktiven Hebesätze deutlich nach unten korrigieren. Nur dann werden wir mehr Gerechtigkeit und mehr Fairness im kommunalen Finanzausgleich haben. Wir freuen uns auf die Debatten im Ausschuss. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Schönen Dank, Herr Kollege Abruszat. – Für die grüne Landtagsfraktion erteile ich nun dem Kollegen Krüger das Wort.

**Mario Krüger (GRÜNE):** Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Das war schon starker Tobak, Herr Abruszat, was Sie hier vorgetragen haben. Sie sollten einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir mit rund 9,3 Milliarden € die höchste Summe an Finanzmitteln für die Gemeindefinanzierung bereitstellen, die jemals in diesem Zusammenhang eingestellt worden ist. Das ist ein erheblicher Mittelzuwachs gegenüber dem Spitzenwert aus dem Jahr 2013. Ich empfehle Ihnen, sich einmal die Zahlen Ihrer Regierungszeit anzusehen, beispielsweise die

Zahlen aus dem 2006. Sie werden feststellen, dass der Mittelzuwachs im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2006 rund 61 % beträgt.

Frau Scharrenbach, ich will gerne zugestehen, dass das einerseits auf die gestiegenen – und ich betone – weitergeleiteten – Steuermehreinnahmen des Landes zurückzuführen ist, aber auch auf unser Festhalten am kommunalfreundlichen Kurs, unter anderem durch eine weitere Einbeziehung der Grunderwerbsteuer, die Sie seinerzeit abgeschafft haben. Wir haben auch an der Herausnahme der früheren Befrachtung festgehalten, die Sie in diesem Zusammenhang vorgenommen haben. Wir stehen – ganz im Gegensatz zu Ihnen in Ihrer Regierungszeit – zu unserem kommunalfreundlichen Kurs. Wenn Sie sagen, Herr Abruszat, dass bis 2010 alles schlecht war und danach alles besser geworden ist, kann man dem nur zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit komme ich auf Ihren Antrag zurück, den Sie in der vorletzten Woche in einer Anhörung haben behandeln lassen. Er trägt den Titel: „Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanzbedarf!“ Das war ein durchsichtiger Versuch, Herr Abruszat, sich als Anwalt der Kommunen zu präsentieren.

Wenn man sich in diesem Zusammenhang Ihre Herangehensweisen zu Gemüte führt, ist zum Beispiel die Verdopplung der Krankenhausumlage von 20 auf 40 % zu nennen. Das alleine hat zu einer Mehrbelastung der kommunalen Haushalte in Höhe von 110 Millionen € geführt. Allein der Wegfall des Elternbeitragsausgleichsverfahrens bei den Kindertagesstätten hat 85 Millionen € gekostet. Der Minister hat eben schon die Kürzung bei der Schülerbeförderung, aber auch die Aufgabenverlagerung zu Lasten der Kommunen bei der Versorgungs- und Umweltverwaltung angesprochen. Man könnte noch weitere Baustellen nennen, zum Beispiel die Weiterbildungsmittel, die Sie ebenfalls gekürzt haben.

Das werden wir Ihnen jedes Mal vorhalten, Herr Abruszat, wenn Sie sich hier entsprechend aufstellen – das gilt auch für Frau Scharrenbach –: Das war die frühere CDU-FDP-Landesregierung. Ein Raubzug durch die kommunalen Kassen! Warum? Um den Landeshaushalt schönzurechnen!

Selbstverständlich ist eine Anhebung der Verbundquote zu begrüßen. Das sage ich gerade in meiner Funktion als kommunalpolitischer Sprecher. Zurzeit liegt sie bei 23 %. Von Ihnen ist ja die Situation aus den 80er-Jahren vorgetragen worden, als wir 28 % hatten. Dann müssen Sie aber auch eine Antwort darauf geben – das tun Sie jedoch nicht, Frau Scharrenbach –, wie Sie das finanzieren wollen. Denn Sie wissen auch: Die Erhöhung um einen Punkt macht Mehrkosten von 410 Millionen € aus.

Die Antwort, wie das finanziert werden soll, bleiben Sie schuldig.

Damit komme ich zum zweiten Themenkomplex, der Grunddatenanpassung auf Basis des Jahres 2009. Auch das ist ein Vorwurf, den ich Ihnen, Herr Abruszat und Frau Scharrenbach, für die FDP- bzw. die CDU-Fraktion machen muss. Wir halten daran fest, die Verteilung der Schlüsselzuweisungen auf Grundlage der jeweils aktuellsten Grunddaten vorzunehmen – so geschehen bei den Gemeindefinanzierungsgesetzen 2011, 2012, 2013 und auch 2014. Damit sorgen wir dafür, dass weder der ländliche Raum noch die großen kreisfreien Städte bevorzugt oder benachteiligt werden – ganz im Gegensatz zur früheren schwarz-gelben Landesregierung.

Sie haben doch durch die Anwendung überalterter Bemessungsgrundlagen – beispielsweise zur Bemessung der sozialen Lasten – den ländlichen Raum einseitig bevorzugt und damit die strukturschwachen und kreisfreien Städte mit erheblichen sozialen Aufwendungen benachteiligt und letztlich die Finanzkrise der Kommunen im Ruhrgebiet bzw. im Bergischen Land verschärft. Das muss an diesem Punkt festgestellt werden.

Wir haben das korrigiert. Wir haben im Jahr 2011 die Anpassungen vorgenommen. Wir haben aber gleichzeitig gesehen – das sollte auch gesagt werden –, dass es Verwerfungen im ländlichen Raum gibt, mit denen man nur schwer umgehen kann.

Insofern ist die Anpassung beim Soziallastenansatz nicht in voller Höhe vorgenommen worden, sondern wir haben das Ganze in zwei Schritten gemacht, und zwar zunächst auf 9,6 in 2011 und 15,3 in 2012. Normalerweise hätte man gleich auf 17,76 anheben müssen. Darüber hinaus haben wir in 2012 aus dem Landeshaushalt eine zusätzliche Abmilderungshilfe in Höhe von 60 Millionen € insbesondere für den ländlichen Raum zur Verfügung gestellt.

In gleicher Weise werden wir beim Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 verfahren. Im GFG 2013 lag der Soziallastenansatz bei 15,3. Die Regressionsanalyse auf Basis der Grunddatenanpassung 2009 ermittelte einen Wert von 12,4. Wir wollen diese Umverteilungswirkungen abmildern. Daher werden wir in zwei Schritten zu jeweils 50 % diesen Gewichtungsfaktor absenken, für das GFG 2014 auf 13,85. Klar ist, dass davon die strukturschwachen kreisfreien Städte profitieren.

Gleichzeitig haben wir aber auch den Zentralitätsansatz von 0,65 auf 0,46 abgesenkt. Die Spreizung der Hauptansatzstaffel haben wir um fünf Punkte zurückgenommen. Und das Verhältnis des Schüleransatzes für Halb- und Ganztagschüler haben wir von ursprünglich 4,76 auf nunmehr 3,26 reduziert. Das bringt Vorteile für den ländlichen Raum.

Wer sich die Verteilung der Schlüsselzuweisungen zwischen dem ländlichen Raum und den kreisfreien

Städten ansieht, der wird sehr schnell erkennen können, dass insbesondere der ländliche Raum von den gestiegenen Schlüsselzuweisungen profitiert. Das sage ich auch ganz ausdrücklich im Zusammenhang mit den immer wieder vorgetragenen falschen Behauptungen, Rot-Grün würde den ländlichen Raum benachteiligen.

Kommen wir zum dritten Themenkomplex: der Umsetzung des FiFo-Gutachtens in 2014 oder in 2015. Frau Scharrenbach, Sie wissen ganz genau: Das FiFo-Gutachten wurde Mittel April vorgelegt. Es ist unverzüglich an die kommunalen Spitzenverbände weitergegeben worden. Die haben ihre Stellungnahmen Mitte/Ende Mai dieses Jahres eingereicht. Die wurden ausgewertet.

Dann stand die Landesregierung vor der Frage: Wie geht man angesichts der gegenteiligen Auffassungen innerhalb der kommunalen Familie damit um? Wollen wir das Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – wie in früheren Jahren – im September einbringen, brauchen wir zwingend eine Kabinettsvorlage, die vor der Sommerpause erstellt wird. Warum? Weil unter anderem ein Anhörungsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden durchzuführen ist.

Insofern war es naheliegend, dass es angesichts der gegenteiligen Auffassungen in der kommunalen Familie keinen Sinn macht, die Diskussion über das Knie zu brechen. Das ist auch Ihnen gegenüber signalisiert worden. Insofern werden wir die entsprechenden Empfehlungen des FiFo-Gutachtens für das GFG 2015 anpacken.

Alles andere, Frau Scharrenbach, sind Schnellschüsse. Es mag sein, dass Sie für Schnellschüsse bekannt sind; wir jedenfalls nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden Veränderungen vornehmen. Zum Beispiel durch die Umstellung des Zuschussbedarfs auf Auszahlung aaD, Thema „NKF, Kameralistik“; das ist klar. Ob wir als Referenzzeitraum für die Ermittlung der Steuerkraft den Mehrjahres- oder den Einjahreszeitraum zugrunde legen, muss diskutiert werden.

Zum Thema „Fiktive Hebesätze“ hat der Gutachter eindeutig gesagt: Ihr Vorschlag, in Klassen abhängig von der Einwohnerzahl zu unterscheiden, macht keinen Sinn. – Die Herangehensweise, den fiktiven mittleren Hebesatz auf Ebene des Bundesniveaus heranzuziehen, wird von der kommunalen Familie auch nicht begrüßt. So lautet zumindest die Einschätzung, die wir in diesem Zusammenhang gehört haben.

Alle anderen Kriterien, zum Beispiel die Regressionsanalyse, der Soziallastenansatz, der Schüleransatz, die Hauptansatzstafel, der Flächenansatz und der Zentralitätsansatz, die sie in der Vergangenheit

immer kritisiert haben, sind vom Gutachter ausdrücklich begrüßt worden.

Kommen wir zum letzten Teil – das steht ja auch an –: der Einbringung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes. Damit räumen wir ebenfalls eine Erblast von CDU und FDP ab. Ich möchte hier noch einmal feststellen: Im Mai letzten Jahres hat der Landesverfassungsgerichtshof eindrucksvoll festgestellt, in welchem Umfang die Kommunen zu ihrem Nachteil zur Finanzierung der Einheitslasten herangezogen worden sind. Das war eine schallende Ohrfeige. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Das korrigieren wir heute.

Wer hat in diesem Zusammenhang die Verhandlungen geführt? – Rot-Grün! Das Ergebnis ist gut für die Kommunen: Es gibt eine Rückerstattung in Höhe von 275 Millionen € für die Jahre 2009, 2010 und 2011, die in 2013 zahlungswirksam wird. Für die nächsten Jahre erwarten wir Minderbelastungen in Höhe von jährlich etwa 145 Millionen €.

Gleichzeitig, Frau Scharrenbach, Herr Abrusatz, verzichtet das Land auf Rückforderungen, die man hätte verrechnen können, in einer Größenordnung von etwa 240 Millionen € für die Rechnungsjahre 2007 und 2008. Das ist ein kommunalfreundlicher Kurs.

Zum Thema „Inklusion – Konnexität ja oder nein?“ werden noch Gespräche geführt. Ich gehe davon aus, dass wir dabei ein ähnliches Verfahren finden werden wie seinerzeit bezogen auf den Verwaltungsaufwand, das Bildungs- und Teilhabegesetz oder aber das jetzt neu eingeführte Betreuungsgeld, zu dem wir auch schon eine Menge gesagt haben. Das werden wir diskutieren, nachdem die Gespräche zu Ende geführt worden sind.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Krüger, die Redezeit.

**Mario Krüger (GRÜNE):** Ich bin fertig.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Wunderbar! Dann habe ich viel zu früh dazwischengequatscht. – Vielen Dank, Herr Krüger.

**Mario Krüger (GRÜNE):** Eben! – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Als nächsten Redner haben wir den Kollegen Schulz für die Piratenfraktion.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe

Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Die Landesregierung bringt heute den Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 ein. Der große Wurf – so wurde es Anfang dieses Jahres bei den Beratungen zum GFG 2013 noch verlautbart – sollte es werden.

Dann aber kam das FiFo-Gutachten. Anscheinend fiel es nicht so gut wie geplant aus. Es musste natürlich ausgiebig geprüft werden. Gleichzeitig klagt jedes Jahr – fast ritualisiert – eine immer größere Anzahl an Kommunen gegen das GFG.

Herr Minister Jäger sieht aber keine Spielräume zur Sanierung der Haushalte in NRW – außer durch Steuererhöhungen auf kommunaler Ebene. Der Stärkungspakt, über den wir später noch sprechen werden, zeigt eindeutig, dass der Zenit des Handlungsspielraums auf der Ebene der Kommunen längst erreicht und in manchen Bereichen bereits weit überschritten ist.

Dieses Jahr konnten wir zum ersten Mal miterleben, wie der Herr Minister die in der Verfassung festgeschriebene kommunale Selbstverwaltung durch einen Sparkommissar aushebeln ließ. Allerdings suggeriert der Begriff „Sparkommissar“ auch einen falschen Eindruck. Bisher fehlt nämlich der Beweis, dass in Nideggen ernsthaftes Sparpotenzial gefunden werden konnte. Das Gegenteil ist der Fall. Nur die Steuern wurden kurzerhand angehoben.

**(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)**

Aber zurück zum eigentlichen Thema: Im FiFo-Gutachten wurden einige Änderungen an der bestehenden Praxis vorgeschlagen. Wir Piraten haben bei den Beratungen des GFG 2012 auch einmal die Alternative einer Verbundquotenerhöhung vorgeschlagen. Aber fast alle Änderungen, egal aus welcher Richtung sie kamen, sind von Herrn Minister Jäger und der Landesregierung sträflich ignoriert worden – im Übrigen auch von den die Regierung tragenden Fraktionen.

Eines könnte dem Land Nordrhein-Westfalen und damit auch den Kommunen hier im Lande wirklich helfen: Handeln. Die Mittel der Kommunen sind weitestgehend ausgeschöpft. Die Gesetzgebungskompetenzen liegen im Land und im Bund. Hier muss in einem vertikalen Prozess etwas umgesetzt werden, was wir in NRW nicht nur durch einen horizontalen Ausgleich erreichen können. Der horizontale Ausgleichskampf wirkt an dieser Stelle eher kontraproduktiv.

Da hilft auch keine Beschönigung, wie sie in einer Pressemitteilung von Herrn Kollegen Hübner zu lesen ist, der erklären will, dass es bei der Abundanzumlage nicht ans Eingemachte der vielleicht etwas besser gestellten Kommunen in Nordrhein-Westfalen gehe. Natürlich reicht die gleich zu behandelnde Gesetzesvorlage nicht an bestehendes Vermögen der Kommunen heran. Dieses Vermögen, sofern es überhaupt vorhanden sein sollte,

schmilzt aber dadurch, dass diesen Kommunen in Zukunft einfach weniger Geld zur Verfügung steht.

Die Auswirkung dieser Gesetzgebung ist, dass Kommunen sich ernsthaft überlegen müssen, Steuersätze zu erhöhen – gerade wenn sie wissen, dass die Mehreinnahmen anschließend ohnehin abgeführt werden sollen. Denken wir nur an den Kommunal soli, über den gleich auch noch zu reden sein wird.

Wir von der Piratenfraktion werden diesen Prozess auf jeden Fall sehr kritisch begleiten. Herr Minister Jäger und Herr Hübner müssen zu diesem Thema noch sehr viel erklären; denn da gibt es noch etliche Fragen.

Nun zum Antrag der FDP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Kollege Abruszat, wissenschaftliche Erkenntnisse sollten auch meiner Meinung nach umgesetzt werden. Ich hatte mich ja bereits zu der Umsetzung des FiFo-Gutachtens geäußert. Sie müssen mir aber bei Gelegenheit auch einiges erklären. Das können wir dann bei den Beratungen im Ausschuss machen.

Wir würden uns hier sicherlich nicht streiten, wenn folgende Punkte aus dem Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode des Bundes besser umgesetzt worden wären. Ich zitiere einmal aus diesem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP:

„Wir werden eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung einsetzen. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.“

Wie ist diese Prüfung eigentlich ausgefallen? Was haben Ihre lieben Parteikollegen dort denn erarbeitet? Hier in Nordrhein-Westfalen ist auf jeden Fall bisher sehr wenig bis nichts zu spüren.

Im weiteren Verlauf kann man in demselben Koalitionsvertrag noch lesen:

„Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Leistungsfähigkeit vieler Kommunen strapaziert und Fragen nach der Güte kommunaler Leistungsfähigkeit aufgeworfen. Wir beabsichtigen, den Ländern vorzuschlagen, eine gemeinsame Bestandsaufnahme zu erarbeiten und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vorzulegen. Dabei sind auch Fragen der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Konxitätsprinzip) und der Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes einzubeziehen, ebenso der Anschluss des ländlichen Raums an die Breitbandversorgung.“

Es sind größere Entlastungen für die Kommunen verabschiedet worden – aber nicht in dem Sinne, dass wir ein tragfähiges Konzept in Nordrhein-

Westfalen erhalten hätten. Hier müssen die regierungstragenden Fraktionen im Land, aber auch die neue Regierung im Bund noch ordentlich nachbessern. Aber vor allem müssen wir handeln und die kommunale Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen sichern und dementsprechend die ausreichende Finanzierung der Kommunen hier in Nordrhein-Westfalen sicherstellen.

Am Ende meines Beitrags sollen die Kommunen auch noch ihre Erwähnung finden. Konnexität wird bei fast jeder neuen Gesetzgebung seitens der drei kommunalen Spitzenverbände eingefordert. Dazu stehen wir Piraten auch grundsätzlich und sehen natürlich diesen berechtigten Anspruch. Allerdings stehen wir auch für Transparenz. Wer Konnexität einfordert, muss auch transparent darlegen, wo Kosten wirklich entstehen und wo nur politischer Wille dahintersteht.

Bei der Umsetzung des NKf läuft man noch immer weit dem Zeitplan hinterher. Die maschinenlesbare Veröffentlichung von Haushalten würde wirklich Licht ins Dunkel mancher hier oft angeführter Argumentationen bringen. Trotz all unserer Bemühungen sehen wir leider nicht, dass sich da irgendetwas tut. Ich hoffe, wir sind uns darin einig, dass die Statistik der Kommunalfinanzen ein sehr komplexes Thema darstellt. Hier sollten wir parteiübergreifend tätig werden.

Ein erster Fortschritt wäre die Veröffentlichung der Statistik über die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, kurz FEU. Diese Bundesstatistik könnte uns größeren Aufschluss darüber geben, in welchen Regionen wirklicher Handlungsbedarf besteht und wo Kommunen das Mittel der Ausgründung nur deshalb betreiben, um die eigentliche finanzielle Lage zu vernebeln.

Wir Piraten hoffen ernsthaft, dass sowohl Rot-Grün als auch CDU und FDP in Bezug auf das GFG 2014 ihre Schützengräben verlassen – dass diese Gräben wirklich existieren, haben wir hier im Verlauf der Debatte gesehen – und dieses Mal wirklich über eine größere Lösung nachdenken, als lediglich den Soziallastenansatz etwas zu verschieben.

Die aktuelle Situation lässt sogar zu, dass alle, egal, ob CDU, SPD, Grüne oder FDP, ohnehin die Gräben verlassen müssen. Hier in NRW können wir für starke und solide Kommunalfinanzierung ein Zeichen setzen. Wir müssen es angehen. Tun wir es in den Beratungen im Ausschuss, und dann wird auch etwas daraus. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Herr Minister Jäger. Ihnen ist schon mitgeteilt worden, dass wir ein technisches Problem haben. Sie haben etwas mehr als vier Minuten Re-

dezeit, die wir Ihnen aber nicht anzeigen können. Deshalb bitte ich Sie, selbst ein wenig darauf zu achten.

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Gerne, Frau Präsidentin. Ich versuche, mich an der großen Uhr im Saal zu orientieren. Ich glaube, ich brauche die vier Minuten gar nicht.

Ich möchte nur drei Dinge ansprechen: Herr Abruszat, auf ein Wort zur Ihrer Legendenbildung von der Nichtumsetzung des FiFo-Gutachtens und den wesentlichen wissenschaftlichen Ergebnissen, die dabei verlorengehen: Tatsache ist, wir haben das FiFo-Institut beauftragt, das nordrhein-westfälische System des kommunalen Finanzausgleichs zu begutachten, und Fragen gestellt. Diese Fragen, Herr Abruszat, haben wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet. Die Antworten dazu lagen Ende März vor. Ende März haben wir Ihnen und den kommunalen Spitzenverbänden das Gutachten zur Verfügung gestellt. Bis Ende Mai haben die kommunalen Spitzenverbände sich Zeit genommen, Stellungnahmen abzugeben.

Herr Abruszat, es ist ein bunter Strauß von unterschiedlichen Positionen zwischen den drei Verbänden zu verzeichnen – mit einer Ausnahme: Die kommunalen Spitzenverbände lehnen die Absenkung des fiktiven Hebesatzes bei der Gewerbesteuer unisono rundweg ab. – Und Sie verlangen ausge-rechnet von mir, dass ich über die Köpfe der Kommunen hinweg genau das im GFG 2014 innerhalb weniger Wochen umsetze. Es war fünf Jahre lang Ihre Politik, über die Köpfe der Kommunen hinweg zu entscheiden. Das ist nicht mein Weg. Wir werden mit den Kommunen zusammen eine Lösung erarbeiten.

Herr Abruszat, mal ganz ehrlich und nur unter uns beiden: Eigentlich finden Sie doch zu diesem GFG kein vernünftiges Gegenargument, weil es so gut ist. Geben Sie es einfach zu!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der FDP)

Frau Scharrenbach, Sie gehen 29 Jahre zurück und sagen, im Jahr 1984 sei ein schwerer Systemfehler begangen worden, indem man den Verbundsatz seinerzeit von 28 auf 23 % abgesenkt habe. Tatsache ist, dass er in Verbindung mit einer Neuordnung der Aufgaben zwischen Land und Kommunen abgesenkt worden ist. Wenn Sie meinen, Frau Scharrenbach, das sollte jetzt wieder rückgängig gemacht werden, sagen Sie uns, wie Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 diese zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2 Milliarden € darstellen wollen. Als Kommunalminister würde ich mich darüber freuen, wenn die Verbundmasse von 9,3 auf 11,3 Milliarden steigen würde. Ich hoffe, Frau Scharrenbach, dass Sie das nicht auf Kosten der Nettokreditaufnahme machen wollen.



Letzter Punkt: Die Gewerbesteuer ist die einzige mit eigenem kommunalem Hebesatz ausgestattete Steuer mit Verfassungsrang. Während Sie, Frau Scharrenbach, darüber philosophieren, ob man Staffelsätze einführen, fiktive Hebesätze erhöhen oder absenken kann, vergessen Sie eines: Ihre eigene Partei in Berlin sabbelt wieder darüber, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Machen Sie mal in diese Richtung Ihre Hausaufgaben! Damit wäre dem Land und den Kommunen sehr viel mehr geholfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuvor von der FDP: Große Koalition!)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Insgesamt haben wir fünf Abstimmungen durchzuführen.

Wir stimmen erstens über das **Haushaltsgesetz 2014** ab. Nach dem Vorschlag des Ältestenrats soll die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/3800** sowie der **Finanzplanung 2013 bis 2017 mit Finanzbericht 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 16/3801** an den **Haushalts- und Finanzausschuss – federführend** – sowie **mitberatend** an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe erfolgen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Möchte jemand gegen den Überweisungsvorschlag stimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit haben wir der Überweisung zugestimmt.

Wir stimmen zweitens über das **Nachtragshaushaltsgesetz 2013** ab. Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/4000** an den **Haushalts- und Finanzausschuss – federführend** – und **mitberatend** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Möchte dem jemand widersprechen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über das **Gemeindefinanzierungsgesetz**. Hier empfiehlt uns der Ältestenrat die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/3802** an den **Haushalts- und Finanzausschuss – federführend** – und **mitberatend** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Möchte sich jemand dagegen aussprechen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit haben wir auch diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion FDP **Drucksache 16/4024**. Der Ältestenrat empfiehlt dem Landtag die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Kom-**

**munalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte dem jemand widersprechen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Damit haben wir der Überweisung zugestimmt.

Wir stimmen fünftens über den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW Drucksache 16/3966** ab. Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung** dieses Gesetzentwurfs an den **Ausschuss für Kommunalpolitik – federführend** – und zur **Mitberatung** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Möchte dem jemand widersprechen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir auch diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich schließe damit Tagesordnungspunkt 2 und rufe auf:

### 3 Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3968

erste Lesung

In Verbindung mit:

**Zwangsabgabe verhindern, Stärkungspakt nachbessern – Vermeintlich starke Kommunen dürfen nicht durch rot-grüne Umverteilungspolitik unter die Wasserlinie gezogen werden**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/3964

Ich eröffne die Beratung und erteile als Erstem Herrn Minister Jäger für die Landesregierung das Wort.

**Ralf Jäger**, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Solidaritätsumlage beruht auf einem ganz simplen Prinzip: Wer besonders leistungsfähig ist, hilft denen, die es nicht sind. – Das ist sozial, gerecht und auch fair.

Nach diesem Grundsatz haben wir bereits im Jahre 2011 den Stärkungspakt Stadtfinanzen beschlossen. Damals war das klare Ziel – so ist es heute noch –, den besonders von Überschuldung bedrohten Kommunen nachhaltig zu helfen. Mit „wir“ – daran möchte ich erinnern –, meine ich die Landesregierung, die Fraktionen von SPD, Grünen und, Herr Abrusatz, von der FDP.